

Rechtstendenzen
in der Freiwirtschaft,
im Modell
Die Natürliche Wirtschaftsordnung ?

Tristan Abromeit

Januar 1995

oooooooooooo

Studientag
zum Thema Freiwirtschaft und Faschismus

Helmut Creutz

September 1990

Text 8.13

Die Sumpfblüten am linken Rand

- Der rechte Rand der Anarchie
Silvio Gesell und das Knochengeld
von Peter Bierl, aus ÖkolinX 13/94

- Anmerkungen zu *Der rechte Rand der Anarchie* von Peter Bierl
von Tristan Abromeit, Juni 1994

- Nachträge zu den Anmerkungen

1. Zur Person Werner-Georg Haverbeck

2.1 Der Selbstmord von Peter Keuer

2.2 Das Unvermögen der Linken

2.3 „Die 'Grünen' wehren sich gegen 'Stern'-Verteufelungen

- Zwei politische Papiere aus dem Jahre 1968
(Gründungskongreß Demokratischer Fortschritt,
Presseerklärung der LSP)

Seiten 243 – 324

Die Sumpfl Blüten am linken Rand

	<i>Seite</i>
- Der rechte Rand der Anarchie Silvio Gesell und das Knochengeld von Peter Bierl, aus <i>ÖkolinX</i> 13/94, Herausgeberin Jutta Ditfurth	2
- Anmerkungen zu <i>Der rechte Rand der Anarchie</i> von Peter Bierl von Tristan Abromeit, Juni 1994	12
- Nachträge zu den Anmerkungen vom Oktober 1994	70
1. Zur Person Werner-Georg Haverbeck in der zweiten Vorbemerkung (S.14)	70
2. Zu den Anmerkungen 29 und 30 (S.32/33)	73
2.1 Der Selbstmord von Peter Keuer	
2.2 Das Unvermögen der Linken	
2.3 "Die 'Grünen' wehren sich gegen 'Stern'-Verteufelung"	
- ihre Ähnlichkeit mit den Rechten	
- Zwei politische Papiere aus dem Jahre 1968	
1. Info für die Teilnehmer des Gründungskon- gresses Demokratischer Fortschritt in Dortmund am 2. 11. 1968	79
2. Presseerklärung der Liberal-Sozialen Partei vom 3. 11. 1968	81

ÖkoLinX

Ökologische Linke  Nr. 13 ★ Jan./Feb. '94 ★ 6 DM



Peter Bierl

Silvio Gesell & das Knochengeld

"Der rechte Rand der Anarchie"

Thomas Divis

Rudolf Steiner & die Anthroposophie

"Geisteszweige und Hexenbinsen"

Volkmar Woelk

Europastrategien der "Neuen" Rechten

Heinz Gess

Anti-Judaismus bei Franz Alt

"Der 'neue Mann' auf antisemitischem Ticket"

Rainer Trampert : Gerd Nies

UNO, Militarisierung & Gewerkschaften

Streitgespräch: "Ein Volk - eine Erbsensuppe"

'Neue' Rechte Grau- & Braunzonen

"Der rechte Rand der Anarchie - Silvio Gesell und das Knochengeld"

von Peter Bierl.....4

Europastrategien der "Neuen" Rechten

von Volkmar Woelk14

"Geisteszweige & Hexen- binsen"

Rudolf Steiner und die Anthroposophie

von Thomas Divis.....26

Literatur zur Kritik der Anthro- posophie.....29

Das Wiederaufleben des Anti-Judaismus bei Franz Alt

von Heinz Gess.....30

Ökoli München gegen Faschist Bela Althans

von Karin Döpke36f

Antimilitarismus & Gewerkschaften

"Ein Volk - eine Erbsensuppe"

Streitgespräch zwischen
Rainer Trampert (Hamburg)
und **Gerd Nies** (IG Medien,
Geschäftsführender Haupt-
vorstand) 40



Zwangsarbeit

Ökologie & Wissenschaft- kritik

von Anke Lehmann.....24

Taz: Bioethik-"Diskurs" auf Pfötchen

von Toni Menninger12

Greenpeace auf der Autobahn

von Angelika Heimerl.....36f

Anti-Atom in Garching

von Peter Bierl.....36f

Neue Propaganda-strategi- en der Gentech-Industrie

von Peter Bierl..... 36f

Ausgerastet

Mozartkugeln.....43

Die Friedrich-Ebert-Stiftung
und die rechtsextremen Jusos
vom Hofgeismarer Kreis.....43

Flucht vor den Grünen?.....43

Bayrisch Grün: Jein zur
Gentechnik XXX

... und Nazi-Jargon.....XXX

Rot und braunXXX

AP unverschämt.....51f

Grün und Schwarz.....51f

Schwarz-grün?
Hessen vom!.....51f

Schwarzgrün in
Frankfurt/Main.....51f

... schwarzgrün in
Heppenheim.....51f

Rotgrün für Schacht
Konrad?.....51f

Grüne Sprachtricks.....51f

Vorschlag an die KurdInnen,
sich abschlagen zu
lassen.....51f

Justiz in NS-Kontinuität.....51f

Vereinigte Linke: Offen für
Esoterik?.....54

"Geld und Erfolg"54

Approbation mit "Arier-
Nachweis"54

Citroen nervt.....54

Nachtrag: Karsten Jagau

Sonstiges

schimpft rassistisch36f

Medientips.....59

Termine.....55



Der rechte Rand

Silvio Gesell und

von Peter Bierl

ÖkoLinX 13/94

- 1) Marx ist out, der Kapitalismus hat sich - vorerst - weltweit durchgesetzt. Vor allem ideologisch, in den Köpfen der Menschen, scheint es keine Alternative zu geben. Existierte in den 70er und 80er Jahren ein teilweise zwar diffuses Wissen über den Zusammenhang von Ausbeutung, ökologischer Zerstörung und kapitalistischer Produktionsweise (als Kritik der "Wachstumswirtschaft" etwa), bemühen sich heute große Teile der Alternativ- und Ökologiebewegung um eine "ökologische Marktwirtschaft". Eine Variante davon ist die Zinstheorie des Silvio Gesell (1862-1930).

In einem gemeinsamen Papier phantasieren BUND und der Bund Junger Unternehmer (BJU), daß "genauso wie einst die Soziale Marktwirtschaft die Überwindung der Ausbeutung des Menschen brachte, die ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft die Überwindung der Ausbeutung der Natur bewirken kann". Die Vision heißt "Stre-

ben nach der Verwirklichung individueller Freiheit für den verantwortungsbewußt handelnden Bürger und einer fairen Verteilung des knappen Gutes Umwelt". Konkret vorgeschla-

- 2) gen werden Zertifikate, die zur Ausbeutung einer bestimmten Menge von Rohstoffen sowie zur Schadstoffemission berechtigen. Ein Beispiel aus dem Verkehrsreich: "Elektronische Fahrten-schreiber in allen Fahrzeugen und ein anonymisiertes Abrechnungsverfahren würden es ermöglichen, durch unterschiedliche Preishöhen zu festgelegten Zeiten und auf ausgewählten Straßen..." - den Individualverkehr und den Profit von Daimler-Benz, BMW & Co. zu retten und die Staus zu regulieren.¹ Mitgearbeitet an dem Papier haben Mitglieder der ÖDP. Diese Partei will, wie ihre rechte Abspaltung, die Unabhängigen Ökologen Deutschlands, den "Vater der sozialen Marktwirtschaft", Ludwig Erhard (CDU), aus den Fängen der etablierten Parteien befreien. Kein Wunder, daß in dem Papier von BUND und BJU das Bevölkerungswachstum als erste und entscheidende Ursache ökologischer Zerstörungen benannt wird.

- 3) Bei der gegenwärtigen Verwirrtheit umweltbewegter Gemüter dürfen auch die Anhänger Silvio Gesells auf Zulauf hoffen. Mit Parolen "Gegen die Zinsknechtschaft der Dritten Welt" und "Silvio Gesell - der Marx der Anarchisten?" (Buchtitel im Karin Kramer Verlag, Berlin, Autoren Günter Bartsch und Klaus Schmitt; siehe Brief auf Seite 11) rekrutieren die GesellianerInnen im alternativen und anarchistischen Spektrum: In der Zeitschrift Contraste

schreibt der Gesellianer Helmut Creutz seit Jahren einen Fortsetzungsroman über ihre Wirtschaftstheorie. Auf dem Jugendfestival Auftakt Ende Juli 1993 in Magdeburg traten die Gesell-Fans massiv auf. Im Terminkalender der Zeitschrift Interim (Nr. 258 v. 21.10.1993) wurde eine Veranstaltung "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" im Infoladen Bambule mit Klaus Schmitt angekündigt. Auf Initiative einer Künstlergruppe galt am Prenzlauer Berg in Berlin zwei Monate lang. Im November und Dezember 1993, eine zweite Währung: der "Knochen" (siehe Grafik). Die Idee basiert auf der sogenannten "Schwundgeldtheorie" Silvio Gesells.

Die GesellianerInnen im ökofaschistischen Netzwerk: Bündnispolitik mit Tradition

- 5) Daß die sozialdarwinistischen und eugenischen Ansichten Gesells von seinen AnhängerInnen verschwiegen werden, ist verständlich. Übersehen kann mensch sie jedoch ebenso wenig wie die Kontakte zur Esoterik- und Ökofaschismus-Szene.
- 6) Die Gesellianerin Margrit Kennedy, Architektin, Ökologin und Professorin für technischen Ausbau und ressourcensparendes Bauen an der Uni Hannover, referierte im Juli 1993 im Rahmen der Vorlesungsreihe von Rudolf Bahro an der Berliner Humboldt Universität. Am 28. September 1993 wurde dort ein Festakt zum 50. Todestag

von Franz Oppenheimer organisiert. Die Ankündigung preist dessen Werk als reformpolitische Alternative eines "Dritten Weges" zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Referenten waren u.a. die Gesellianer Georg Otto und Tristan Abromeit, beide Mitglieder der Grünen. Schirmherr des Festaktes: Rudolf Bahro. Die illustre Runde fungiert auch als Arbeitskreis Franz Oppenheimer, Interforum Oranienburg.

- 8) Margrit Kennedy, deren Bücher in universitären Volkswirtschaftseminaren kursieren, hat wiederum Kontakt zur esoterischen, hierarchischen Findhornkommune. Sie plauderte dort 1987 bei einem Treffen mit der Esoterikerin Hazel Henderson über Chancen für eine neue "Regenbogen-Ökonomie". Nach dem Zusammenbruch der jetzigen Gesellschaft werde eine neue Selbstversorgungswirtschaft entstehen. "Sie brauchen nichts anderes zu tun als Ihre Energien ein wenig umzuorientieren", don't worry, be happy! Die Menschen im Trikont lebten diese Wirtschaftsform schon vor und seien besser dran: Dort gebe es mehr Hilfsbereitschaft und Solidarität, Schutz, Zuneigung, Geborgenheit, wohingegen in den Zentren des Kapitalismus "der arme Reiche, ... am Ende Selbstmord begeht, weil ihn niemand liebt."³

Beim Auftakt-Festival traten die GesellianerInnen unter verschiedenen Bezeichnungen auf: Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung warben mit Rudolf Steiner und Yoshito Otani für ihre "Zinstheorie". Otani bezeichnet die antisemitische Fälschung "Protokolle der Weisen von Zion", die angebliche Welt-

der Anarchie

das Knochengeld

247

13) herrschaftspläne der Juden beinhaltet, als Wahrheit und tritt damit in die Fußstapfen der NS-Faschisten.⁴ Die "Bürgerrechtsaktion Arbeit, Gesundheit, Umwelt, Frieden" verteilte zwei Flugblätter. Einen Sonderdruck des Buches "Gesundheitsberater" von Max O. Bruker, dem "Ernährungspapst", dem mindestens bis 1982 intensive Nazikontakte nachgewiesen werden können.

14) Das zweite Papier kritisiert die Maastricht-Währungsunion vom nationalen Standpunkt: Wirtschaftliche "Stabilität wird in vielen Ländern relativ gering geschätzt, so daß die deutschen Vertreter in Konfliktfällen eher überstimmt werden. Der Marsch in die Inflationsgemeinschaft ist sehr wahrscheinlich". An die Wand gemalt wird in Schönhuber-Manier eine "jährliche Enteignung (der Deutschen) von 150 Milliarden DM". Mit einem Zitat der "Braungans Konrad Lorenz" (J. Ditfurth) zum Thema Zins agitierte der Liberalsoziale Arbeitskreis gegen den Pessimismus Herbert Gruhls, weil der kein Gesellianer war. Weiteres Propagandamaterial kam von einer Arbeitsgruppe Wirtschaft der Grünen Sachsen-Anhalt.

15) Diese Bündnispolitik der GesellianerInnen hat in der BRD Tradition und beruht auf inhaltlichen Überschneidungen. 1950 gründeten sie die Freisoziale Union (FSU), die bis 1958 die "Wiedervereinigung" forderte und gegen die Westintegration kämpfte.⁵ Anfang der 50er bestanden Kontakte zur Deutsch-Sozialen Union (DSU) Otto Strassers.⁶ Der spätere langjährige Generalsekretär der FSU (1969 bis 1982), Ferdinand Böttger, stieß nach dem Verbot der nazistischen Sozialistischen

Reichspartei (SRP) 1952 zur FSU. In den 70er Jahren war Böttger auch Landesvorsitzender des neofaschistischen Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL) Hamburg. Wegen weiterer ehemaliger SRP-Mitglieder wurde der FSU 1952 die Teilnahme an den Kommunalwahlen in Wolfsburg untersagt.⁷

16) Anfang der 60er Jahre formulierte die FSU umweltpolitische Positionen unter dem Einfluß eines Lebensreformflügels (Ernährung, Gesundheit, Landwirtschaft usw.), organisiert 1956 als Bund freisozialer Lebensreformer um Georg Otto. Führende FSU Mitglieder arbeiten seit 1960 beim Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL) mit, 1969 kandidierten Max O. Bruker und Helmut Mommsen vom WSL auf der FSU-Liste für den Bundestag.⁸ Die Gesellianer Professor Felix Binn und Helmut Créutz referierten im Collegium Humanum des WSL in Vlotho.⁹

17) In den frühen 70er Jahren stimmte die FSU in die Kritik von rechts gegen die "Entspannungspolitik" der sozialliberalen Koalition ein, weil diese die Teilung Deutschlands zementiere.¹⁰ Mitglieder der FSU beteiligten sich im Vorfeld der Bundestagswahl 1976 an Bemühungen um ein Wahlbündnis unter dem Namen Arbeitskreis der Wählergemeinschaften, Unabhängigen Parteien und Bürgerinitiativen (AWUB).¹¹ Beim ersten öffentlichen Treffen hielten neben dem Gesellianer Otto Malig (FSU) unter anderem Erwin Schönborn (Kampfbund deutscher Soldaten), Karl-Heinz Keuken (Ex-NPD, Ex-DVU)¹² und Martin Pape (Mitglied der nationalrevolutionären Unabhängigen Arbei-

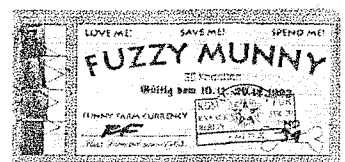
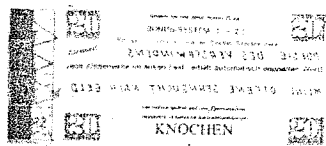
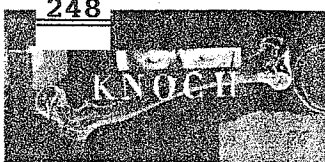
18) ter Partei, UAP, 1968 Gründer der Sozial Liberalen Deutschen Partei, (1978 umbenannt in FAP)¹³ einführende Kurzreferate. Beschlossen wurde, ein Bündnis unter der Bezeichnung Arbeitsgemeinschaft 4. Partei zu gründen. Vorausgegangen waren Anfang 1975 Gespräche zwischen Vertretern der DSU, der FSU-Abspaltung Liberal-Soziale Union (LSU), der FSU, vertreten durch Ferdinand Böttger sowie weiteren Gruppen.¹⁴

19) Unter den Kontaktadressen der geplanten "4. Partei" finden sich Max O. Bruker (WSL, FSU), Erwin Schönborn, Ludwig Fischer (WSL) sowie das Ex-CDU-Mitglied Walter Dürsch. Der hatte 1973 in Hamburg Treffen zwischen UAP und FSU organisiert. Die UAP gründete damals als rechte Konkurrenz zur Aktion Widerstand von Gerhard Freys DVU gegen die offizielle Ostpolitik eine Nationalrevolutionäre Aktion 62.¹⁵

20) Das Protokoll des ersten öffentlichen Treffens der AWUB listet weitere Organisationen auf, zu denen Kontakte gepflegt wurden. Mitglieder dieser Gruppen waren an den Vorbereitungen für das Wahlbündnis beteiligt: Arbeitskreis Gesundheitskunde, Schweizer Demokratie in Deutschland, Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft, AG freiwirtschaftliche Christen, Arbeitsgruppe für Dreigliederung, Organisation für direkte Demokratie, Freiwirtschaftliche Bewegung, Solidaristische Volksbewegung, Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) (eine der Gruppen, die später die Grünen mitaufbauten), UAP und natürlich die FSU. Weiter die Freie Deutsche Bauernschaft des Autors

der Publikation der "Auschwitz-Lüge", Thies Christophersen. Das Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes (DKEG), ein Zweig des Witi-ko-Bundes, Organisation von Altnazis aus dem "Sudetenland". 1973 verlieh die DKEG den Schillerpreis des deutschen Volkes an Konrad Lorenz, Irenäus Eibl-Eibesfeldt hielt die Laudatio. Vertreten war auch die Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfbAEV). Laut Impressum der "Neuen Anthropologie", der Zeitschrift der GfbAEV, saß "Ernährungspapst" Max O. Bruker rund 10 Jahre im Wissenschaftlichen Beirat ebenjener GfbAEV, einer rassistischen, neofaschistischen Organisation. Ihr Vorsitzender war viele Jahre lang der "Nazi in Anwaltsrobe" (Die Zeit) Jürgen Rieger, Führungsfigur der terroristischen Naziszene. Auf der Feierlichkeit vertreten war ferner ein Komitee zur Überwindung der materialistischen Weltanschauung (im Spirituellen Adreßbuch zu finden), die Sigrid Hunke Gesellschaft und die Bruderschaft Salem.

21) Aus der "4. Partei" wird nichts, als Miniausgabe bleibt der "5-Prozent-Block", mit Bruker im Vorstand. 1979 gibt er das Blatt Volk und Umwelt der Deutschen Bewegung für Demokratie und der Sammlungsbewegung Lebensordnung heraus. In der ersten Nummer dieses Blattes wird zur Wahl der NPD aufgerufen. Bruker avanciert zum Vorsitzenden der Wählergemeinschaft Grüne Liste Rheinland-Pfalz. Im Landeskoordinations-Ausschuß sitzen neben Bruker, Gerd Dittmann (AUD) und Lothar Müller (FSU); vertreten sind folgende Organisationen: AUD, Deutscher Naturheilbund und FSU. Die Grüne Aktion Zukunft (GAZ) Gruhls und die jungen Nationaldemo-



Das Knochengeld, das einige KünstlerInnen in Berlin herstellten (siehe Artikel!) ist die unkritische Dekoration einer politisch äußerst problematischen Aktion. Unpolitisch, gleichgültig, naiv oder GesellianerInnen? Die Geldscheine wurden hergestellt (von li. n. re.), oben = Vorder-, unten

kraten sind bei der Gründung dabei.¹⁶



Ideologische Verknüpfungen: "Neue" Rechte, Anthroposophie und GesellianerInnen

Bemerkenswert ist die Mischung aus GesellianerInnen, AnthroposophInnen und offenen FaschistInnen, vornehmlich aus dem Spektrum der sogenannten "Neuen" Rechten, personifiziert durch Max O. Bruker und Günter Bartsch.

Bruker predigt in seinen Büchern gesunde Ernährung und sozialdarwinistische Ideologie. So konstruiert er einen Zusammenhang zwischen Frauenkrankheiten und Empfängnisverhütung bzw. gesundheitsschädlicher Lebensweise, wobei gesundheitsschädlich meint, sich nicht à la Bruker zu ernähren.¹⁷ Wenn eine Frau dadurch "ihren Körper schädigt", hofft Bruker auf Selektionsgründen auf Sterilität: "vom biologischen Standpunkt aus eine sinnvolle Maßnahme, weil dadurch der Anteil der Bevölkerung von der Fortpflanzung ausgeschlossen wird, der keine gesunde Nachkommenschaft gewährleisten kann."¹⁸

Weil Frauen Erziehungsarbeit scheuen, kommt es laut Bruker zu immer mehr Einzelkindern. Die wiederum sind verweichlicht: "Zur Vorbereitung für die späteren

Lebensaufgaben sind drei Kinder geeigneter als nur zwei. Dies entspricht dem Kampf ums Dasein im späteren Leben mehr. Bei drei Kindern sieht sich das eine meist einer Mehrheit von Zweien gegenüber."¹⁹ Ob Bruker wegen oder trotz solcher Passagen vor kurzem in Emma sein neues Buch inserieren durfte?

³²⁾ Auch Krebs ist aus "ganzheitlicher, biologischer und geisteswissenschaftlicher Sicht... kein Problem", schreibt Bruker. Es ist vielmehr eine "vollendete Krankheit, dazu ausersehen, dem verblendeten Fortschrittsgläubigen die Augen zu öffnen", oder aber es wird "der fortschrittliche Teil der Menschheit in einem Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit durch Krankheit, insbesondere Krebs liquidiert"²⁰. Chronische Schlafstörungen erklärt der Ernährungspapst mit Hilfe der Anthroposophie als "starke(n) Mangel an Vertrauen zu dieser Welt und damit zu Gott"²¹. Ausgehend von der anthroposophischen Lehre vom Menschen als Geist-Seele-Leib-Einheit und einem mythischen Naturbegriff ("das ursprünglich Gegebene", "Göttlich-Geheimnisvolles und Letztes") wettet Bruker gegen die rationale Wissenschaft als "Höhepunkt materialistischen Denkens"²².

³³⁾ Eine braunschillernde politische Biographie weist auch Günter Bartsch auf. Von 1947 bis 1953 war er Mitglied der KPD in Niedersachsen. 1972 veröffentlichte er ein Werk über "Anarchismus in Deutschland". Darin wird Silvio Gesell als "Anarcho-Liberaler" charakterisiert. Drei Jahre später schreibt Bartsch ein Buch

mit dem Titel "Revolution von rechts?", positiv Bezug nehmend auf Teile der "Neuen" Rechten sowie Otto Strasser. Mit "Von Kronstadt zum Achbergerlebnis" schlägt Bartsch 1977 eine Brücke vom Anarchismus zur Anthroposophie. Artikel aus seiner Feder werden in den rechten Blättern *Wir selbst*, *Criticon* und *Junges Forum* sowie in den SPD-nahen *Frankfurter Heften* abgedruckt. 1989 erscheint eine Biographie über Otto Strasser im Verlag von Siegfried Bublies (Ex-NPD, Republikaner), der auch *Wir Selbst* herausgibt. Bartsch selbst verfügt über die Zeitschrift *Samenkörner*.²³

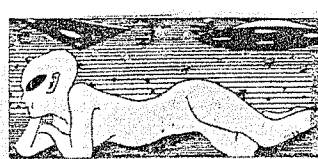
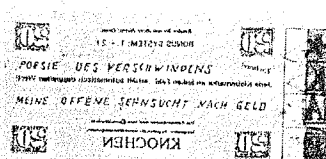
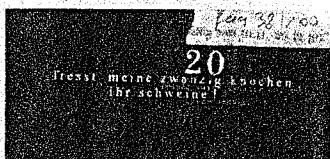
1989 verfaßt Günter Bartsch zusammen mit Klaus Schmitt das Buch "Silvio Gesell - Marx der Anarchisten?", das im anarchistischen Karin Kramer Verlag erscheint. Silvio Gesell wollte, schreibt Bartsch, die Marktwirtschaft, "eine Art kybernetisches System, das auf Selbststeuerung und Rückkoppelung beruht", aus den Fängen der Konzerne, Trusts und Preiskartelle befreien.²⁴ Er räumt "eine Spur von Sozialdarwinismus" bei Gesell ein: "Jedoch richtet sie sich vor allem gegen Ehen mit Alkoholikern."²⁵ Bei freier Liebeswahl der Frauen und freiem Wettbewerb unter den Männern ist "natürliche Auslese" möglich, dann "platzen die Eiterbeulen, die größten Probleme - Staat, Klerus, Überbevölkerung, Krieg."²⁶ Den großen Meister verkörpert der Anarchofaschist: Gesell "soll" 1930 an einer Lungenentzündung gestorben sein, "aber vielleicht war sein Sarg leer". Bartsch weiß, "er ging in den Untergrund, und

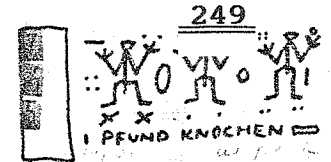
nun kehrt er daraus zurück"²⁷.

Mit den eugenischen und sozialdarwinistischen Aspekten der Gesellschen Theorie beschäftigt sich auch der Beitrag von Bartschs Co-Autor Klaus Schmitt unter dem Titel "Geldanarchie und Anarchofeminismus". Gesell wird gefeiert als Nachfolger von Pierre Joseph Proudhon (1809 bis 1965), dem "Begründer einer eigenständigen anarchistischen Wirtschaftstheorie".

Schmitt schätzt besonders Silvio Gesells *Freiland-Idee*: Der gesamte Boden solle von einem Bund der Mütter verwaltet und an Meistbietende verpachtet werden. Die Pachteinahmen gehen an die Mütter und ihre Kinder. Gesell habe dies als Beitrag zur "biologischen und kulturellen Fortentwicklung der Menschheit" verstanden, als Möglichkeit den potentiellen Vater auch unter eugenischen Gesichtspunkten auszuwählen. "Immerhin", schreibt Klaus Schmitt, "ist dieser Gedanke einer für die Gesunderhaltung des Erbguts und für die Evolution der menschlichen Art vorteilhaften und von den betroffenen Individuen selbstbestimmten Eugenik eine diskutierbare Alternative zu den auf uns zukommenden, von Staat und Kapital fremdbestimmten Genmanipulationen."²⁸ Mit Rassismus habe dies nichts zu tun.

In dem Roman "Der abgebaute Staat" von Gesell (1927), auf den Schmitt sich hier bezieht, wird die Utopie einer Frauenkommune beschrieben, deren Bewohnerinnen vielfache sexuelle Beziehungen unterhalten. Ihre Kinder stammen von verschiedenen Vätern "hoher physischer und





= Rückseite: 1 Raabenstein; 2 Daniel Habegger; 3 Volker Wilczek; 4 Laura Kikauka (oben), Breeda (unten); 5 Hans Peter Kuhn; 6 Klaus Staeck; 7 Strawalde; 8 A. R. Penck. Seite 8: KünstlerIn: Unbekannt. Der obere Geldschein (auf Seite 8) zeigt die Künstlerin Siglinde Kallnbach.

36) psychischer Qualität ab, und zwar von Männern aus den verschiedensten Völkern und Rassen der Erde! Es geht hier also nicht um die 'Aufordnung' einer bestimmten Rasse, wie es die NS-Rassisten vorhatten, sondern um die Fortentwicklung der gesamten Gattung Mensch.²⁹ Leider, fährt Schmitt fort, seien die "ausdrücklich staatsfreien und naturverbundenen Eugenik- und Wahlzuchtvorstellungen... heute in linken Kreisen äußerst verpönt". Die Kritik der Linken schiebt er einer "lust- und lebensfeindlichen, aus christlich-masochistischer Moral gespeister Ideologie" zu, wie sie nach Schmitts Auffassung unter anderem Theresia Degener (Autorin zahlreicher linker, feministischer und wissenschaftskritischer Texte) und eines Buches über Euthanasie vertritt. Dabei sollten wir zur Kenntnis nehmen, daß "durch den Schutzraum der Kultur, der Ausleseprozeß ausgeschaltet ist, die weiterwirkenden Mutationen führen jedoch zur überwiegend negativen Veränderung der menschlichen Natur: zu Domestikationserscheinungen". Genau so formulierte Konrad Lorenz 1943, bei dem sich Schmitt im nächsten Absatz dann auch bedankt.³⁰

Welch ein Fortschritt gegenüber den Nazis und Aldous Huxleys "Schöner neuer Welt"! Die einen benötigen den Terror: im Roman müssen befruchtete Eizellen noch in einer Brut- und Normzentrale manipuliert werden. Sozialdarwinismus im anarchistischen Gewande selektiert und merzt 'selbstbestimmt' Alkoholiker, Kranke und Behinderte aus. Die Menschen in der Gesellschaften

und Schmittschen Horror-Utopie haben die Unterscheidung in "höher-" und "minderwertiges" Leben soweit verinnerlicht, daß ökonomische Zwänge sowie staatliche Macht und Manipulation überflüssig sind!



Die Rehabilitation der "guten" Nazis

Wie Rudolf Bahro die Nazis in gute/spirituelle und schlechte/machtpolitische Fraktionen auseinanderdividiert, bemüht sich auch Klaus Schmitt um eine Sortierung, die es erlaubt, einen Teil des Nationalsozialismus salonfähig zu machen. Schmitt unterscheidet einen "faschistisch, konservativ(n) und rassistische(n) Flügel um Hitler, Himmler und Göring" von einem "linken" Flügel um den Zinstheoretiker Gottfried Feder und die Strasser-Brüder. Diese zweite Gruppe habe jedoch unausgegrenzte, weil staatssozialistische Positionen vertreten.³¹ Und - Jörg Haider läßt grüßen - immerhin: "Trotz vieler theoretischer Mängel und politischer Differenzen in der NSDAP hat sie Anfang der 30er Jahre ein - wie sich zeigen sollte - durchaus brauchbares Wirtschaftsprogramm... vorgelegt"³². Otto Strassers Bamberger Programm von 1925 zielt auf Gewinnbeteiligung und Mitbestimmung der Arbeiter, der Gemeinden und des Staates, Grund und Boden als "Eigentum der Nation", schreibt Klaus Schmitt

1993 in einem Beitrag für die Zeitschrift *Contraste*. Was das Nazi-Programm für den Gesellianer "vorteilhaft von marxistischen Konzepten unterscheidet ist die Akzeptanz des Marktes". Kritisiert wird Strasser in erster Linie vom Standpunkt des Anarchismus Gesellscher Prägung: Er habe, nörgelt Schmitt, die Ursachen der Ausbeutung in der Produktionssphäre gesehen und am Staat festgehalten. War noch was? Ach ja, Strasser baute die SA mit auf. Trotzdem: "Und ein schlechterer Sozialist als viele 'linken' Sozialisten schien auch Strasser nicht gewesen zu sein. Wir haben da wohl noch einiges aufzuarbeiten"³³

38) Daß Klaus Schmitt auf Veranstaltungen, in *Interim*, *Contraste* und *Taz* zu Wort kommen darf, und niemand ihn für seine rassistischen Positionen auf Maul haut, sein Buch in anarchistischen und autonomen Infoläden aufliegt und verkauft wird, ist ein Erfolg - für die sogenannte "Neue" Rechte, deren politische Hegemonie weit ins (pseudo-)linke Spektrum reicht.



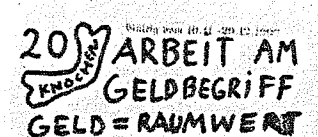
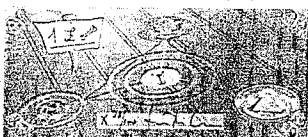
Die Wirtschaftstheorie des Silvio Gesell

39) Was kann Silvio Gesell, der Begründer der sogenannten Freiwirtschaftsbewegung, dafür, daß sich viele seiner Anhänger im braunen Sumpf bewegen? Die Wirtschafts-

theorie des "exotischen Außenseiters"³⁴ muß deswegen doch nicht verkehrt sein?

Gesell wurde 1862 in St. Vith (Belgien) geboren, absolvierte eine kaufmännische Lehre in Malaga und lebte abwechselnd in Argentinien, der Schweiz und Deutschland. Er arbeitete als Kaufmann bzw. bewirtschaftete in der Schweiz ein Landgut. 1891 erschien eine erste Schrift des Autodidakten Gesell ("Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat"), in der er erstmals die "Idee des rostenden Geldes" formuliert. Um seine Theorie zu verwirklichen, beteiligt sich Gesell an dem 1909 gegründeten *Physiokratischen Kampfbund*. 1914 erwägt Gesell, als Kriegsfreiwilliger ins deutsche Heer einzutreten, zieht sich dann aber auf sein Schweizer Landgut zurück.³⁵

Sein 1911 erschienenes Hauptwerk "Die natürliche Wirtschaftsordnung", ist über weite Strecken eine Auseinandersetzung mit Marx. Der analysierte die Wurzel der Ausbeutung im Produktionsprozeß: Die Arbeiter stellen Produkte her, deren Wert höher ist, als der Lohn den sie ausbezahlt bekommen. Der Lohn entspricht etwa dem Wert der Güter und Dienstleistungen, die notwendig sind, um die menschliche Arbeitskraft zu erhalten. Die Differenz zwischen Lohn und dem Wert der hergestellten Produkte ist der berühmte Mehrwert, den das Kapital einbehält. Soweit in aller Kürze und Schlichtheit. Bei 40) Gesell bedeutet Mehrwert Zinsen und Renten, er stellt sich ausdrücklich in die Tra-





Die "Joe Bsaffot" und die Galerie "o zwei" (Berlin, Prenzlauer Berg) organisierten gemeinsam die Aktion "Künstler machen Geld". Rund drei Dutzend KünstlerInnen entwarfen je einen Geldschein. Der Wert jeden Scheins beträgt 20 Knochen oder 1 Pfund Knochen und muß für 20 DM gekauft werden. Die Geldscheine werden zu 50 Stück gebündelt, jedes Bündel zu 1.000 DM verkauft. Pro Woche verliert jeder Geldschein 1 DM an Wert, der durch zusätzliche Kaufmarken ausgeglichen und aufgeklebt wird. Nach sieben Wochen sind das für ein Bündel zusätzliche 350 DM. (Natürlich verlieren die echten 20 DM-Scheine, die für das Schwundgeld an die HerstellerInnen bezahlt wurden längst nicht so schnell an Wert. Sonst wär's ja auch kein Geschäft.) Der Gewinn der Galerie soll mit den KünstlerInnen geteilt werden, was in "weihervoller Form" zu geschehen habe. Einige Läden und Kneipen am Prenzlauer Berg erklärten, daß sie Knochengeld nehmen. Sie profitieren von der Aktion, denn wer nicht zuviel Geld verlieren will, muß ausgeben. So wird lediglich Kaufkraft abgeschöpft und einige Geschäfte erhöhen ihre Einnahmen, eine Art nichtprogressive Steuer, kein Griff in die Tasche des Kapitals. Es ist ein Spiel im Rahmen und in der Logik des Kapitalismus. Weder Produktionsbedingungen noch Profit werden auch nur andeutungsweise in Frage gestellt.

Im Rahmenprogramm der Aktion finden wir Vorträge von Gesellianern, unter anderem von Klaus Schmitt (übers "Wörgeler Schwundgeld", 6.11.1993) und Helmut Creutz ("Zaster, Zins und Zinseszins", 8.12.1993). Dem "Strategiepapier Nr. 5" von "Joe Bsaffot" dürfen wir die freudige Botschaft entnehmen: "Stirmerianer und Steinerianer geben sich den Henkel in die Hand, Bahro läßt grüßen ...".

Weshalb fiel diesen KünstlerInnen keine Aktion ein, die keine Propaganda für eine rechtsextreme, antisemitische, prokapitalistische Gesellschen Wirtschaftstheorie ist? fragt die ÖkoLinX-Redaktion



dition von Pierre-Joseph Proudhon (1809-1965), einem französischen Anarchisten. Schon dieser habe behauptet, daß Problem liege in der Zirkulation, weil die Knappheit des Geldes Produktion und Austausch lähmen. Genauer gesagt seien es die Geldbesitzer, die dieses Tauschmittel horten, um Zinsen zu kassieren.³⁶ Gesells Definition von Arbeiter lautet deshalb: "...jeder, der vom Ertrag seiner Arbeit lebt, Bauern, Handwerker, Lohnarbeiter, Künstler, Geistliche, Soldaten, Offiziere, Könige sind Arbeiter in unserem Sinne. Einen Gegensatz zu all diesen Arbeitern bilden in unserer Volkswirtschaft einzig und allein die Rentner, denn ihr Einkommen fließt ihnen völlig unabhängig von jeder Arbeit zu."³⁷ Mit Rentner sind hier Personen gemeint, die von ihren Kapitalzinsen leben. Gesell fordert das Recht aller Arbeiter (gemeint sind also Kapitalisten und Lohnabhängige) am "gemeinsamen vollen Arbeitsertrag", das heißt ohne Abzug von Zinsen oder Renten. Ausdrücklich geht es dem Kaufmann nicht um die konkrete Verteilung zwischen Kapital und Lohnabhängigen: Durch den Wegfall der Zinsen und Renten würden sich alle Einkommen erhalten, verteilt wird "nach den Gesetzen des Wettbewerbs" gemäß dem Prinzip: "Dem Tüchtigsten der höchste Arbeitsertrag"³⁸.

Die Utopie der GesellianerInnen, eine 'Marktwirtschaft ohne Kapitalismus', basiert auf drei Säulen: Freiland, Freihandel und Freigeld. Das Privateigentum an Boden wird in einem ersten Schritt vollkommen abgeschafft. Gesell verbindet damit die Hoffnung, staatliche Grenzen abzubauen und den allgemeinen Frieden zu sichern, weil Staaten nicht mehr um Territorien kämpfen würden.

Unabhängig von "der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung", habe jeder dann das Recht auf völlige Freizügigkeit und dürfe überall soviel Boden pachten,

wie er bebauen könne.³⁹ Dieses Recht ist strikt bürgerlich-formal: Verpachtet wird an den Meistbietenden.⁴⁰ Silvio Gesell unterstellt, daß sich das Freiland dank seiner ökonomischen Vorzüge weltweit ausbreiten wird: Staaten, die sich weigern und weiter Monopolgewinne ermöglichen, würden die "Arbeits-scheuen der ganzen Welt ins Land ziehen... Alle Bummler, Sonnenbrüder und Zigeuner würden dorthin ziehen, wo man die Bodenschätze an das Aus-land mit Renten belastet abgibt."⁴¹

Der Arbeitsertrag aus dem Freiland fungiert als "Höchst- und Mindestmaß des allgemeinen Arbeitslohnes", das heißt, ist der angebotene Lohn geringer, mutieren die Proleten einfach zu Pachtbauern (= Mindestmaß), mehr Lohn können sie - genauer gesagt: sollen sie, weil Gesell Klassenkampf und Streik ablehnt - nicht bekommen (= Höchstmaß). Freiland ist damit die "einzige Stütze bei Lohnver-handlungen", eine Ausweich-möglichkeit für weiße, europäische Proletarier im Sinne von Auswanderung.

Das 'freie Land', das Gesell meint, ist angeblich "herrenlo-ses" Land im Trikont; also ein implizit kolonialistisches Expansionsprogramm.⁴² In diesem Zusammenhang kritisiert er auch die Abschottung der USA gegen den Handel mit Europa und die Einwanderung aus Italien oder Asien: Wegen "dieser amerikanischen Rassenpolitik" könnten, kritisiert Gesell, "die Neger eines Tages die Oberhand gewinnen"⁴³.

Freiland allein ist laut Gesell kein Mittel gegen Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit.⁴⁴ Das Problem liege im Austausch der Waren. Weil dieser durch Geld vermittelt werde, existiere eine "Zwangsnachfrage nach Geld"⁴⁵. Den Umfang dieser Nachfrage nach Geld bestimmen der Warenstrom, gemeint sind Konsumgüter.⁴⁶ Letztlich ist für Gesell der Preis des Geldes gleich den Arbeitserzeugnissen, gleich Lohn plus

Zins und Bodenrente.⁴⁷ Nur beim Austausch von Waren kommt es zur Ausbeutung, jeder betrügt jeden.⁴⁸ Entweder existiert dann keine Ausbeutung, weil jeder Betrüger und Betrogener ist, oder Gesell denkt an eine Konzentration von Reichtum bei den schlaunen Betrügern und eine Verarmung der dummen Betroffenen. Ein Ausleseprozeß aufgrund angeborener oder erlernter Fähigkeiten?

Die oben skizzierte Marx-sche Werttheorie, die Ausbeutung im Produktionsprozeß festmacht, lehnt Gesell jedenfalls ab:⁴⁹ "Der Wert ist also ein reines Hirngespinnst" und "Wahngebilde"⁵⁰. Immanent logisch, weil sonst Ausbeutung nicht in der Zirkulation verankert und für 'fairen' Wettbewerb plädiert werden kann. Spätestens diese Aussage zeigt, daß Gesell ein Spinner ist und seine Theorie den Ängsten und Illusionen des Kleinbürgers entspringt. Ein Beispiel: Angenommen Produzent A und Produzent B stellen bei gleichen Ausgaben für den Lebensunterhalt in der selben Zeit 10 bzw. 100 Stück einer Ware her. (Gesell selber wird ja nicht müde, die Vorzüge der Arbeitsteilung - Produktionssteigerung oder weniger Arbeitszeit pro Produkteinheit - zu preisen.) Trotz des höheren Materialaufwandes und Verschleißes an Werkzeug kann B seine Produkte billiger verkaufen, A bleibt auf seinen Waren sitzen oder verkauft unter seinen Produktionskosten. Höhere Arbeitsproduktivität setzt sich unter Konkurrenzbedingungen durch, weil sie weniger menschliche Arbeitskraft je Wareneinheit bedeutet. Insofern reguliert der Wert der Waren "in letzter Instanz" die Preise, was nicht bedeutet, der Wert, das heißt die Arbeitszeit, diktiert immer den Preis, sondern dieser schwankt. Der Wert setzt sich als "blindwütiges Durchschnittsgesetz" durch.⁵¹

Wirtschaftskrisen entstehen nach der Gesellschen Theorie, weil Geld gehortet

und damit Zins erpresst, also arbeitsloses Einkommen erzielt werden kann. Die gute Marktwirtschaft verwandelt sich zum ausbeuterischen Kapitalismus; der Gegensatz verläuft zwischen den 'Schaffern', Arbeitern und Unternehmern, und den Raffern, parasitären Kapitalisten. Ein Ansatz, der um die Jahrhundertwende bis 1933 das antisemitische Stereotyp vom jüdischen Wucherer nur befördern konnte. Kapitalismus wird von den GesellianerInnen als *Zinswirtschaft* definiert. Bei nachlassender Konjunktur sinken die Gewinne, der Zinssatz aber - laut Gesell - nur bis zum "Urzins", das heißt nicht unter 2,5 Prozent. Sonst horten die Geldbesitzer lieber und bringen dadurch die zirkulierende Geldmenge und das Warenangebot in ein Ungleichgewicht. Möglich wird das Horten, weil Geld nicht verfault. 1891 formuliert Gesell deshalb bereits die Idee des "rostenden Geldes", später "Frei- oder Schwundgeld" genannt. Geld verliert einfach in bestimmten Zeiträumen ebenso an Wert, wie Waren und muß deshalb ausgegeben bzw. investiert werden.⁵²

Die Krisentheorie des Gesellianers Klaus Schmitt⁵³ geht von einem hohen Angebot aus, welches unter Konkurrenzbedingungen Gewinne und Zinsen purzeln läßt. Wenn in einer solchen Lage alle Sparstrümpfe und Raffzähne auf Zinsen verzichten und investieren, steigt das Angebot weiter. Im Gegensatz zu den Behauptungen von Schmitt und anderen, ohne 'Zinsknechtschaft' lebten wir im ökologischen Paradies: Investiert wird, wenn Profite winken, niedrige Zinsen könnten sogar noch einen Wachstumsschub bewirken. "Gesell selber", schreibt sein Schüler Gerhard Senft, "sah den Zins als Wachstumsbremse, die er beseitigen wollte."⁵⁴ In seiner Kritik der Freiwirtschaft geht Jürgen Kaun soweit, "einen kräftigen Wachstumsschub mit vermehrten Umweltschäden" zu prognosti-

Anarchistisches

Bildungsprogramm

25. 10. 93 19⁰⁰
Kapital und Krise
Jacob Schaffelholz
Infoladen Bambule

26. 10. 93 19⁰⁰
Marktwirtschaft ohne Kapitalismus
Klaus Schmitt
Infoladen Bambule

27. 10. 93
Die braunen Zonen
Abschlußdiskussion
Canten/Hettich
El Locco

28. 10. 93
Klassiker der Anarchie
Stirner
Jochen Knoblauch
El Locco

Infoladen Bambule, Schönhauser Allee 20, Berlin Prenzlauer Berg

Oben: aus Interim Nr. 258 v. 21.10.1993

Rechts: aus dem Verlagskatalog des Karin Kramer Verlags, Berlin; gefunden auf der Frankfurter Buchmesse 1992. Die Anpreisung des Buch läßt das Fragezeichen hinter dem Titel vollends zur Farce werden.

Ganz unten: aus Interim Nr. 259 v. 28.10.1993

... debattiert...
und was Trotzki mit Pornographie zu tun hat...
Originalformat DIN A2, mehrfarbig, 49,80 DM

Klaus Schmitt u. a.

SILVIO GESELL -

„MARX“ DER ANARCHISTEN?

Texte zur Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus und der Kinder und Mütter vom patriarchalischen Bodenunrecht

Wenn nicht an der Machtfrage, dann ist noch jede sozialrevolutionäre Bewegung an ihrem Unvermögen gescheitert, ökonomische Probleme zu lösen und eine blühende Volkswirtschaft zu entfalten. In diesem Buch soll eine Alternative sowohl zum Privatkapitalismus der Liberalen als auch zum Staatskapitalismus der Marxisten vorgestellt werden: das anarchistische Konzept einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus.

303 S., zahlr. Abb., 36,- DM

Maarten Dillinger

KOSMISCHE AUFKLÄRUNG

FÜR EIN DRITTES JAHRHUNDERT

und Hinführung

Gippen-Anzeigen



Mein Weib gebar mir heute eine Tochter von deutschem Blute und Lichtem Wesen. Wir nennen sie

Adelheid Ingeborg

Helga.

Oranienburg-Eden,
am 10. im Lenzmond 1919.

Helmut Haacke,
Verlagsbuchhändler.

Links: "Außer vegetarischer Ernährung", heißt es im Programmheft von Eden 1917, "war zum 'natürlichen' Leben in der alternativen Kommune 'deutsch-völkische Gesinnung Voraussetzung.' Und dazu befähigt nur deutsches Arierium." In dieser Landkommune "Oranienburg-Eden" verbrachte Silvio Gesell seine letzten Lebensjahre. Quelle des Ausspruchs: "Zurück o Mensch zur Mutter Erde, Landkommunen in Deutschland 1890-1933", dtv Dokumente, München 1983, S. 40

Im Rahmen des anarchistischen Bildungsprogramms Berlin Herbst 1993

28. 10. 93
Klassiker der Anarchie
Stirner
Jochen Knoblauch
El Locco

2. 11. 93
Marktwirtschaft ohne Kapitalismus
Klaus Schmitt
Infoladen Bambule

3. 11. 93
Monetäre Katastrophenschutzübung
Siegfried Schwanke
El Locco

4. 11. 93
Klassiker der Anarchie
Mühsam
Lorenz Hettich
El Locco

Beginn jeweils 19.00 Uhr

zieren. "Zinslose Investitionsdarlehen würden... extrem kapitalintensive Großtechnologien verhältnismäßig am stärksten verbilligen"⁵⁵; also Atomkraft, Fusion, Luft- und Raumfahrt, Gentechnik.

Klaus Schmitt und Margrit Kennedy beziehen den Wertschwund auf konkretes Bargeld.⁵⁶ Immer noch, schreibt Kennedy, werde Geld gehortet, zum Beispiel von Privatleuten unter der Matratze, oder nach Einbrüchen und Diebstählen, oder als Geldbestände in ausländischen Währungen.⁵⁷ Ein lächerlicher Ansatz: Nach Jürgen Kaun sind gerade 8 Prozent vom gesamten zinstragenden Geldvermögen der privaten Haushalte (!) Tauschgeld, die eine solche Hortungssteuer betrifft.⁵⁸

Auch bei Experimenten mit dem "Schwundgeld", etwa dem Paradebeispiel der GesellianerInnen in dem österreichischen Dorf Wörgl 1932, tauschten die BürgerInnen ihr Bargeld gegen ein anderes Zahlungsmittel um. Die neue Währung verlor jeden Monat ein Prozent ihres Wertes. Die Gemeinde hatte dadurch 2.000 Schilling Gewinn im Monat, konnte Schulden abzahlen und die Infrastruktur ausbauen. Weder die Bankguthaben der Reichen, noch deren Sachwerte wurden angegangen, sondern die Bargeldbestände aller BürgerInnen. "Schwundgeld" ist also nichts anderes als eine verkappte nichtprogressive Steuer.



Rassenhygiene mit Freigeld und Freiland

Freiland, Freihandel und Freigeld bilden zusammen die Elemente einer "natürlichen Wirtschaftsordnung". Laut Gesell meint diese "eine Ordnung, in der die Menschen den Wettstreit mit der ihnen von der

Natur verliehenen Ausrüstung auf vollkommener Ebene auszuweichen haben, wo darum dem Tüchtigsten die Führung zufällt, wo jedes Vorrecht aufgehoben ist und der Einzelne, dem Eigennutz folgend, geradeaus auf sein Ziel lossteuert, ohne sich in seiner Tatkraft durch Rücksichten ankränkeln zu lassen"⁶⁰.

Der 'Marx' der AnarchistInnen entpuppt sich als Sozialdarwinist und Liberaler: "Diese natürliche Wirtschaftsordnung", fährt Gesell fort, "könnte man auch als 'Manchesterstertum' bezeichnen, jene Ordnung, die den wahrhaft freien Geistern immer als Ziel vorgeschwebt hat... Die Manchester Schule war auf dem richtigen Wege, und auch das, was man von Darwin her später in diese Lehre hineinrug, war richtig."⁶¹ Die 'Fehler' des Manchesterkapitalismus, Privilegien des Grund- und Geldbesitzes zu akzeptieren, will Gesell korrigieren. Nur so sei das höhere Ziel, die Höherzüchtung der Menschheit, garantiert: "Die Auslese durch den freien, von keinerlei Vorrecht mehr gefälschtem Wettstreit wird in der natürlichen Wirtschaftsordnung vollständig von der persönlichen Arbeitsleistung geleitet... Denn die Arbeit ist die einzige Waffe des gesitteten Menschen in seinem 'Kampf ums Dasein'... Doch steht es außerhalb jedes Zweifels, daß der freie Wettbewerb den Tüchtigen begünstigt und seine stärkere Fortpflanzung zur Folge hat."⁶² Eine solche "Rassenpolitik", schreibt Gesell, "darf nicht an Staaten, Landesgrenzen, an Staatsgesetze gebunden werden. Rassenpolitik ist ureigene Angelegenheit jedes einzelnen Menschen". Es folgt ein antisemitisches Stereotyp: "Das einzige Volk, das seit Jahrtausenden beharrlich Rassenpolitik treibt, die Juden, hat überhaupt kein eigenes Land, und kennt die Staatshoheit nicht."⁶³

Das Ausleseprinzip leitet Gesell wie die Ökofaschisten aus 'ewigen' Naturgesetzen ab: "Diese Gesetze aber wollen den Wettstreit. Nur auf dem Wege des Wettbewerbs, der sich überwiegend auf wirtschaftlichem Gebiete abspielt, kann es zur

förderlichen Entwicklung, zur Hochzucht kommen. Wer daher die Zuchtgesetze der Natur in ihrer vollen, wundertätigen Wirksamkeit erhalten will, muß die Wirtschaftsordnung darauf anlegen, daß sich der Wettbewerb auch wirklich so abspielt, wie es die Natur will, d.h. mit der von ihr gelieferten Ausrüstung, unter gänzlicher Ausschaltung von Vorrechten. Der Erfolg des Wettstreites muß ausschließlich von angeborenen Eigenschaften bedingt sein, denn nur so wird die Ursache des Erfolges auf die Nachkommen vererbt... Dann darf man hoffen, daß mit der Zeit die Menschheit von all dem Minderwertigen erlöst werden wird, mit dem die seit Jahrtausenden von Geld und Vorrecht geleitete Fehlzucht sie belastet hat, daß die Herrschaft den Händen der Bevorrechteten entrissen werden und die Menschheit unter Führung der Edelsten den schon lange unterbrochenen Aufstieg zu göttlichen Zielen wieder aufnehmen wird". Der französische Adelige Boulainvilliers verteidigte 1727 die Privilegien seiner Kaste mit dem Verweis auf die 'rassische' Abstammung von den fränkischen Eroberern. Dem Bürger Gesell zufolge führen Privilegien zur Degeneration, man ist dem 'Kampf ums Dasein' enthoben.

Auch das Freiland-Konzept dient eugenischen Zielen. Die Pachtzahlung erfolgt zunächst an den Staat "und wird restlos an die Mütter nach der Zahl der Kinder verteilt"⁶⁴, als "Mutterrente". Die "Rückkehr der Frau zur Landwirtschaft" ist laut Gesell "die glücklichste Lösung der Frauenfrage"⁶⁵. Die "Vorrechte bei den Geschlechtern" sind aufgehoben, die Grundrente als ökonomische Sicherheit gewährt den Frauen "das freie Wahlrecht... und zwar nicht das inhaltsleere politische Wahlrecht, sondern das große Zuchtwahlrecht, dieses wichtigste Sieb der Natur."⁶⁶ Die Frauen gleichen damit den schädlichen Einfluß der Medizin aus, die die "Erhaltung und Fortpflanzung der fehlerhaft geborenen Menschen" bewirkt. "Soviel Krank-

haftes auch der Auslesebetätigung der Natur durch die Fortpflanzung der Fehlerhaften zugeführt wird, sie wird es bewältigen. Die ärztliche Kunst kann dann die Hochzucht nur verlangsamen, nicht aufhalten."⁶⁷

In dem Roman "Der abgebaute Staat" betont Gesell die Züchtung von "Kraft, Gesundheit, Geist, Schönheit" als gesellschaftliche Ziele. Frauen haben sich dem unterzuordnen, Verhütung ist schlecht, weil es dann an "menschlichem Auslesematerial" mangelt. Kopfzerbrechen bereitet Gesell das 'Überbevölkerungsproblem'. Einerseits werde es weniger Geburten geben, weil Frauen länger nach geeigneten Vätern suchen und nur "die Lebensbejahenden" gebären. Die übrigen Frauen lassen sich sterilisieren und sind lohnabhängig. Nach seiner sozialdarwinistischen Logik sterben diese Frauen aus und nur die 'Lebensbejahenden' pflanzen sich fort, so daß Gesell die "Gefahr einer künftigen Überbevölkerung"⁶⁸ befürchtet.



Der Antikommunist Gesell und die Münchner Räterepublik

Vorwürfe der Rechtslastigkeit kontern Gesell-Fans mit dem Hinweis, ihr Meister habe bei der Münchner Räterepublik mitgemischt. Halbwahrheiten wirken oft wie ganze Lügen. Die Rätebewegung in München gliedert sich in drei Phasen: Die erste dauert vom Sturz der Monarchie bis zur Ermordung des Ministerpräsidenten Kurt Eisner (USPD) am 21. Februar 1919. Am 7. April rufen der Münchner Zentralrat, Vertreter der sozialistischen Parteien und der Anarchisten die 1. Räterepublik aus. Ernst Niekisch (SPD), der sich später als Faschist hervortat und Hitler von rechts kritisierte, ernannte Gesell zum Volksbeauftragten

"Schmeissen Sie ihn raus!"

Brief vom Karin Kramer Verlag an ÖkoLinX

Bernd Kramer, Verleger des Karin Kramer Verlags, gibt seit einigen Jahren das Buch "Silvio Gesell - der Marx der Anarchisten?" heraus und macht damit und mit esoterisch-religiösen Büchern (in einem angeblich anarchistischen Verlag) das meiste Geld. Unsere Ankündigung des Beitrags über Silvio Gesell in ÖkoLinX 12 für dieses Heft veranlaßte ihn zu einem Brief, der einen eindrucksvollen Einblick in die Mentalität diesen "linken" Verlegers gewährt:

»Guten Morgen, Madam,

während unserer Vertretersitzung vor einer Woche lag auch Ihre Zeitschrift herum; Sept./Okt./Nov. '93 - und was sieht das Verlegerauge u.a. auf der Seite 7?!? Silvio Gesell, einige Zeilen von Peter Bierl. Ich kenne den guten Mann gar nicht, aber mit meiner allgemein an-erkannten Ferndiagnostik muß er die Nacht vor dem Verfassen des Artikelchens ganz intensiv von Scheiße geträumt haben - und mir fällt außerdem unser guter 68-ziger Schlachtrup ein: Wer ist der größte Lump im Land? - Der Denunziant. Mit Verlaub Madame, ich würde diesen Mann dem freien Arbeitsmarkt wieder zugänglich machen: Schmeissen Sie ihn raus. - Eigentlich ist es ja schon ein Unding, daß unser Verlag überhaupt mit dem Adjektiv "faschistisch" in Verbindung gebracht wird; würde mein Vater noch leben (er war zwei Jahre im KZ), ich denke mir mal, er würde dem Verfasser sang und klangvoll eins aufs Maul hauen... aber lassen wir's; wie sagte Ulrike Meinhof so treffend? Nur Qualität erkennt Qualität. Irgendwie ist es schon ulkig: Faschistisch reicht nicht, da muß dann noch rechtsextrem, antisemitisch - und sexistisch aufgefahren werden. - Kennen Sie den Witz: Warum onaniert ein Taubstummer immer mit der linken Hand? Ganz einfach: Mit der rechten muß er stöhnen.

Bestellen Sie der ÖkoLinX-Redaktion einen schönen Gruß und sie soll die dumme Nachäfferei doch lassen: Druckt die SZ schon mit Blut, so sollte doch die ÖkoLinX-Redaktion nicht in den Farbkasten der Druckmaschine kacken, dann kommt wirklich nur Scheiße dabei heraus.

Habe die Ehre, Madame, einen schönen Tag auch noch.

Bernd Kramer, Karin Kramer Verlag, Berlin«

Oben auf seinen Brief an uns hat Kramer folgendes Zitat kopiert:

"Wenn ich (in der Politik) mitmischen würde, würde ich mir einen Waggon scharfer Munition besorgen, eine Kalaschnikow durchladen und scharenweise Regierungsgenossen umsäbeln. Teilweise eigenhändig durch Genickschuss umlegen. So reif sind die Jungs. Aber das kann man nicht als Mensch, das ist nicht drin. Das wäre das, was ein Kämpfer machen müßte. Morden, knallhart killen. Und dazu bin ich mir zu schade, für irgendein Geschmeiß für den Rest meiner Tage in den Knast zu geben."

Der italienische Industriedesigner Luigi Colani in einem Interview der deutschen Zeitschrift Highscreen. ("Aufgespießt" am 10.10.93 in der Frankfurter Rundschau)

69)

Silvio Gesell -

"der Marx der Anarchisten" - ein Faschist!

von Horst Blume

Ob bei Sparkassendirektoren oder Anarchisten, bei Nazis, Grünen, Neoliberalen oder bei der SPD - überall kann man sie finden, diese merkwürdigen Anhänger von Silvio Gesell. Oft ist von ihm nur bekannt, daß er irgendetwas mit dem Geld vorhatte und Wirtschaftsfachmann gewesen sei. In seinem 380seitigen Hauptwerk "Die Natürliche Wirtschaftsordnung" (NWO) schreibt er geschwätzig und sich in vielen Einzelheiten verlierend, in Kapitel 10, "Die Zukunft", folgend:

Ganz im Gegensatz zum Karin Kramer Verlag: Schon 1984 hat die anarchistische Zeitschrift "Schwarzer Faden" einen ausführlichen Artikel veröffentlicht, in dem die Gesellsche Theorie sowie die GesellianerInnen scharf kritisiert werden. (Schwarzer Faden Nr. 13, 1/1984, vergriffen)

67)

253
für Finanzen. In seiner Autobiographie wertet Ernst Toller, damals Vorsitzender der Münchner USPD und Kommandant der Roten Armee, diese Wahl als Ausdruck von Unwissenheit und Unklarheit.⁶⁹ Am 13. April wird diese erste Räteregierung abgesetzt, ein Bündnis unter Führung der KPD ruft die 2. Räterepublik aus.

Nach der Niederschlagung der Rätebewegung durch die Freikorps Anfang Mai 1919 wird Gesell verhaftet. Sein Anhänger Rolf Engert verfaßt eine Verteidigungsschrift, die Gesell inhaltlich billigt. Deren Inhalt ist eine einzige Distanzierung von der übrigen Linken, wegen deren "sich als Konsequenz ergebenden Kommunismus". Immer schon habe Gesell Marx bekämpft, insbesondere "das von jenem verkündete Streikprinzip und predigt statt dessen die unverdrossene, ja gesteigerte Arbeit". Engert schrieb weiter: "Daß die Verbindung Gesells mit den Männern der ersten Räterepublik Bayern - und nur ihr gehörte er an - seinen Ideen im Grunde widersprach, geht am klarsten aus der Befremdung, ja dem Unwillen hervor, den dieser Schritt Gesells bei vielen seiner Anhänger hervorrief". Gesells Aktivität in der Räteregierung wird als besonders schlaue antikomunistische Taktik angedient: "er wollte den Kommunismus mattsetzen. Gesell erblickt im Kommunismus das Übel aller Übel... er vertritt statt dessen den ausgesprochensten - bisher noch nie verwirklichten wirtschaftlichen Individualismus", mitgemacht habe er nur, um "seine Idee selbst noch in letzter Stunde zur Rettung des deutschen Volkes zu verwirklichen"⁷⁰. Er würde sich "auch jeder anderen Regierung mit seiner völlig unpolitischen, seiner reinen Facharbeit zur Verfügung stell(en)". In einem Prozeß angesichts des Weißen Terrors die eigene Beteiligung zu leugnen ist menschlich verständlich, Gesells Distanzierungen aber belasteten andere Mitangeklagte.

Die Attraktivität des Silvio Gesell bei Teilen des anarchi-

stischen Spektrums ist weder Zufall noch Unwissenheit. Der Ansatz eines individualistischen Freiheitskonzepts ist offen für Mystik, für Egokult und Verteidigung des Eigentums, wie es beispielsweise Max Stirner (1806-1856) vertrat, bis hin zu faschistischen Konsequenzen.⁷¹ Daß sich Gesell ebenso auf Nietzsche und Stirner wie auf Proudhon beruft,⁷² liegt in der Logik seiner Ideologie. Mit Proudhon stimmte er nicht nur in der Zins-Kritik überein. Trotz der berühmten Formulierung *"Eigentum ist Diebstahl"* verteidigte Proudhon Privateigentum, wenn es aus eigener Arbeit entspringt, gegen Wucher und Spekulanten. Er bekämpfte nicht nur jegliche revolutionäre Politik und die Emanzipation der Frau, sondern war ein erklärter Antidemokrat.⁷³ Gesell schreibt: *"Die Rechte der Massen können niemals eng genug begrenzt werden... Der Fortschritt geht also vom Massenrecht zum Recht des Einzelmenschen. Die Völker sind im Vergleich zu ihren Bestandteilen immer minderwertig"*⁷⁴.

(63) Seine letzten Lebensjahre verbrachte der *"große Sozialreformer"* (der Gesellianer Gerhard Senft in *Die Zeit*) in der Lebensreformer-Obstbaugewerkschaft Oranienburg. *"Außer vegetarischer Ernährung, heißt es in einem Programmheft von Eden 1917, 'war zum 'natürlichen' Leben in der alternativen Kommune deutsch-völkische Gesinnung Voraussetzung. Und dazu befähigt nur deutsches Ariertum"*⁷⁵.

Anmerkungen:

(1) Alle Zitate aus: Plädoyer für eine ökologisch orientierte Soziale Marktwirtschaft, Gemeinsames Statement von BJU und BUND, August 1993; (2) vgl. Margit Kennedy, Geld ohne Zinsen und Inflation, München, 1991, S. 175f.; Hazel Henderson, Living Earth's Lessons CoCreatively, in: Roger Benson, Hrsg., From Organization to Organism - A New View of Business and Management, Findhorn-Foundation, 1988, S. 37ff.; Hazel Henderson, Die neue Ökonomie, München, 1989; (3) zit. ebd., S. 172; (4) vgl. Volkmar Woelk, Natur und

Mythos, Duisburg, 1992, S. 22; (5) vgl. Richard Stöss, Hrsg., Das Parteienhandbuch, Bd.3, Opladen, 1986, S. 1397; (6) vgl. ebd., S. 1408. Zu Otto Strasser: 1919/20 Mitglied der SPD, 1924 NSDAP, 1930 Austritt und Gründung der Schwarzen Front als nationalrevolutionäre Organisation, 1933 Emigration, Rückkehr 1955, Konzept des "deutschen Sozialismus", Ständestaat, völkische Erneuerung, neutrales Großdeutschland, vgl. ebd., S. 1243ff.; (7) vgl. Volkmar Woelk, Natur und Mythos, Duisburg, 1992, S. 19f.; (8) vgl. Stöss, a.a.O., S. 1412ff.; (9) vgl. Woelk, a.a.O., S. 19f.; (10) vgl. Stöss, a.a.O., S. 1414 (11) vgl. Protokoll der ersten öffentlichen Veranstaltung, Archiv Richard Stöss; (12) vgl. Stöss, a.a.O., S. 2352; (13) vgl. ebd., S. 2348f.



(14) vgl. ebd., S. 350; (15) vgl. ebd., S. 2352; (16) vgl. Volk und Umwelt, Nr.1/2, 1979; Reinhard Opitz, Faschismus und Neofaschismus, Frankfurt/M, 1984, S. 338f.; (17) vgl. Max O. Bruker, Gesund durch richtiges Essen, München. 16., überarbeitete Auflage, 1989, S. 146ff.; (18) zit. ebd., S. 147f. (19) zit. Max O. Bruker, Lebensbedingte Krankheiten, Hopferau, 1982, S. 280; (20) zit. Bruker, Gesund durch richtiges Essen, a.a.O., S. 198f.; (21) vgl. ebd., S. 216, S. 220ff.; (22) vgl. Bruker, Lebensbedingte Krankheiten, a.a.O., S. 147ff.; (23) vgl. Raimund Hethy, Peter Kratz, Hrsg., In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservatismus und Neo-Faschismus, Göttingen, 1991, S. 126f.; Margret Feit, Die Neue Rechte in der Bundesrepublik, Frankfurt/M, 1987, S. 180; Wölk, a.a.O., S. 44ff.; (24) zit. Günter Bartsch, Silvio Gesell, die Physiokraten und die Anarchisten, in: Bartsch, Schmitt, Silvio Gesell - Marx der Anarchisten?, Berlin, 1989, S. II; (25) zit. ebd., S. 14 (26) zit. ebd., S. 15; (27) zit. ebd., S. 31; (28) zit. Klaus Schmitt, Geldanarchie und Anarchofeminismus, in: Silvio Gesell - Marx der Anarchisten?, a.a.O., S. 129; (29) zit. ebd., S. 131; (30) zit. ebd., S. 241f., Anmerkung 117; (31) vgl. ebd., S.

182ff.; (32) zit. ebd., S. 184 (33) vgl. Klaus Schmitt, War Otto Strasser ein Sozialist?, in: Contraste, Nr.104, Mai 1993; (34) so der Gesellianer Gerhard Senft, Assistent an der Wirtschaftsuniversität Wien in einer Lobeshymne in der Zeit v. 10.9.93; (35) vgl. Siegfert Wolf, Silvio Gesell. Eine Einführung in Leben und Werk eines bedeutenden Sozialreformers, Hannoversch-Münden, 1983; (36) vgl. Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung, 4., überarbeitete Auflage, Gesammelte Werke, Bd. 20, Lützenburg, 1991, S. 3ff.; (37) zit. ebd., S. 10; (38) zit. ebd., S. 10f.; (39) vgl. ebd., S. 72, S. 99; (40) vgl. ebd., S. 72; (41) zit. ebd., S. 70; (42) vgl. ebd., S. 41f.; (43) zit. ebd., S. 63, (44) vgl. ebd., S. 106f.; (45) vgl. ebd., S. 119; (46) vgl. ebd., S. 172; (47) vgl. ebd., S. 162; (48) vgl. ebd., S. 130; (49) vgl. ebd., S. 122f.; (50) zit. ebd., S. 124, S. 111; (51) vgl. Karl Marx, Das Kapital, Bd.1, MEW 23, S. 117; (52) vgl. Gesell, a.a.O., S. 194ff.; (53) vgl. Klaus Schmitt, a.a.O., S. 63ff.; (54) vgl. Gerhard Senft, Weder Kapitalismus noch Kommunismus. Silvio Gesell und das libertäre Modell der Freiwirtschaft, Berlin, 1990, S. 145, S. 147; (55) vgl. Jürgen Kaun, Keine Begrenzung des Wirtschaftswachstums, in: Contraste, Nr.84, 1991; (56) vgl. S. 49f. (57) vgl. ebd., S. 111f.; (58) vgl. Kaun, a.a.O.; (59) vgl. Experiment Wörl, in: Bartsch, Schmitt, a.a.O., S. 258; (60) zit. Gesell, a.a.O., Vorwort zur 3. Auflage, Herbst 1918, S. XVII; (61) zit. ebd., S. XVIIIf. (62) zit. ebd., S. XXf.; ebenso: Klaus Schmitt, a.a.O., S. 214; S. 218, in der Anmerkung 255 wird wieder Konrad Lorenz positiv zitiert, ohne Wettbewerb "keine selektiven Vorteile"; (63) zit. Gesell, a.a.O., S. 64 (64) zit. ebd., S. 72; (65) zit. ebd., S. 92; (66) zit. ebd., S. XXI; vgl. ebd., S. 93; (67) zit. ebd., S. XXI; (68) vgl. Silvio Gesell, Der abgebaute Staat, Auszüge in: Bartsch, Schmitt, a.a.O., S. 291ff.; (69) vgl. Ernst Toller, Eine Jugend in Deutschland, Leipzig, 1990, S. 109; (70) zit. Rolf Engert, Silvio Gesell in München 1919, Hannoversch-Münden, 1986, S. 38ff.; (71) vgl. Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus, Bd.1, 1981, S. 186ff.; (72) vgl. Gesell, a.a.O., S. XXVI; (73) vgl. Thilo Ramm, Hrsg., Pierre-Joseph Proudhon, Ausgewählte Texte, Stuttgart, 1963; (74) zit. Gesell, a.a.O., S. 62; (75) zit. nach Louis Lerouge, Rinks und lechts kann frau/mann nicht velwechsern - odel doch?, in: Contraste 106/107, Juli/August 1993

Anmerkungen zu "Der rechte Rand der Anarchie" von Peter Bierl

von Tristan Abromeit, Juni 1994

Vorbemerkungen

1. Vorbemerkung

Neulich habe ich im Gästehaus einer größeren Campinganlage in Thüringen übernachtet. Auf dem Weg dort hin meinte ich die von Tonkonserven her bekannte kreischend-röhrende Stimme Hitlers aus einem Lautsprecher zu hören. Mir lief es kalt den Rücken runter. Ich dachte bei mir: Kann man Opposition nicht anders ausdrücken als auf diese blödsinnige Weise. Ich fühlte mich aufgerufen zum Einmischen, um diese Demonstration des Unheils nicht einfach hinzunehmen. Aber ich war nicht alleine und war müde. Bevor ich den Lautsprecher orten konnte, war er verstummt. Aber ein Gefühl, versagt oder gekniffen zu haben stellte sich ein und klingt bis heute nach.

Als ich den Text von Peter Bierl vom Linksaußenrand des politischen Spektrums gelesen hatte, erfaßte mich ein ähnliches Unbehagen wie auf dem Campingplatz in Thüringen. Der Unterschied war der, daß die "Stimme" eindeutig zu orten war und am nächsten Morgen auch noch zu "hören" war. Obwohl es wirklich Erfreulicherer gibt, als sich auf einen solchen Text einzulassen, habe ich mich entschlossen, seinen Text in mein Arbeitsheft "Rechtstendenzen in der Freiwirtschaft" aufzunehmen und diesen zu kommentieren. Die Stellen, zu denen ich meine, mich äußern zu sollen oder zu können, habe ich durchlaufend nummeriert.

2. Vorbemerkung

Am Schluß meine Kommentars zu der Schrift "Ökologie und Marktwirtschaft", Hrsg. Wilfried Telkämper, MdEP habe ich geschrieben:

"Jens Dörschel darf ich ja nun nicht dafür danken, daß er trotz seiner marxistischen Ausgangsbasis versucht hat, sein Thema redlich abzuarbeiten, sonst ist er morgen nach der Speziallogik à la Bierl, die unter Linken weitverbreitet ist, auch ein Faschist."

Bei der Niederschrift des Satzes kannte ich seinen Leserbrief und die Erwiderung der Redaktion in ÖkolinX 13/94 noch nicht. Er stand zu dem Zeitpunkt schon unter Beschuß. Die Redaktion auf seinen Brief eingehend:

"Zum Beispiel steht im von Dir angegriffenen ÖkoLinX-Beitrag von Peter Bierl kein einziges Wort, das Dich zum Anhänger der Gesellschaftlichen Lehre macht. In ÖkolinX 12 kritisieren wir, daß Du ein Seminar zu dieser antisemitischen, prokapitalistischen Lehre veranstaltest.

Einer der sich Ökosozialist nennt und Antifaschist und dazu beiträgt, daß eine faschismuskompatible Lehre rechteextremistischer Kreise in linksalternativen Kreisen gesellschaftsfähig wird, handelt unverantwortlich, ob aus Naivität oder aus Wichtigtuerei, ist uns egal."

Wenn diese Redaktion die Macht dazu hätte, würde in ihrer Logik die Fortsetzung lauten: "Und darum denke in Sibirien über Dein Verhalten nach. Solltest Du Reue und Einsicht zeigen, können wir Dich wieder als einen der unseren anerkennen."

Dieser rotfaschistische "Antifaschismus", der sich uns im Sumpf des linken politischen Randes offenbart, unterscheidet sich nur in Ideologie und Vokabular vom Nazi-Faschismus. Beide zeichnen sich aus durch: Haß, Lieblosigkeit, Rechthaberei, Intoleranz, Selbstüberzogenheit, Unaufrichtigkeit und durch die Erzeugung von Angst als ein Reglementierungs- und Unterdrückungsinstrument.

Aus Angst, von der Peitsche der einzig wahren und legitimen Vertreter linker Ideologie getroffen zu werden, kuschen Menschen, die sich als politisch engagiert verstehen. Lieber dem eigenen

Verstand, der eigenen Wahrnehmung nicht trauen, lieber den Anstand gegenüber politischen Mitstreitern verlieren, als von dem Bannstrahl "faschistoid", "faschistisch" oder "rechtsextrem" getroffen zu werden.

Ich selber habe die Solidarität der Parteifreunde in den GRÜNEN vermißt, als mich der Bannstrahl "*ultrarechts*" und "*gefährlicher Verharmloser des Nationalsozialismus*" traf. Ich muß aber gestehen, daß ich mich selber genauso feige verhalten habe, als auf Werner Haverbeck vom Collegium Humanum verbal eingedroschen wurde. Ich habe Anfang der 80er Jahre dort an zwei oder drei Tagungen teilgenommen, die inhaltlich weder links- noch rechtslastig waren. Gemieden habe ich das Collegium Humanum und trotz Arbeitslosigkeit ein Arbeitsangebot ausgeschlagen, als die Vorwürfe gegen Haverbeck einsetzten. Rein rational habe ich meine Haltung mir selber gegenüber damit begründet, daß ich mein Kernanliegen, die Entwicklung eines freiheitlich, sozial und ökologisch orientierten Wohlstandes, nicht durch die Faschismusvorwürfe belasten lassen dürfe. Aber dahinter steckte auch eine gute Portion Feigheit und der Unwille, mich von angeblichen Antifaschisten in die Rolle eines Gesinnungspolizisten drängen zu lassen. Werner Haverbeck habe ich meinen Schutz als Demokrat verweigert, den ich Kommunisten, die aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden sollten, argumentativ gegeben habe. Das war eine Schwäche. Wir schützen den Mörder zu Recht vor dem elektrischen Stuhl, den Dieb vor dem Abhacken einer Hand. Wir haben auch jene Menschen vor der Zerstörung ihrer Menschenwürde durch eine haßerfüllte, unsachliche Kritik zu schützen, die eine problematische politische Vergangenheit haben, Verqueres denken oder wollen, egal in welchem politischen Lager sie stehen und aus welchem Lager die entwürdigende Kritik kommt. Der bessere Gedanke und die bessere Tat sind die Waffen, mit denen Angriffe auf die Freiheit und Humanität und in die Irre oder den Terror führende Ziele bekämpft werden müssen.

Die Freunde von der linken politischen Front sorgen mit ihrer Manie, mit ihrem Verfolgerwahn dafür, daß die politisch schwachköpfigen Muskelprotze auf der rechten Seite weiterhin großen Zulauf erhalten. Und die lahmarschige politische Mitte lamentiert

gestern über den Linksextremismus und heute über den Rechtsextremismus, anstatt die Strukturprobleme der Gesamtgesellschaft und der Ökonomie zu lösen, um so die politischen Extreme auf ein unvermeidbares und auch erforderliches Minimum zu reduzieren. Der politische Block der Mitte beklagt die antidemokratischen Tendenzen an den Rändern und übersieht, daß er selber die größte antidemokratische Haltung an den Tag legt, indem er dem Volk (den Mitgliedern dieser Gesellschaft) das Recht auf die Formulierung der erforderlichen neuen Verfassung und die Beschlußfassung über konkurrierende Entwürfe vorenthält.

3. Vorbemerkung

Wenn sich ein Mitglied der sogenannten Arbeiterklasse dazu überwinden könnte, den Text von Peter Bierl zu lesen - was ich bezweifle -, dann würde es wahrscheinlich vermuten: "Dem haben sie wohl ins Gehirn geschissen." Oder: "Damit einer so 'n Scheiß schreiben kann, dafür haben wir sein Studium finanziert?" Ich will nicht ausschließen, daß es noch einige "klassenbewußte" Arbeiter gibt, die im "Marxismus-Leninismus, das Elend der halb deutschen, halb russischen Ideologie" (Hermann v. Berg) einen Halt finden. Es sind aber nur wenige. Und für diese ist dann ein Artikel, wie ihn Bierl vorgelegt hat, eine Erbauungsliteratur.

Wenn nun Peter Bierl durch irgend ein behördliches oder ärztliches Versehen in einer Psychiatrie gelandet wäre und er Ökolinx 13 in der Tasche hätte. Dann würde man ihm seinen Artikel "Der rechte Rand der Anarchie" nur dann als Zeugnis seiner geistigen Gesundheit abnehmen, wenn er gleichzeitig schriftlich nachweisen könnte, daß dies eine Auftragsarbeit zur politischen Desinformation sei.

Ich will mit diesen Aussagen Peter Bierl nicht kränken, denn es ist wichtig, nicht zu vergessen, daß der politische Feind von heute der Freund von morgen sein kann oder werden soll. (Der Begriff Feind ist aber keine Denkkategorie von mir. Mir gefällt der Begriff Gegner besser. Dieser Begriff macht deutlich, daß Menschen, die sich als Gegner begegnen, in einem übergeordneten

Sinn Partner sind.) Aber anregen möchte ich Bierl schon, sich selber darüber bewußt zu werden, was er denn eigentlich will, und sich Gedanken über seine Wirkung zu machen. Ich unterstelle, daß Bierl das Gute in unserer Gesellschaft fördern und das Böse bremsen will, auch wenn sein Text dafür keinen Anlaß gibt.

4. Vorbemerkung

Die Art und Weise, wie Bierl und Genossen schreiben, nennt Wolfgang Rüddenklau im *telegraph* 1/94 Syllogismus und Roßtäuscherei. Jedenfalls werden Begriffe ohne Erklärung so eingesetzt, daß sie jeweils ein Signal des Bösen sind. Wer die Botschaft nicht versteht, hat eben ein unterentwickeltes linkes Bewußtsein. Selbst sachliche Hinweise auf berufliche Hintergründe von Personen oder einigermaßen zusammenhängende Wiedergaben von Zitaten suggerieren dem Leser noch, es handele sich um das Böse schlechthin. Um die Produzenten dieser Texte zu charakterisieren, muß man wohl nach Begriffen in der Märchenwelt suchen. Dort wären sie sicher Menschen mit steinernen Herzen. Der schwarze Ritter Kato aus *Mio mein Mio* von Astrid Lindgren fällt mir dabei ein.

5. Vorbemerkung

Nach meiner Erfahrung geht es Linken mit der Prägung von Jutta Ditfurth und Peter Bierl gar nicht darum, sachlich gesellschaftliche Problemlösungen voranzutreiben. Wenn dem so wäre, könnte mensch ja nüchtern, sachlich und ohne herabwürdigende Besserwisserrei die Altvorderen Marx, Gesell und andere auf die Brauchbarkeit ihrer Lehren für heute überprüfen. Ballast und Fragwürdiges könnte man auf den Schrotthaufen der Geschichte werfen und mit dem, was noch Substanz hat, könnte man gedanklich und real anfangen, die Gegenwart zu gestalten.

Texte werden auch gar nicht gelesen, um zu verstehen oder um einen brauchbaren Gedanken zu suchen, sondern nur um Stellen zu finden, die sich für eine verzerrende Anti-Propaganda verwerten lassen. Zu der verzerrenden Art des Zitierens habe ich im Mai 1983 in meiner Stellungnahme "Ultrarechte Tendenzen" eine Ein-

schätzung dazu von Prof. Johannes Ude wiedergeben. Er sagte dazu am 7. Februar 1935 vor dem Schwurgericht in Graz:

"Mit dieser Art und Weise, eine Druckschrift zu lesen und zu beurteilen, ist es allerdings möglich, jedes Buch und den Verfasser eines jeden Buches, selbst die Bibel als staats- und religionsfeindlich hinzustellen und sie im 'objektiven Verfahren' dann zu beschlagnahmen. Ich schlage z.B. die BIBEL auf. Da steht geschrieben: 'Judas ging hin und erhängte sich mit dem Stricke.' Ich blättere weiter und stoße auf eine andere Stelle: 'Gehe hin und tue desgleichen.' Unerhört, so muß jeder bei dieser Art und Weise, die Bibel zu lesen und auszulegen, sagen, die Bibel empfiehlt Selbstmord. Sie muß also aus sittlichen Gründen beschlagnahmt und verboten werden. Oder so muß ich fragen, ist vielleicht der Herr Staatsanwalt nicht an die wissenschaftlichen Regeln gebunden, die einzelnen Sätze eines Druckwerkes aus dem Zusammenhang heraus zu beurteilen, und weniger klare Stellen durch klarere Stellen zu fassen?"

Ude mußte sich gegen die braune Brut zur Wehr setzen. Wir werden heute genötigt, den Dreck aus dem roten Sumpf abzuwehren.

Die Verknüpfung des Sozialismus und des Kommunismus mit dem Zentralismus gibt den Marxisten in einer Zeit, in der Dezentralität eine politische Zielgröße ist, keine Chance, Problemlösungsvorschläge im Kleinen und im Ganzen zu formulieren, die von den Menschen angenommen würden. Die Folge ist, daß sie auf Nebenschauplätzen agieren und die freiwirtschaftliche Ökonomieschule bekämpfen müssen, die von der Durchdringung der Politik her gesehen noch keine Gestaltungskraft hat, die aber auf der Linie liegt, auf der heute Problemlösungen gesucht werden:

Selbstbestimmung des Menschen, haftende Gestaltungsfreiheit, soziale Geborgenheit durch Lösung der Ökonomieprobleme und Absicherung der Lebensrisiken in freigewählten Kollektiven, Dezentralität, Friedenssicherung durch internationale Tauschgerechtigkeit und Aufhebung des Widerspruchs zwischen Ökologie und Ökonomie.

Wenn kritische Analyse wirklich ein Bestandteil des Marxismus wäre, dann müßten sich Marxisten genauso mit tatsächlichem oder vermeintlichem gedanklichem oder politischem Schwachsinn der

marxistischen Schule wie der vom Marxismus geprägten Realität aus heutiger Sicht auseinandersetzen und nicht nur auf die Konkurrenzschule eindreschen, ohne in der Sache überhaupt etwas zu verstehen oder zu sagen.

So wie Karl Marx Pierre-Joseph Proudhon als Prügelknaben mißbraucht haben soll, so glauben die Marxisten aus dem politisch sumpfigen Rand der alten Bundesländer, die politisch oder wissenschaftlich arbeitenden und freiwirtschaftlich orientierten Leute als ihre Prügelknaben mißbrauchen zu müssen.

Ich habe schon an anderer Stelle gesagt, daß ich den Antifaschismus in den Altbundesländern vorwiegend unehrlich finde, weil es ihm gar nicht darum geht, totalitäre Strukturen vermeiden zu helfen, sondern darum indirekt Werbung für den Kommunismus zu machen, den in ehrlicher Verpackung keiner haben will.

6. Vorbemerkung

Hier gebe ich den Abschnitt "9.2.4 Stalinismus" aus Jens Dörschels Arbeit *Ökologie und Marktwirtschaft* kommentarlos und ungekürzt wieder. Dörschel schreibt:

"Einige Jahre nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus steht für die Linke jetzt endlich auch eine Auseinandersetzung mit dem bewußten und unbewußten Stalinismus an. Dabei geht es gar nicht einmal um den historischen Stalinismus in der Sowjetunion und im Ostblock, von dem sich eigentlich fast alle distanzieren, sondern vielmehr um das, was vordergründig gar nicht stalinistisch erscheint.

Stalinistisch sind nicht nur diejenigen, die sich politisch auf Stalin beziehen und sich zu ihm bekennen, sondern auch die, deren Politik und Philosophie effektiv auf einen Stalinismus hinauslaufen. Stalinismus meint eine Umgehensweise mit Andersdenkenden, vor Allem auch in den eigenen Reihen. Das meint Intoleranz, Sektierertum, Bündnisunfähigkeit, Aus- und Abgrenzung innerhalb der Linken, die bis hin zu gewalttätiger Verfolgung betrieben wird. Das meint Gewalt in den eigenen Reihen, sei es wegen eines inneren Machtstreits, oder wegen angeblichen Verrats oder Spitzeltätigkeit, die als Alibi für Säuberungen die-

nen.

Stalinistisch sind auch viele Konzepte, die ganz friedlich daher kommen und deren VerteterInnen den Vorwurf des Stalinismus weit von sich weisen würden. Stalinistisch werden solche Konzepte aber dadurch, daß sie nicht anders als mit stalinistischem Terror durchgesetzt werden können. Das gilt etwa für die Vorstellung, daß alle wieder ein harmonisches Landleben führen. Das setzt die rücksichtslose Einebnung der Städte voraus, die nicht anders als stalinistisch durchführbar ist, da nie und nimmer ein gesellschaftlicher Konsens darüber erreicht werden wird. Konkrete historische Erfahrung durfte Kambodscha unter den Roten Khmer des Pol Pot machen, die Stadtbevölkerung zum Kanalbau aufs Land trieb, wobei Millionen von Menschen ums Leben kamen.

Stalinistisch ist auch die scheinbar friedliche Vision einer harmonischen, konfliktfreien, paradiesischen Gesellschaft als Endzustand menschlicher Geschichte. Die widerspricht jeder historischen Erfahrung und Logik, der eigenartigerweise auch Marx aufgesessen ist.

Denn die Menschen werden sich nie völlig einig sein. Es werden immer Interessensgegensätze bestehen, die in unterschiedlichen sozialen Verhältnissen begründet sind. Auch in einer egalitären Gesellschaft wird es Arbeitsteilung geben (müssen), regionale und lokale Gegensätze und unterschiedliche Wohnverhältnisse (es sei denn, die Städte und Landschaften werden alle eingeebnet und gleich gestaltet neu geschaffen). Leute unterschiedlichen Berufes, Alters und Wohnortes aber haben unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen. So ist eine harmonische Gesellschaft ohne Konflikte und widersprüchliche Interessen, die in vieler Leute Kopf spukt, reine Trauxtänzeri.

Nun ist diese Trauxtänzeri aber nicht nur harmlos unrealistisch, sondern bildet den Ansatzpunkt für ein andere Form der Unterdrückung. 'In extremen Fällen führt die utopische Konstruktion einer vollkommen konfliktfreien Gesellschaft, die im ideologischen Denken nicht selten zu finden ist, zur faktischen Unterdrückung von Konflikten mit Gewaltmitteln und zur Errichtung eines Interpretationsmonopols für relativ kleine herrschende Gruppen'. 1))

Da es an sich keine konflikt- und interessenlose Gesellschaft

geben kann, muß gedankliche Einheit also durch Zwang und Terror hergestellt werden. Eine idealistische Gesellschaftskonzeption, in der alle das selbe gute Ideal haben (müssen), Konflikte und Interessensgegensätze somit ausgeschlossen sind, führt automatisch zur Notwendigkeit eines stalinistischen Herrschafts- und Terrorapparates. Das ist die Geschichte des Realsozialismus."

1)) Hans Albert: Konstruktion und Kritik. Hamburg 1972, S.61

Fragen und Anmerkungen zum Text von Peter Bierl

Die Anmerkungen erhalten eine fortlaufende Ziffer entsprechend meiner Numerierung der Textstellen (am linken Rand der Spalten), die ich kommentieren will oder zu denen ich Fragen habe. Wenn die betreffende Textstelle hier nicht vorweg wiedergegeben wird, ist die betreffende Stelle im Artikel selbst nachzulesen.

1) "Marx ist out, der Kapitalismus hat sich - vorerst - weltweit durchgesetzt." Aus freiwirtschaftlicher Sicht würde ich so schreiben: Die Marxisten haben mit der marxschen Kapitalismusanalyse und dem Versuch, den Kapitalismus zentralistisch zu überwinden, Schiffbruch erlitten. Der vorwiegend staatsrechtlich strukturierte Kapitalismus wurde zu Gunsten des vorwiegend privatrechtlich strukturierten Kapitalismus aufgegeben. Der Marxismus hat insofern eine Zukunft, als er seine Verirrungen in Theorie und Praxis aufzudecken hilft und in der Lage ist, Strategien zur Überwindung des Kapitalismus zu entwickeln, die die allgemeinen Menschenrechte und insbesondere die Freiheitsbedürfnisse fördern und nicht sabotieren.

Den untergegangenen Staatssozialismus in dem ehemaligen Ostblock als Staatskapitalismus zu klassifizieren, ergibt sich aus der freiwirtschaftlichen Definition von Kapitalismus. Danach ist Kapitalismus eine ökonomische Situation, in der aufgrund von natürlichen oder künstlichen Monopolen und aufgrund von Privilegien oder Macht dem arbeitenden Menschen der volle Ar-

beitsertrag vorenthalten werden kann.

2) Die Überlegung, die hinter der Idee mit den Zertifikaten im Bezug auf Umweltbelastung steht, geht davon aus, daß die Einhaltung bzw. die Unterschreitung von Emmisionsgrenzwerten leichter mit dem Steuerungsinstrument *Eigennutz* als mit jenem der *Polizei* zu erreichen ist. Eine Systemfrage sind Umweltzertifikate nur insofern, wie der Eigennutz der Verkehrswirtschaft und eine Umweltpolizei eher der Kommandowirtschaft zugeordnet werden können. Ob solche Zertifikate das bringen, was sich ihre Autoren davon versprechen, kann durch partielle Versuche herausgefunden werden und braucht nicht ideologisch entschieden zu werden.

3) "Bei der gegenwärtigen Verwirrtheit umweltbewegter Gemüter dürfen auch die Anhänger Silvio Gesells auf Zulauf hoffen."

Die Verwirrung ist doch dadurch entstanden, daß sich die Marxisten als blinde Blindenführer erwiesen haben und noch heute ungewollt und indirekt jene politischen Kräfte unterstützen, die den Kapitalismus als Marktwirtschaft verkaufen. Eine gesellschaftsgestaltende Idee, die mit wenig feinen Mitteln an den Rand des Ideenwettbewerbes gedrängt wurde, kann nur dann in die Favoritenrolle aufsteigen, wenn bisherige Favoriten nicht oder nicht mehr das leisten, was von ihnen erwartet wurde. Der Marxismus kann seinen weiteren Abstieg nicht dadurch verhindern, daß seine AnhängerInnen konkurrierende Schulen herabwürdigen.

4) "Auf dem Jugendfestival *Auftakt* traten die Gesell-Fans massiv auf." Ist das nun Kriegsberichterstattung? Oder was soll der Satz? Wenn Marxisten massiert auftreten, womöglich noch gewalttätig, dann zeigen "fortschrittliche politische Kräfte" Flagge. Wenn eine wachsende Alternative zum Marxismus auftritt, dann ist das Teufelswerk. Oder wie muß man das in der materialistischen Religion *Marxismus* ausdrücken? Oh! Der Marxismus ist keine Religion? Na, dann verhaltet Euch danach.

5) Sozialdarwinistische und eugenische Ansichten Gesells werden von seinen Anhängern verschwiegen?

a) Wenn es so wäre, wäre es durchaus menschlich und verständlich. Die Gesellianer hätten mit den Marxisten - die die unschönen Seiten ihres Meisters auch nicht gerade betonen - eine weitere Gemeinsamkeit. Immerhin wollen beide Gruppen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufheben.

b) Von Gesell wird in den Gesammelten Werken alles veröffentlicht, was er geschrieben hat. Zudem wird alles, was andere über ihn geschrieben haben gesammelt und zugänglich gemacht.

c) Wenn die Kritiker beschreiben würden, was sie denn nun unter Sozialdarwinismus verstehen, könnte man auch eine Antwort geben, ob diese Merkmale auf Gesells Einstellungen zutreffen.

d) Eugenetik: Gesell war genauso in seine Zeit eingebunden wie jeder andere schreibende und redende Mensch auch. Gesell ist aufgewachsen, als Darwins Erkenntnisse und seine Lehre den Europäern ein neues Weltbild verschafften. Gesell wäre - wenn er die Themen Abstammung und Vererbung nicht aufgegriffen hätte - genauso wenig auf der Höhe seiner Zeit gewesen wie ein Schriftsteller oder Gelehrter von heute, der sich zur Weiterentwicklung der Gesellschaft und der Ökonomie äußert, ohne auf die tatsächlichen und diskutierten ökologischen Probleme einzugehen. Im Gegensatz zum Marxismus hat die Freiwirtschaft generell gesehen keine Zwangsbeglückungsphantasien entwickelt. Für Gesell ist Genetik eine private Angelegenheit. Da er genügend mit der Natur des Menschen vertraut war, halte ich es für ausgeschlossen, daß er sich von einer solchen Art Genetik ein bestimmtes Ergebnis oder eine gleichgerichtete Entscheidung der Individuen versprach. Ich denke, es wird eher so sein, daß Gesell seine Leser und Hörer dort abgeholt hat, wo sie ideenmäßig standen und hat das Thema so gewendet, daß es befreiend und ungefährlich wurde. Aber was ist nun dagegen zu sagen, daß Gesell sich wünschte, daß eine Frau ihre Entscheidung für eine Mutterschaft unabhängig von den finanziellen Zuwendungen eines Mannes - die meistens Abhängigkeit bedeuten - treffen können müsse. Spekulierend zugegeben: Die Suffköpfe in seinem Geschlecht empfand er wohl als Beleidigung und Zumutung für die Frauen. Diese hätte er am liebsten von

der Vermehrung ausgeschlossen. Aber wurde Alkoholismus damals nicht als mehr Charakterschwäche und weniger als heute als Krankheit verstanden? Aber heute die Frage der Vererbung zu tabuisieren ist auch Dummheit. Spätestens bei der Lokalisierung von umweltbedingten Geburtsschäden muß die Frage nach genetisch bedingten Geburtsschäden wieder auf den Tisch.

e) Was Gesell auch zur Eugenetik und zum Sozialdarwinismus gedacht haben mag, seine Erkenntnisse und Vorschläge zum Bodenrecht (zur Ökonomie der Bodennutzung) und zu den Währungsverfassungen sind davon unabhängig. Wer es ablehnt, sich mit Gesells Ökonomie zu befassen, weil er angeblich ein Rassist ist, wirkt letztlich verbrecherisch, weil er den ökonomischen Fortschritt verhindert, der mehr Menschen Brot, Arbeit und Frieden ermöglicht.

6) Wäre es ehrenrührig, wenn von Jutta Ditzfurth als der Marxistin gesprochen würde? Doch wohl nicht. Ich kann mir aber vorstellen, daß andere Marxisten ihr die Titulierung nicht zubilligen. Warum erwähnt Bierl dann die beruflichen Funktionen von Margrit Kennedy, ihre Beschäftigung mit Gesell und einen Vortrag in einer Veranstaltungsreihe von Rudolf Bahro in einer Art und Weise, als seien diese Funktionen und Tätigkeiten politisch gesehen abscheulich?

Die Titulierung GesellianerIn wird ja mehrfach wie eine Peitsche benutzt. Es bleibt zu vermerken, daß die meisten "GesellianerInnen" Gesell für sich erst entdeckt haben, als sie schon mehr oder weniger geistig ausgeprägt waren. Gesell ist in ihrem jeweiligen Denkgebäude nur ein Baustein, wenn auch ein bedeutender, sozusagen ein Schlußstein in einem Bogen. Im Regelfall hat es einen Denkanstoß in Richtung Freiwirtschaft durch ein Buch, ein Gespräch oder Referat gegeben. Dann setzt das eigenständige Verarbeiten der Informationen ein. Und erst später, wenn der aufgezeigte Weg als gangbar angesehen wird, folgt ein Studium von freiwirtschaftlicher Literatur. Dies ist z.B. nicht nur bei Margrit Kennedy so, sondern auch bei Helmut Creutz. Die Freiwirtschaft ist keine Entmündigungstechnik für selbständige Denker, sondern setzt den autonomen Denker voraus, das mag einer

der Gründe sein, warum sie keinen massenhaften Zulauf hat.

7) Der Festakt zum 50. Todestag von Franz Oppenheimer wird doch nur deshalb als belastender Fakt hingestellt, weil Oppenheimer den marxistischen Weg zum Sozialismus nicht wollte und einen Weg zum freiheitlichen Sozialismus suchte und weil er ein Lehrer von Ludwig Erhard war. Das wird dem Leser aber nicht mitgeteilt. Im übrigen war ich nicht auf der Gedenkfeier, hätte aber prinzipiell dahin gehört.

8) Wenn der Gesellianer Georg Otto erwähnt wird, warum wird dann nicht ergänzt: Gründer der ersten Zelle, die die Gründung der Partei DIE GRÜNEN ausgelöst hat, und erster hauptamtlicher Bundesgeschäftsführer der GRÜNEN.

9) Tristan Abromeit: Ich verstehe mich eher als Freiwirt, denn als Gesellianer. Dies liegt daran, daß ich in Bezug auf die Gesellschaft mehr sach- als personenbezogen orientiert bin. Ich muß verschämt gestehen, daß ich nur einen kleinen Ausschnitt von dem gelesen habe, was Gesell gedanklich produziert hat. Wenn ich Gesell trotzdem in der Interpretation relativ genau treffe, dann liegt das daran, daß Gesell in seinen Kernanliegen nicht phantasiert, sondern Realitäten beschrieben hat, die ohne seine Nachhilfe neu entdeckt und überprüft werden können. Es war ein langer Weg von der ersten Kunde in einem Flugblatt 1961, das auf der Titelseite für ein neutrales Deutschland warb, bis zu dem Zeitpunkt, wo ich trotz kritischer Distanz mir eingestehen konnte, ja Du bist ein Freiwirt, Du gehörst zu dem verstreuten Haufen dazu. Als ich die Freiwirtschaft kennenlernte, war ich 28-jähriger Lehrling in einer Kreditgenossenschaft. Es war damals meine einzige Bildungschance. Ich hätte diese nicht wahrgenommen, wenn man sie mir in einer Großbank geboten hätte. Die Genossenschaft hielt ich damals für eine sozialistische Institution. Und was es heißt, Arbeiter in der Seefahrt, im Bergbau, in der Landwirtschaft, in einer Werft, am Fließband, im Handel und Sozialbetrieben zu sein, das wußte ich nicht aus der Literatur, sondern aus eigener Erfahrung. Und wenn heute ein sogenannter studierter selbsternannter Arbeitervertreter glaubt, mir an die

Karre fahren zu können, muß er aufpassen, daß er sich nicht selber Beulen holt.

10) Befürwortet Peter Bierl eine Zensur für volkswirtschaftliche Seminare, damit die Bücher von Margrit Kennedy dort nicht mehr gelesen werden?

11) Ist man nur dann auf dem richtigen Weg der Erkenntnis, wenn man Kontakt zu marxistischen Kommunen sucht? Haben die Linken eine Institution gegründet, in der nachgefragt werden kann, welche Art von Kontakten und mit wem gebilligt werden?

12) Yoshito Otani bezeichnet die "Protokolle der Weisen von Zion" nicht als wahr in dem Sinne, daß es ein Werk von Juden ist. Er verwendet den Text als Aufzeichnung der Möglichkeiten, die im Kapitalismus angelegt sind. Nachlesen! Ob die Verwendung des Textes klug war, auch ob es nicht andere Möglichkeiten gegeben hätte, um seine Aussage zu untermauern, sind berechnete Fragen. Wenn Otani aber marxistische Tendenzen hätte, dann wäre ihm die Verwendung von Passagen aus dem "Protokoll ..." vermutlich nicht übel genommen worden.

13) "'Die Bürgerrechtsaktion Arbeit, Gesundheit, Umwelt, Frieden' verteilte zwei Flugblätter." Flugblätter oder Infos sind wesentliche Arbeitsmittel von Bürgerinitiativen. Wenn die genannte Bürgerinitiative sich selbst ernst nimmt, wird sie mehr als zwei Flugblätter verteilt haben.

14) Wenn die Bürgerrechtsaktion ... einen Sonderdruck aus dem *Gesundheitsberater* verteilt hat, dann sicher auch auf dem Hintergrund des Wissens, daß Bruker mit bezahlter Desinformation diskreditiert werden sollte. Wenn er der "Gesundheitspapst" ist, dann deshalb, weil eine überprüfbare Lebensleistung dahintersteht. Unzählige Menschen haben ihre Wiedergesundung oder auch ihren Broterwerb Bruker zu verdanken. Aber Bruker hat kein Monopol. Auch ernährungsmäßig kann man ihm aus dem Wege gehen. Es ist sicher richtig, daß Bruker die Heilung des Einzelmenschen nicht genügte und er (wie die Marxisten auch) davon überzeugt

ist, daß die krankmachenden Strukturen unserer Gesellschaft verändert werden müssen. Nun ist doch bekannt, daß innerhalb der etablierten Parteien keine wirkliche politische Opposition betrieben werden konnte. Und bei der Kooperation mit oppositionellen Menschen und politischen Positionen waren die Auswahlmöglichkeiten nicht groß. Und nicht jeder Mensch sah einen Sinn darin, sich mit einer marxistisch-leninistischen Gruppierung einzulassen, die sich zumindest von außen gesehen meist als bissig, rechthaberisch und manchmal auch gewalttätig darstellte. Und wenn Bruker in der Wahl seiner politischen Partner keine glückliche Hand gehabt hat und auch Gedanken formuliert hat, die eine gewisse Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus offenbaren (Ich weiß es nicht.), dann wäre es gute wissenschaftliche oder journalistische Tradition gewesen, sich inhaltlich mit Bruker auseinanderzusetzen, ein klärendes Gespräch mit dem alten Mann zu suchen und ihn nicht aus einem Verfolgerwahn heraus zu attackieren. Die Art und Weise, wie marxistische Leute mit Andersdenkenden, mit tatsächlichen oder vermeintlichen Gegnern umgehen, fällt auf sie selbst zurück und offenbart ihre ideenmäßige Blutarmut. Außerdem ist es politischer Schwachsinn, den Nationalsozialisten über das Ende ihrer Schreckensherrschaft hinaus Einfluß auf uns dadurch zu gewähren, daß wir alle Themen, die die Nazis belegt oder mißbraucht haben, auch heute noch zu tabuisieren. Irrige Anschauungen müssen durch Argumente und mit Logik und sympatischer Sprache ausgeräumt werden. Der Versuch, falsche oder gefährliche Anschauungen mit herabwürdigenden Beschreibungen auszuräumen, kann nur mit einer Verfestigung eben dieser Anschauungen enden.

15) Wenn die Währungsunion nach den Maastrichter Verträgen vom nationalen Standpunkt aus beurteilt werden, dann heißt das nichts anderes als von den Interessen einer Großgruppe aus. Die Wissenschaft, die sich mit der Makroökonomie befaßt, heißt immer noch Volkswirtschaftslehre oder Nationalökonomie. Verträge, die das Zusammenleben mehrerer Völker regeln sollen, müssen so gestaltet werden, daß nachhaltig ein Interessensausgleich stattfindet. Konfliktpotentiale, die erst in Zukunft virulent werden (können), sind rechtzeitig zu benennen, damit sie abgebaut wer-

den können.

16) Wenn Peter Bierl nun nichts von Währungsfragen versteht, so ist er durchaus in der Gesellschaft der Mehrheit der Bundesbürger. Er sollte sich dann aber in Bezug auf dieses Thema nicht so weit aus dem Fenster lehnen. Einen Hinweis auf Vermögensübertragungen, die durch Inflation, Deflation und den Zinstransfer stattfinden (können) mit "Schönhuber-Manier" zu kennzeichnen, zeugt von ökonomischem Unverstand.

17) "'Braungans Konrad Lorenz' (J.Ditfurth)" Ich biete Bierl für sein Zitatenkästchen folgendes an: "Rotfaschistin Jutta Ditfurth" oder "rote Gans Jutta Ditfurth" auch mit der Beifügung "schöne" oder "interessante".

18) Wird Herbert Gruhl, dem das Leben von den Linken schwer gemacht worden ist, nun plötzlich aufgewertet, weil man entdeckt hat, daß er tatsächlich oder vermeintlich pessimistisch gegenüber den Aussagen des Liberalsozialen Arbeitskreises war? Um die Probleme zu verstehen, um die es geht, muß man kein Gesellianer sein. Aber nicht nur linke Köpfe sind manchmal mit Vorstellungen belegt, die einen unvoreingenommenen Zugang zur freiwirtschaftlichen Analyse erschweren.

19) Wenn eine Arbeitsgruppe Wirtschaft der Grünen in Sachsen-Anhalt Informationsmaterial mit freiwirtschaftlichem Inhalt ohne erlaubnisheischende Rückfrage bei ÖkolinX verteilt, dann ist das natürlich eine Unverschämtheit, die man sich merken sollte für Zeiten, wenn sich das Blatt wieder gewendet hat.

20) "Bündnispolitik" ist (wenn es nicht um Militär-Allianzen geht) vorwiegend eine Vokabel aus dem linken Umfeld der Politik. Habe ich nicht erst kürzlich bei Jens Dörschel gelesen, die Linken seien zur Zeit bündnisunfähig? Wenn es aber um eine begrenzte punktuelle Zusammenarbeit von FreiwirtInnen mit andern Leuten geht, läßt sich diese in der Tat leicht begründen, weil die ökonomische und politische Position *Natürliche Wirtschaftsordnung* inhaltliche Überschneidungen mit den großen politischen Grund-

strömungen unserer Gesellschaft hat. Wie die Marxisten bekämpfen wir die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Mit den ökologisch orientierten Menschen wollen wir den Raubbau an der Natur beenden. Mit den Anarchisten vereint uns die Kritik am Staat in Form des Leviathan. Mit den Liberalen liegt uns die individuelle Freiheit und die Vertragsfreiheit am Herzen. So wie Christen ein breites politisches Spektrum repräsentieren, so findet man auch sehr unterschiedliche politische Orientierungen unter den FreiwirtInnen.

21) und 25) Wenn der FSU nun vorgeworfen wird, daß sie für die Wiedervereinigung (mit oder ohne Anführungsstriche) und gegen die Westintegration war, so ist das doch ein Rohrkrepiere auf Seiten der Kritiker. Die Linke der Bundesrepublik (und nicht nur die Linke) hat doch selber intensiv und ausdauernd die Nato als Teil der Westintegration bekämpft. Und wenn ich mich richtig erinnere, ging es der FSU immer um ein politisch neutrales vereinigtes Deutschland als eine Art Scharnier zwischen den politischen Blöcken.

Ich selber habe in meinem Referat auf der Gründungsversammlung der Liberal-Sozialen Partei am 25. Nov. 1967 in Bonn unter dem Stichwort "Mögliche Zielsetzungen" gesagt:

"Wir sollten den Vietnamkrieg der USA verurteilen, weil er die allgemeinen Menschenrechte mißachtet, unsere freiheitlichen Ideale diskriminiert und keine Lösung des Vietnamproblems bringen kann.

Wir sollten die DDR und die Oder-Neiße-Grenze als Erbschaft von unseren Vätern anerkennen. Wenn wir nicht von den bestehenden Tatsachen ausgehen, werden wir nie erreichen, daß die Grenzen nach dem Osten hin durchlässiger werden; erst recht nicht die Wiedervereinigung."

Unter dem Stichwort "Gesellschaftliche Gegensätze" habe ich damals ausgeführt:

"Wir leben in einer Welt mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen. (...) Wir mögen andere Gesellschaftsordnungen verurteilen, dies ändert nichts an ihrer Existenz. Wir können versuchen, die Gesellschaftsordnungen anderer Staaten zu beeinflussen, nur der Imperialismus kommunistischer oder kapitalistischer Art scheinen

mir ungeeignete Instrumente.

Für unsere eigene Gesellschaft mögen wir in Anspruch nehmen können, daß sie unter den insgesamt mangelhaften Ordnungen zu den besseren zählt - mehr auch nicht.

Wenn wir uns Gedanken darüber machen, wie wir die Verhältnisse bei uns und in der übrigen Welt verbessern könnten, dann müssen wir uns von der Vorstellung lösen, daß sich eine ideale Gesellschaftsordnung verwirklichen ließe. Es wird uns besser bekommen, wenn wir in unseren Ansprüchen mäßiger sind und von einer optimalen Gesellschaftsordnung ausgehen. Unter optimal verstehe ich hier ein Minimum an Reibungsverlusten durch Aggression unter den Menschen und ein Maximum an Entfaltungsmöglichkeiten für den Menschen."

Und als Grundsätze einer liberal-sozialen Politik habe ich u.a. vorgetragen:

"Eine liberal-soziale Politik erfordert eine weltoffene, undogmatische Betrachtungsweise und eine zweckdienliche Lösung gesellschaftlicher Probleme.

Eine liberal-soziale Politik muß aufbauen wollen und nicht in der Verneinung des Bestehenden verharren."

In einer Presseerklärung der LSP zu den damaligen Vorgängen in der CSSR vom 1.9. 68 habe ich damals unter der Gliederungsziffer 1.6 geschrieben:

"Die Militärbündnisse sind keine Garantie für den Frieden, sondern eine Gefahr. Eine Welt mit relativ unabhängigen Staaten kann einen Aggressor wirksamer isolieren als eine Welt der Machtblöcke, die keinen Platz hat für die Würde und Unabhängigkeit kleinerer Staaten. Wenn wir die NATO stärken, schwächen wir die Position der Liberalen im sozialistischen Lager."

Und unter 2.4 heißt es:

"Wir müssen die Natoverträge kündigen und die nichtmilitärische Verteidigung ausbauen."

Diese Zitate können gleichzeitig zur politischen Einordnung der LSP dienen. Sie zeigen aber auch, daß man auch innerhalb der Freiwirtschaft (wie innerhalb der Kirchen, der Gewerkschaften und der in den Parlamenten vertretenen Parteien zu den Komplexen

Westintegration, Militärbündnisse und Entspannungspolitik sehr unterschiedlicher Meinung sein konnte. Auch die Wende wird ja als Beweis für die Richtigkeit sehr unterschiedlicher Politikstrategien benutzt. Die marxistische Linke der damaligen Bundesrepublik hätte lieber eine Ostintegration gesehen. Im Osten lag ihr Arbeiterparadies, das nur durch eine häßliche westliche Propaganda verzerrt dargestellt wurde. Aber zu einer politischen Ehrlichkeit hatten die Freunde von links noch nie ein gutes Verhältnis. Davon zeugen auch meine Texte zum Thema *Aktionsgemeinschaft Demokratischer Fortschritt* die ich weiter hinten in dieser Abteilung wiedergebe.

In der Ausgabe vom 30. Juni 1994 der HAZ war zu lesen:

"Der Einzelkämpfer Willi Idler rief vor 40 Jahren eine Erwerbslosenbewegung ins Leben". Seine traurige Karriere endete 1970 im 61. Lebensjahr mit Selbstmord. "Herr Idler gehört zu den Schrittmachern des Kommunismus", schimpfte der damalige Bundesarbeitsminister Anton Storch und "empfahl dem Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf, Idler 'mächtig auf die Finger zu klopfen'." ...

"Nachdem der streitbare Wilhelmshavener die bundesdeutschen Arbeitslosen über das ostdeutsche Radio zu einer Demonstration aufgefordert hatte, verlor seine Bewegung endgültig an Boden. Idler wurde wegen grober Beleidigung der Bundesregierung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt." ...

Warum ich das hier wiedergeben? Weil Peter Bierl mit seiner Speziallogik den Willi Idler auch noch als Nationalisten oder gar Faschisten beschimpfen mußte, denn Idler vertrat damals die Meinung: "Vollbeschäftigung sei nur in einem wiedervereinigten Deutschland mit voller Souveränität möglich." Daß die ökonomische Analyse des arbeitslosen Lehrers aus Wilhelmshaven falsch war, läßt sein Leben besonders tragisch erscheinen.

22) Wenn ich eine Organisation wie den "Weltbund zum Schutze des Lebens" als neofaschistisch klassifiziere, dann gehört es doch wohl zur politischen Redlichkeit, dem Leser mitzuteilen, was man mit dem Begriff *neofaschistisch* meint, denn er ist keineswegs eindeutig, und man muß dann auch verständlich begründen, warum

die dargelegten Begriffsmerkmale auf die so titulierte Organisation zutreffen.

23) Ist es verwerflich, daß die FSU bereits Anfang der 60er Jahre umweltpolitische Positionen bezog, oder ist es nur verwerflich, daß dieser umweltpolitische Impuls von Lebensreformern ausging?

24) "Die Gesellianer Professor Felix Binn und Helmut Creutz referierten im *Collegium Humanum* des WLS in Vlotho." Professor Binn ist nicht mehr unter den Lebenden, er ist tödlich verunglückt. Aber warum sollte er und auch Helmut Creutz nicht im Collegium Humanum referieren? Sie sind doch auch Anforderungen aus dem linken Lager nachgekommen. Wenn die inhaftierten Mitglieder der RAF die Möglichkeit hätten, sich durch Anforderung eines Referenten über die Freiwirtschaft zu informieren und dies auch wollten, dann würde Helmut Creutz (und auch ich) sicher zu ihnen gehen. Gefahrenpotentiale können sich nur in Organisationen aufbauen, die sich selber abschotten oder die man in die Isolierung treibt.

25) Siehe Anmerkung 21)

26) Die Existenz der Sozialen Liberalen Deutschen Partei und der Liberal-Sozialen Union ist mir trotz ihrer Namensähnlichkeit mit der Liberal-Sozialen Partei, deren Gründung und Auflösung ich maßgeblich mitbetrieben habe, gar nicht bewußt.

27) Ist ein Komitee schon deshalb politisch verdächtig, weil es helfen will, die materialistische Weltanschauung zu überwinden? Wir wissen doch, soweit schriftliche Zeugnisse über Weltanschauungen in die Vergangenheit reichen, so lange besteht schon das Pro und Kontra zwischen materialistischen und idealistischen Weltanschauungen. Mir dünkt die Weltanschauung die bessere zu sein, die nicht Menschen anderer Weltanschauungen ausgrenzen oder einsperren will.

28) Der "5-Prozent-Block" taucht als Begriff in vielen linksau-

Ben Papieren auf. Er wird nicht erläutert. Wer damit nichts anzufangen weiß, ist ein politischer Dummkopf. Wem kein Schauern bei Nennung des Begriffes über den Rücken läuft, zeigt sich bar jeglicher politischer Sensibilität.

Nüchtern betrachtet, hat es mehrfach Versuche gegeben, politische Blöcke zu bilden, um die 5%-Hürde der Wahlgesetze überwinden zu können. Manchmal war wohl der einzige gemeinsame Nenner, die Überwindung der 5%-Hürde. Die Aktionsgemeinschaft Demokratischer Fortschritt, die Gegenstand der weiter hinten wiedergegebenen Presseerklärung der LSP vom 3. 11. 68 ist war auch ein 5%Block. Die Grünen haben den bisher einzig erfolgreichen 5%-Block gebildet. Ich selber habe zu denen gehört, die sich schon zu Zeiten, als die Grünen erst in den Vorstufen (z.B. Grüne Liste Umweltschutz) Parteigestalt hatten, dafür stark gemacht haben, Mitglieder von kommunistischen Gruppen aufzunehmen, um den Sprung der Grünen über die 5%-Hürde zu sichern. Aber die Grünen sichern sich heute selbst mit eben dieser 5%-Hürde vor nachrückender Konkurrenz ab.

Was ist nun aber mit dem 5%-Block, der sich nicht nur als ein solcher verstand, sondern sich auch so nannte?

In einem Rundbrief vom August 1976 des Landesverbandes Niedersachsen des 5%-Blocks heißt es: "U.A. gehören dem 5%-block an: Mündige Bürger, Ge.i.s.t, EFP." In den beigefügten programmatischen Aussagen findet sich nichts Rassistisches oder Nationalistisches, allerdings auch nichts Marxistisches. Die Freisoziale Union schimpft über die "Geisterpartei" und den "Geisterblock", weil er nur Kraft und Geld vergeude. Friederich von A[✓]S-Schönbeck, der die Initiative zu diesem Block ergriffen hatte, kann man vielleicht Spinnerhaftigkeit nachsagen, mir ist aber nichts Ehrenrühriges über ihn bekannt. Da der 5%-Block auch keine wirksame politische Größe erreicht hat, kann man nur schließen: Er dient den marxistischen Gruppen als Pappkamerad, auf den man so schön ohne Risiko drauflos ballern kann.

29) Was will Bierl uns damit sagen, daß er anführt, Bruker sei zum Vorsitzenden der Grünen Liste Rheinland-Pfalz avanciert. Ist das etwa für die grüne Bewegung verderblicher gewesen als Jutta Ditzfurths Wirken im Bundesvorstand der GRÜNEN?

- 30) Gibt es eine wissenschaftliche Untersuchung darüber, daß das Wirken der Jungen Nationaldemokraten in der angeführten Grünen Liste schädlicher für die Nachfolgepartei DIE GRÜNEN und die bundesrepublikanische Gesellschaft waren, als die vielen verschrobenen oder verlogenen Mitglieder aus den K-Gruppen?
- 31) Über die Neue Rechte hätte ich gerne mehr erfahren. Soweit ich darüber in der Presse gelesen habe, wurden die Namen Max O. Bruker und Günter Bartsch nicht genannt. Aber vielleicht sind die beiden ja Ehrenvorsitzende einer neuen politischen Bewegung, und man hat nur vergessen, sie zu benachrichtigen.
- 32) Es gibt diverse Erklärungsmuster für die Entstehung des Krebses und seine individuelle und gesellschaftliche Bedeutung. Warum darf Bruker nicht eine eigene Theorie dazu haben? Keiner ist gezwungen, sie zu übernehmen.
- 33) Wenn Günter Bartsch aus der CDU kommend bei der KPD gelandet wäre, dann hätte er die richtige Biographie, dann wäre er glaubwürdig. Aber so, wie seine Biographie wirklich ist, ist er doch nur ein Abtrünniger, dem man getrost das Übelste unterstellen kann.
- 34) Ich weiß nicht, ob Bartsch über einen leeren Sarg Gesellspekuliert hat. Aber wenn Gesell sich auf diese Weise einen unauffälligen Abgang aus Deutschland verschafft haben sollte, dann bestimmt, um für den Rest seines Lebens nicht länger der politischen Borniertheit von links bis rechts ausgesetzt zu sein.
- 35) Klaus Schmitt, Herausgeber und Mitautor von *Silvio Gesell 'Marx' der Anarchisten?* wird als Co-Autor herabgewürdigt. Liegt es daran, daß er, der die Gedankenwelt des Marxismus mit der geistigen Muttermilch im kommunistischen Elternhaus eingesogen haben soll, sich von dieser abgewendet hat? Hat der "Renegat" bis zum Lebensende mit weiteren Strafen von Anhängern der Marxismussekten zu rechnen? Und für seine "Daten"-sammlung, die vielleicht von einem internen Geheimdienst laufend ergänzt wird,

kann Peter Bierl sich notieren: "Klaus Schmitt absolvierte genauso wie Tristan Abromeit ein Studium an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg, einer Einrichtung des zweiten Bildungsweges, die als Akademie für Gemeinwirtschaft von den Gewerkschaften gegründet wurde. Die beiden haben sich aber erst und das auch nur flüchtig kennengelernt, als Schmitt schon lange in Berlin lebte."

36) Es ist doch keine Aufklärung, sondern es ist Diffamierung, wenn Bierl darauf hinweist, daß Gesell sich um die Zukunft der Gattung Mensch Gedanken gemacht hat, und daß er vielleicht zum Schluß gekommen ist, daß der Mensch zur Fortentwicklung seiner Gattung selbst etwas leisten kann und diese Überlegungen dann mit dem nationalsozialistischen Rassenwahn verknüpft? Wir Menschen unserer Zeit haben Sorge, daß der Mensch an seinen ökologischen Fehlleistungen zu Grunde gehen kann. Ist es wirklich so verwunderlich, wenn Menschen sich um die Jahrhundertwende, nachdem Darwins Abstammungslehre Allgemeingut wenigstens der Gebildeten geworden war, um eine positive Fortentwicklung der Menschen sorgten? Gesell ist mit der Belegung des Themas *Fortentwicklung der menschlichen Gattung* doch unter den gesellschaftspolitischen Autoren seiner Zeit kein Einzelfall. Ich habe aber nicht den Eindruck, daß es für ihn mehr als ein Randthema war. Wenn es mehr als das war, müßten die Gesinnungsschnüffler das schon nachweisen. Aber Vorsicht: Gesells Gedanken können ansteckend wirken oder mensch stellt fest, daß Größen der eigenen Schule von Darwins Erkenntnissen Elemente in die Formulierung der jeweiligen gesellschaftlichen Modelle übernommen oder wenigstens die Möglichkeit geprüft haben, die eigene Theorie mit der von Darwin zu verbinden.

Christian Vogel schreibt in seiner Abhandlung "*Der wahre Egoist kooperiert* - Ethische Probleme im Bereich von Evolutionsbiologie, Verhaltensforschung und Soziobiologie" unter der Zwischenüberschrift *Sozialdarwinismus*:

„Das klassische Beispiel ist der sogenannte *Sozialdarwinismus*, der sich unmittelbar anschließend an Darwins Selektionstheorie von 1859 entwickelte. Hier bestand von Anbeginn die Versuchung,

das Prinzip der natürlichen Selektion normativ auf die sozialen und politischen Verhältnisse menschlicher Gesellschaften zu übertragen. Darwin selbst hat dieser Entwicklung in seinem Werk "Die Abstammung des Menschen" ohne Frage Vorschub geleistet, doch sah er auch die ethische Gefahr einer einfachen Übertragung und normativen Anwendung auf das menschliche Zusammenleben." ... An anderer Stelle heißt es:

"In dieser frühen Zeit der politischen Ideologisierung der Darwinschen Theorie gab es ein breites Spektrum von Anhängern und Propheten, von der extremen Linken bis zu den erzkonservativen Rechten. Bekannt ist die frühe Sympathie, die Karl Marx und Friedrich Engels für Darwins Theorie empfanden. Der politisch konservative Rudolph Virchow hielt Darwins Deszendenzlehre geradezu für eine sozialistische Theorie. Dagegen opponierte der Zoologe und Sozialdarwinist Ernst Haeckel:

Der Darwinismus ist alles andere eher als sozialistisch! Will man dieser englischen Theorie eine bestimmte politische Tendenz beimessen - was allerdings möglich ist -, so kann diese Tendenz nur eine aristokratische sein, durchaus keine demokratische und am wenigsten eine sozialistische! Die Selektionstheorie lehrt, daß im Menschenleben wie im Tier- und Pflanzenleben überall und jederzeit nur eine kleine bevorzugte Minderzahl existieren und blühen kann, während die übergroße Mehrzahl darbt und mehr oder minder elend zugrunde geht.

Immerhin fügt er hinzu:

Übrigens möchten wir bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen darauf hinzuweisen, wie gefährlich eine derartige unmittelbare Übertragung wissenschaftlicher Theorien auf das Gebiet der praktischen Politik ist.

Wir sehen, wie schnell und nahtlos Darwins Selektionstheorie in politische Ideologie überführt wurde." ...

Vogel beschreibt dann, "daß Sozialdarwinisten aller politischen Schattierungen drei Grundprinzipien von Darwins wissenschaftlicher Selektionstheorie verletzt haben:"

1. Es erfolgt eine Verschiebung der unmittelbaren Konkurrenz von Individuen auf Stämme, Völker, Nationen, Rassen oder soziale Klassen.
2. Die Ummünzung eines teleologiefreien Konzeptes in ein teleologisches ist eine gedanklich Falle. "Das Überleben und vor allem die höheren Reproduktionschancen der 'Tüchtigeren' sind nicht mehr nur ein zwangsläufiges Produkt der natürlichen Auslese, sondern deren angestrebtes Ziel."
3. Es wird eine moralische Interpretation und Wertung des Selektionsziels vorgenommen. "Wer im Sinne dieser natürlichen Selektion

tionsziele handelt, der handelt zugleich biologisch und moralisch-sittlich richtig und gut - ein klassischer naturalistischer Fehlschluß, ein Sprung vom *Sein* zum *Sollen*!

Die Konsequenz dieser sozialdarwinistischen Gedankengänge waren eugenische Konzepte und Therapie am 'Volkskörper', die eine auf zivilisatorischem Wege verschwundene natürliche Selektion künstlich ersetzen sollte. Der vor und im NS-Staat einflußreiche Eugeniker und Erbforscher Fritz Lenz wünschte sich geradezu die Überwindung des 'Individualismus als Weltanschauung'." (Universitas Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft, 48. Jahrgang, Januar 1993, Nr. 559)

In einem Bericht des Tagesspiegel vom 24. Mai 1994 ist in einem Bericht über die gegenwärtige Dresdner Ausstellung "Darwin und Darwinismus" zu lesen:

"Die Dresdner Ausstellung zeigt das Exemplar des 'Kapitals', das Marx dem verehrten Forscher widmen wollte, was Darwin ablehnte; er brach die Lektüre des wirkungsmächtigen Buches bei Seite 20 ab." ...

Ich vermute, daß Marx-Forscher Auskünfte über die Hintergründe dieser gescheiterten Widmung geben können. Ich sehe zwei mögliche Motive: a) Marx wollte Darwin signalisieren, daß auch er ein bedeutendes Werk geschaffen hat. b) Der Gesellschaftswissenschaftler Marx hat bei dem Naturwissenschaftler Darwin inhaltliche Anleihen gemacht.

Meine Schlußfolgerungen:

a) Den Sozialdarwinismus als Vorwurf nur gegen einzelne verblichene Forscher und Denker zu erheben, ist unredlich und unglaublich unwürdig, wenn viele Köpfe von dieser geistigen Zeitströmung erfaßt waren.

b) Wenn wir die oben zitierten Aussagen von Ernst Haeckel und Fritz Lenz mit Einschätzungen und Zielen von Silvio Gesell vergleichen, dann ist Gesell ganz eindeutig kein Sozialdarwinist. Gesell wollte das große Glück der großen Zahl und sah dazu die Möglichkeit. Gesell wollte nicht den Individualismus als Weltanschauung abschaffen, sondern ihn als Basis für das Gemeinwohl ausbauen.

c) Wir Nachgeborenen haben keinen Grund, die Altvorderen wegen Vorstellungen, die wir aus heutiger Sicht für fehlerhaft oder

gefährlich halten, zu verhöhnen. Wer das Irren unterbinden will, der will das Denken verbieten. Wir müssen die Welt von morgen nach unseren Kenntnissen von heute gestalten. Ob die Erkenntnisse der jeweils verantwortlichen Generation tatsächlich und generell besser sind, als die der vergangenen Generationen ist zweifelhaft. Auch wir heutigen Menschen müssen uns Vorstellungen von uns selbst und von unseren Gesellschaften machen. Soviel realistischer diese Bilder sind, um so größer sind die Chancen, auf demokratischen Wegen humane Gesellschaften zu formen. (Siehe auch Anmerkung 55).)

37) Dem gläubigen Marxisten muß in einer vergleichenden Bewertung von marxistischer und nationalsozialistischer Ökonomie durch Klaus Schmitt die Hervorhebung der Akzeptanz des Marktes durch die Nationalsozialisten als Humbug erscheinen, denn für ihn sind Marktwirtschaft und Kapitalismus doch nur Synonyme. Der kritische Marxist, der zur Systemanalyse fähig ist, kann zumindest heute nicht mehr leugnen, daß in den Gesellschaften, in denen der Markt als Technik der Koordination und Kooperation vorhanden ist, aus ökonomischen Gründen weniger oder keine Gewalt angewendet werden muß (je nach Ausstattung des Systems) als in Kommandowirtschaften.

Aber aus der Marktbejahung kann nicht automatisch geschlossen werden, daß die Befürworter dieses Systems generell inhaltlich, praktisch oder charakterlich zentralistisch orientierten Personen oder Organisationen überlegen sind.

Wer eine differenzierende Betrachtung von geschichtlichen faschistischen (und auch stalinistischen) Systemen verhindern will, fördert eher neue als das er solche verhindern hilft. Jedes staatliche System, das in der Konsequenz mörderisch ist, benötigt für seine Etablierung die Duldung oder Zustimmung der gesellschaftlichen Schichten, der Massen. Ich halte es für einen Aberglauben, daß die Massen sich bewußt für das Böse entscheiden. Totalitäre Systeme müssen vor der Machtübernahme signalisieren, daß sie das Gute wollen. Und dieses "Gute" muß sich glaubhaft darstellen oder es muß sogar ehrlich gemeint sein.

Wenn Schmitt wegen seiner Differenzierung des Nationalsozialismus zu kritisieren wäre, dann müßte mensch ihm Fehler in der

Analyse und im Urteil nachweisen. Das gleiche gilt auch für Rudolf Bahro und andere.

38) Wenn Jutta Ditfurth und Thomas Ebermann (Jutta, eine schwer verdauliche Marxistin, Thomas, ein Marxist der erfreulichen Art, beide Exmitglieder der Partei DIE GRÜNEN) von Talkshow zu Talkshow weitergereicht werden (was ihnen vergönnt sei), dann ist das eine verdiente Aufmerksamkeit, dann sind es verdiente Streicheleinheiten. Wenn aber dem Klaus Schmitt nicht weiterhin aufs Maul gehauen wird und ihm stattdessen die Spalten in *Interim*, *Contraste* und *Taz* geöffnet werden, dann ist das politische Hege-
monie. So einfach ist das: Die Wahrheit liegt bei den Verleumdern.

39) In der Tat, was kann Gesell dafür, wenn Leute, die sich zu seiner Lehre bekennen oder sich dieser zuordnen, sich tatsächlich oder vermeintlich im braunen Sumpf bewegten oder bewegen. Die Leute im roten Sumpf werden sich zunehmend - geistig gesehen - weniger von Karl Marx ernähren können. Und dann kann es passieren, daß Gesell angelastet wird, daß er Anhänger im roten Sumpf hat.

40) Ja, Gesell stellt sich ausdrücklich in die Tradition von Pierre-Joseph Proudhon. Aber er hat unbelastet von bis dahin bekannten Theorien die Wirklichkeit beobachtet und seine Schlüsse gezogen und ist weiter gekommen als Proudhon, der das Ungleichgewicht zwischen Geld und Ware auf der Warensseite beheben wollte. Es spricht für Gesell, wenn er im nachfolgenden Überprüfenden Studium feststellte, daß er auf der Linie Proudhon lag, und es spricht auch nicht gegen ihn, wenn er dann das Marx-sche Schriftgut auf Übereinstimmung und Widerspruch durchgearbeitet hat.

41) In einer gesonderten Spalte (Seite 8, links) geht ÖkolinX auf das Knochengeld von Berliner Künstlern ein und klagt zum Schluß:

"Weshalb fiel diesen Künstlerinnen keine Aktion ein, die keine

Propaganda für eine rechtsextreme, antisemitische, prokapitalistische Gesellschaftswirtschaftstheorie ist?"

ÖkolinX und Co sind zu bedauern, denn das Kartell - bestehend aus einem Konkubinat von Linken und Konservativen -, das bisher bestimmte, was ökonomisch und gesellschaftspolitisch diskutiert werden durfte und was nicht, hat den politischen Informationsmarkt nicht mehr im Griff. Zu bedauern ist ÖkolinX auch dafür, daß sie "Dichtung" und Wahrheit nicht auseinanderhalten können.

42) Bierl bringt Gesells Definition von Arbeit. Arbeiter ist danach jeder, der vom Ertrag seiner Arbeit lebt, egal in welcher Berufsrolle. Auch der Unternehmer gehört zur Kategorie Arbeit. Im Gegensatz dazu steht der Rentner, der Kapitalrentner, der vom Kapitalertrag, vom arbeitslosen Einkommen lebt.

(Der Begriff *Rentner* in der Sozialversicherung hat einen anderen Sinn, wurde aber vom ursprünglichen Begriff <Kapital->Rentner abgeleitet. Auch aufgepaßt bei dem Begriff *Grundrente*: Ursprünglich ist er ein Synonym für Bodenrente, heute wird er auch für eine Grundsicherung innerhalb des Sozialen Netzes verwendet.)

Bierl fährt dann fort, daß Gesell das Recht aller Arbeiter auf den vollen gemeinsamen Arbeitsertrag fordert und fügt in Klammern hinzu: "gemeint sind also Kapitalisten und Lohnabhängige". Da er hier in die marxistische Definition von Kapital und Arbeit zurückspringt, ergibt seine Aussage natürlich Unsinn. Abgesehen davon ist es so, daß der Unternehmer auch Kapitalist sein kann und häufig auch ist, aber eben auch der Lohnabhängige. Unternehmer und Arbeitnehmer sind heute in der Regel gleichzeitig Ausbeuter und Ausgebeutete. Ob sie in ihrer jeweils persönlichen Bilanz auf der Gewinnerseite stehen, hängt von der Höhe ihres eingesetzten persönlichen zins-(rente-)tragenden Kapitals ab. Aber die große Zahl der Auch-Kapitalisten, die auf der Verliererseite stehen, ist es - weil das System von ihr nicht durchschaut wird -, die nachhaltig das kapitalistische System stützt. Die Folgerungen aus der marxistischen Kapitalismusanalyse sind für die meisten Menschen aber so abschreckend, daß dadurch die Einsicht der Kleinkapitalisten in ihre Verliererrolle eher verhindert als gefördert wird.

43) Wenn Gesell mit der Umwandlung eines Bodenrechts römischen Ursprungs in ein Bodenrecht, das Freiland ermöglicht, Hoffnungen verbindet wie: Abbau der Grenzen, Sicherung des Friedens und chancengleicher Zugang zur Bodennutzung, unabhängig von Rasse, Religion, Bildung und körperlicher Verfassung, wieso ist er dann Eugenetiker, Rassist und Nationalist? Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß der Begriff *Freiland* nicht von Gesell stammt. Er war ein gängiger Begriff unter Bodenrechtsreformern. Theodor Hertzka hat Ende des vorigen Jahrhunderts ein Buch unter dem Titel *Freiland - Ein sociales Zukunftsbild* veröffentlicht. Aber die oben angeführten Hoffnungen Gesells machen auch verständlich, warum die Nationalsozialisten ihn ablehnten und u.a. seine internationalistische Einstellung kritisierten.

44) Dieser chancengleiche Zugang zur Bodennutzung ist nicht "formal bürgerlich", sondern konkret. Diese Fehlbeurteilung kann nur einem unterlaufen, der sich als Systemkritiker versucht, ohne etwas von Wirtschaftssystemen zu verstehen. Das Hauptmerkmal einer Zentralverwaltungswirtschaft ist - unabhängig davon, ob sie marxistisch begründet wird oder nicht - Befehl und Unterwerfung (Gehorsam), hingegen in der Verkehrswirtschaft (ein Synonym für Marktwirtschaft) setzt die Einigung und der Vertrag die Menschen ökonomisch in Bewegung, und zwar besser als dies mit Befehl und Gehorsam zu erreichen ist. Das Meistbietungsverfahren für die Vergabe von Nutzungsrechten innerhalb demokratisch beschlossener ökologischer, sozialer oder entwicklungsplanerischer Nutzungsdaten oder -Normen ist erforderlich, um a) keine Vetter- oder Bonzenwirtschaft aufkommen zu lassen und b) den besten Boden zum besten Wirt gelangt. Oder anders ausgedrückt: Es muß verhindert werden, daß mit dem Boden als kostbarem Gut so umgegangen wird, wie z.B. mit dem subventionierten Brot in der untergegangenen DDR. Den Vorteil haben dabei die jeweils zum Zuge gekommenen einzelnen Bodennutzer und die Gesamtheit der Bodennutzer, die sich zusammengeschlossen haben, um dieses Bodenrecht einzuführen. Der Beste Wirt (Nutzer) holt aus dem Boden innerhalb der Nutzungsdaten das meiste oder beste heraus; darum kann er mehr Pacht bieten als konkurrierende Nutzer. Über diese höhere Pacht (Pacht minus anteilige Infrastruktur- und

Verwaltungskosten = Bodenrente) die in den Bodenrenten-Fond fließt, ist die Gemeinschaft am Nutzen aus dem jeweils "besten" Boden beteiligt. Durch die Rückverteilung der Bodenrente pro Kopf oder pro Kopf einer sozialpolitisch definierten Gruppe ist die Bodenrente ökonomisch neutralisiert.

45) Auch die Anmerkungen, die Bierl zum "Höchst- und Mindestmaß des allgemeinen Arbeitslohnes" macht, weisen ihn nicht gerade als Ökonomen aus. Außerdem arbeitet er wieder mit Unterstellungen. Gesell beschreibt die Interdependenz zwischen Bodenrente, Kapitalzins und Arbeitslohn. Er sagt, daß der Lohn aus der Bewirtschaftung von Freiland einen Mindeststandard für den Lohn setzt und der Kapitalertrag ein Höchstmaß für den zu erzielenden Lohn. Innerhalb dieser Bandbreite differenzieren sich dann die Löhne für verschiedene Tätigkeiten nach Angebot und Nachfrage. Davon, daß die Arbeit nicht höher entlohnt werden soll, ist keine Rede. Gesells Bemühen geht doch dahin zu zeigen, unter welcher Bedingung der Lohn der Arbeit so hoch gedrückt werden kann, daß für das Kapital nichts mehr übrig bleibt. Wenn Gesell den Klassenkampf nach marxistischem Grundverständnis ablehnt, dann doch nicht, weil er die ökonomisch unterdrückten Menschen in ihrer Rolle belassen oder fixieren will, sondern einfach deshalb, weil er der Ansicht ist, daß der Klassenkampf nicht die Probleme lösen kann, die zu lösen er verspricht. Gegen den Streik ist Gesell, weil dieser sich gegen die Streikenden selbst richtet. Die Überlegung, die dahinter steht: Auch der Preis (der Ertrag) des Kapitals richtet sich nach Angebot und Nachfrage. Ein Streik stellt eine Kapitalvernichtung dar, die den Preis des Kapitals hochdrücken und den Arbeitsertrag reduzieren muß. Der Streik ist ein berechtigter Notbehelf in einer Situation, in der man die ökonomischen Störungen und Verwerfungen nicht richtig analysieren und beheben kann. Das freiwirtschaftliche Modell geht davon aus, daß die ökonomischen Störungen, die wir heute kennen, mit dem freiwirtschaftlichen Instrumentarium behoben werden können. Und deshalb muß die Einstellung zum Streik von dieser Grundlage her gesehen werden. Ich selber habe noch aus einem anderen Grund Bedenken gegen den ökonomisch motivierten Streik. Eine Wettbewerbswirtschaft ist abhängig von der Vertragstreue und -sicher-

heit der einzelnen Wirtschaftseinheiten. Die Aussperrung und der Streik sind aber jeweils ein zeitweiliger und bedingter Vertragsbruch. Nun könnte man sagen, so lange sich Unternehmer und Arbeitnehmer eines Unternehmens mit Aussperrung und Streik bekriegen, so ist es doch deren Sache. Aber in der Regel sind auch Verträge und Rechte von Dritten, Unbeteiligten durch den Streik betroffen. Dies wird besonders deutlich bei Streiks in Verkehrsbetrieben. Streik und Aussperrung sind also ein Angriff auf die Basis der Verkehrswirtschaft.

Ob Gesell die Lohnstandards richtig beschreibt, ist keine Frage der Ideologie oder des Klassenbewußtseins. Gesell bewegt sich hier nicht auf dem Gebiet der Metaphysik. Da er seine Angaben aufgrund einer noch vorwiegend agrarisch strukturierten Gesellschaft macht, ist eine überprüfende Übertragung auf heutige Verhältnisse in jedem Fall erforderlich. Auch kann es sein, daß Gesell die Mobilität der Menschen aufgrund ökonomischen Drucks überschätzt. Aber das alles ist kein Grund zur politischen Häme.

46) "Das 'freie Land', das Gesell meint, ist angeblich 'herrenloses' Land im Trikont; also ein implizit, kolonistisches Expansionsprogramm."

Zur Klärung: *Herrenlos* ist ein juristischer Fachbegriff und meint eine Sache, die in niemandes Eigentum steht. Den Begriff *Trikont* habe ich im Sachwörterverzeichnis der NWO und in den Lexika, die ich hier zu Hause habe, nicht gefunden. Im Themenzusammenhang könnte er die drei Kontinente Afrika, Australien und Amerika meinen, die die Hauptsiedlungsgebiete europäischer Auswanderer waren. (Nachtrag: Mit *Trikont* - so hörte ich - meint man die Dritte-Welt-Länder.) Mit dem oben zitierten Satz ist Bierl eine Meisterleistung der Verdrehung von Textinhalten gelungen. Der Begriff *herrenlos* kommt bei Gesell tatsächlich vor und ebenfalls in dem Abschnitt "Der Ausgangspunkt für die Lohnstaffel bis herauf zu den höchsten Gehältern ist der Arbeitsertrag der Freiländer". Der Begriff *herrenloser Boden* steht im folgendem Satz:

"Dem Lohnarbeiter wird also unter keinen Umständen die Arbeit mehr einbringen, als diese dem Pächter oder dem Ansiedler auf herrenlosem Boden einträgt, auch schon darum nicht, weil der

Pächter (oder Ansiedler) sonst lieber als Tagelöhner arbeiten würde." Wenn mensch Gesells Ausführungen über das Freiland liest, dann wird ganz klar, daß Gesell sich zur Erläuterung seiner *Lohnstaffel* des Sprachgebrauchs oder der Rechtsinterpretation seiner Zeit bedient. Er rechtfertigt in keiner Weise die Landnahme der Europäer im "Trikont". Es ist, so vermute ich, allgemeiner Einschätzungsstandard, daß dadurch, daß die europäischen Siedler in den überseeischen Gebieten das römisch geprägte Bodenrecht wie eine Seuche eingeschleppt haben, z.B. die Indianer massenweise ermordet wurden und ihnen die Grundlage ihrer Kultur und ihres Lebens entzogen wurde. Ich bringe nun ein paar Textstellen aus Gesells Buch *Die natürliche Wirtschaftsordnung*, an denen ich beim Blättern zufällig mit den Augen hängen geblieben bin. Es mag andere Textstellen geben, die Gesells Anliegen besser ausdrücken. Die wiedergegebenen Texte genügen aber schon, um Bierl Lügen zu strafen.

(Bei der von mir benutzten Auflage der NWO handelt es sich um die neunte Auflage von 1949. Wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt, hat mir der Verleger Rudolf Zitzmann, der mehrere Jahre im KZ verbracht hat, erzählt, daß das Papier, das ihm nach dem zweiten Weltkrieg von der Militärregierung zugewiesen wurde ursprünglich für eine weitere Auflage von Hitlers *Mein Kampf* gedacht war. Das ist doch nun wahrlich eine Geschichte, die dem Bierle und Gesinnungsgenossen den Faschismusverdacht bestätigt. Und den Rudolf Zitzmann haben sie doch sicher nur eingesperrt, weil er seine faschistischen Ansichten nicht laut genug herausposaunt hat, so daß diese von den Nazis nicht wahrgenommen wurde. Fehler macht eben jedes System. Achtung Ironie!)

Nun Gesell:

"Das bis heute den sogenannten Völkern, den Massen und ihren Staaten zugestandene unbeschränkte Hoheitsrecht über den Boden und seine Schätze bildet das Pulverfaß des Krieges, und die Zündkapsel dazu liefert der verderbte Geist, den der auf dem Privatgrundbesitz sich aufbauende Klassenstaat von jeher gezüchtet hat und immer weiter züchten muß. Friede und Grundeigentum, sowohl nationales wie privates Grundeigentum, sind einfach un-

vereinbar, und unnütz ist es, von Frieden zu reden, solange wir diese uralten barbarischen Einrichtungen nicht restlos von der Erde vertilgt haben." (S.88/89)

Sind z.B. die Kriege im ehemaligen Jugoslawien viel mehr als Landnahmekriege? Erst vereinigen sich die Landnehmer unter einer Nationalflagge, damit sie gegenüber den Konkurrenten nicht zu schwach sind. Dann werden Flaggen zu Koalitionen vereinigt. Die Kämpfe werden heftiger und ausdauernder. Wenn am Schluß das grausame Spiel zu Ende ist, dann beginnt der innere Kampf um das Stück geographischen Teppichs, der der jeweiligen Nationalflagge zugeordnet wurde.

"Wie die Bodenverstaatlichung wirkt"

"Aber die Bodenverstaatlichung dringt umgestaltend in das innerste Wesen des Menschen: den gemeinen Knechtsinn, der aus der Zeit der Leibeigenschaft noch dem Menschen anhaftet (dem Herren nicht weniger als dem Knechte), weil das Sondereigentum am Boden, diese Grundlage der Leibeigenschaft, noch fortbesteht, diesen knechtischen Sinn wird der Mensch mit dem Privatgrundbesitz endgültig abschütteln; ..." (S.111)

Die Verstaatlichung des Bodens ist dabei nicht das eigentliche Ziel der Bodenrechtsreform, sondern ein Mittel, das mit anderen Mitteln um das Attribut "zweckmäßigste" konkurriert. Das eigentliche Ziel der Bodenrechtsreform ist es, den im geltenden Bodenrecht verursachten Teil der Ausbeutung aufzuheben (also die unvermeidbare Bodenrente ökonomisch zu neutralisieren, den chancengleichen Zugang aller Menschen zur Nutzung des Bodens herzustellen und den demokratisch gefaßten Planungsdaten mehr Geltung zu verschaffen.

"Ohne Privatgrundrenten gibt es keinen Krieg mehr, weil es keine Zölle mehr gibt. Die Bodenverstaatlichung bedeutet daher gleichzeitig Weltfreihandel und Weltfrieden. Dieser Einfluß von Freiland auf Krieg und Frieden ist übrigens bis jetzt nur oberflächlich erforscht worden; es ist noch Neuland." (S.111)

"Der gesunde Menschenverstand beansprucht die ganze Erdkugel, er betrachtet sie als eins seiner Glieder, als einen untrennbaren Hauptteil seines Körpers, und zwar die ganze Erdkugel, nicht einen Teil davon; und die zu beantwortende Frage ist, wie ein jeder in den Vollgebrauch dieses Hauptorgans gelangen kann.

Die Teilung ist ausgeschlossen, denn durch die Teilung erhält jeder nur einen Teil, während er doch das Ganze braucht. Kann man die Ansprüche der einzelnen Familienmitglieder auf die Suppenschüssel damit befriedigen, daß man diese zerschlägt und jedem eine Scherbe hinwirft? (S.112)

"So hat nun schon so ziemlich jedes Volk versucht, sich durch Eroberung in den ersehnten Besitz der Erdkugel zu setzen, immer mit dem gleichen Mißerfolg. Das Schwert wird, wie jedes Handwerkzeug, stumpf durch Gebrauch. Und welche Opfer werden diesen kindischen Versuchen immer und immer wieder gebracht. Ströme von Blut, Berge von Leichen, Meere von Geld und Schweiß. Dabei keine Spur des Erfolges. Die Staatenkarte unserer Erde sieht heute aus wie ein Bettlerrock, geflickt und zerfetzt; neue Grenzzäune erheben sich alle Tage, und eifersüchtiger denn je bewacht jeder seinen Knochen, seine von den Vätern geerbte Bettelsuppe." (S.114)

Gesells Definition des Begriffes *Freiland* gebe ich als Faksimile etwas vergrößert wieder. Der Text findet sich auf Seite 92 der o.a. Auflage der NWO.

1. Der Sinn des Wortes Freiland

1. Der Wettstreit unter den Menschen kann nur dann auf gerechter Grundlage ausgefochten werden und zu seinem hohen Ziele führen, wenn alle Vorrechte auf den Boden, private wie staatliche, aufgehoben werden.

2. Der Erde, der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen — ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. Und dort soll er den Altangesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle sind Altangesessene dieser Erde.

3. Der Begriff Freiland läßt keinerlei Einschränkung zu. Er gilt unbeschränkt. Darum gibt es der Erde gegenüber auch keine Völkerrechte, keine Hoheitsrechte und Selbstbestimmungsrechte der Staaten. Das Hoheitsrecht über den Erdball steht dem Menschen, nicht den Völkern zu. Aus diesem Grunde hat auch kein Volk das Recht, Grenzen zu errichten und Zölle zu erheben. Auf der Erde, die wir uns im Sinne von Freiland nur als Kugel vorstellen können, gibt es keine Waren-Ein- und Ausfuhr. Freiland bedeutet darum auch Freihandel, Weltfreihandel, die spurlose Versenkung aller Zollgrenzen. Die Landesgrenzen sollen nur einfache Verwaltungsgrenzen sein, etwa wie die Grenzen zwischen den einzelnen Kantonen der Schweiz.

4. Es folgt aus dieser Freiland-Erklärung auch ohne weiteres, daß die Ausdrücke „englische Kohle, deutsches Kali, amerikanisches Petroleum“ usw. nur die Herkunft dieser Erzeugnisse bezeichnen sollen. Es gibt keine englische Kohle und kein deutsches Kali. Denn jeder Mensch, gleichgültig welchem Staate er angehört, hat das gleiche Recht auf die „englische Kohle“, das „amerikanische Erdöl“ und das „deutsche Kali“.

5. Die Übergabe des Bodens an die Bebauern erfolgt auf dem Wege der öffentlichen Pachtversteigerung, an der sich jeder Mensch beteiligen kann, und zwar ausnahmslos jeder Bewohner der Erdkugel.

6. Das Pachtgeld fließt in die Staatskasse und wird restlos in Monatsbeträgen unter die Mütter nach der Zahl der Kinder verteilt. Keine Mutter, einerlei woher sie kommt, kann von diesen Bezügen ausgeschlossen werden.

7. Die Einteilung des Bodens richtet sich ganz nach den Bedürfnissen der Bebauern. Also kleine Ackerteile für kleine Familien und große Ackerteile für große Familien. Auch große Landstrecken für Genossenschaften, für kommunistische, anarchistische, sozialdemokratische Kolonien, für kirchliche Gemeinden.

8. Die Völker, Staaten, Rassen, Sprachgemeinschaften, religiösen Verbände, wirtschaftlichen Körperschaften, die auch nur im geringsten den Freilandbegriff einzuengen suchen, werden geächtet, in Bann getan, und für vogelfrei erklärt.

9. Die Ablösung der heutigen Privatbodenrente erfolgt auf dem Wege der vollen Entschädigung durch Ausgabe einer entsprechenden Summe von Staatsschuldscheinen.

 In den Informationsblättern des Arbeitskreises Karl Liebknecht, Eschersheimer Landstr.455, 60431 Frankfurt fand ich folgendes

"P r e i s r ä t s e l

Von welchem deutschen Philosophen und Politiker (1818 - 1883) stammt folgendes Zitat:

'Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind ihre Nutznießer, und haben sie als boni Patres familias (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.'

(Zu gewinnen gibt es *Spartakus, Aufstieg und Niedergang, Erinnerungen eines Parteiarbeiters* von Karl Retzlaw.)

Ich habe dieses Zitat hier an dieser Stelle eingebaut, um darauf hinzuweisen, daß es wenig Sinn hat, den anderen jeweils die "Hausheiligen" des eigenen Gedankengebäudes um die Ohren zu schlagen. Es ist vielmehr eine Synopsis, eine zusammenfassende Übersicht, über die verschiedenen Problembeschreibungen und -Lösungen erforderlich. Z.B. sahen Henry George und Franz Oppenheimer die Ursache der menschlichen Ausbeutung ziemlich monokausal im geltenden Bodenrecht, in der Bodensperre oder dem Bodenmonopol. Für Marx und Gesell ist das geltende Bodenrecht nur ein Faktor der Ausbeutung. Wenn es aber um die Lösung des Bodenrechtsproblems geht, hat Gesell, als Dezentralist mehr Gemeinsamkeiten mit Oppenheimer als mit Marx.

Um die Bodenrechtsdiskussion voranzubringen, wären Preisausschreiben (Auslobung) zu den Themen "Synopsen zur Bodenrechtsdebatte" und "Vergleichende Darstellung der ökonomischen und rechtlichen Lösungswege zum Bodenrechtsproblem in der Zentralverwaltungswirtschaft und in der Verkehrswirtschaft" vermutlich förderlicher als Preisrätsel.

47) Das Wort Gesells vom *Wert als reines Hirngespinnst* ist mir auch bekannt. Ich weiß im Moment nicht, wo er es verwendet hat, und vor allem nicht, ob er diese Einschätzung durchgängig in seinem Werk beibehalten hat. Aber der nachfolgende Satz von Bierl ist dadurch keineswegs gerechtfertigt:

"Spätestens diese Aussage zeigt, daß Gesell ein Spinner ist und seine Theorie den Ängsten und Illusionen des Kleinbürgers entspringt." Diese Formulierung spricht erst einmal gegen Bierl, der sich als Kleingeist erweist, und nicht so sehr gegen Gesell.

Eine Hinterfragung von Gesells Einschätzung des Wertes als Gespenst ist durchaus angesagt. Er hat das dahinter stehende Problem vermutlich zu sehr als Kaufmann und zu wenig als Produzent oder als Systemanalytiker betrachtet. Für den Kaufmann sind die Ein- und Verkaufspeise die realen Fixpunkte. Alles Jammern des Produzenten darüber, daß sein Produkt doch viel mehr wert sei, ist angesiedelt im Bereich der Wünsche. Und doch ist die Werttheorie, die einen modernen Ausdruck gefunden hat in der Kostenrechnung, für die Ökonomie genauso von Bedeutung wie die Preistheorie. Der Wert im ökonomischen Sinne ist also kein Gespenst, sondern eine Steuerungsgröße wie der Preis. Lassen wir dazu *Karl Walker* mit seinen *Überlegungen zur Werttheorie* zu Wort kommen:

(Walkers Beitrag zur Werttheorie ist zuerst erschienen in der Zeitschrift *evolution* Nr.138 vom Juni 1969 und wurde dann 1970 von Peter Weiz in seiner Schriftreihe *Beiträge zum liberalen Sozialismus* herausgegeben.)

"Es ist ein guter Grundsatz wissenschaftlicher Arbeitsweise, auch diejenigen Theorien, die man für gesicherte Erkenntnis zu halten geneigt ist, von Zeit zu Zeit einer erneuten Nachprüfung zu unterziehen. Es kann sein, daß sich mit dem Ansatz anderer Vorbedingungen oder mit der Berücksichtigung inzwischen neu gewonnener Teilansichten andere Aspekte ergeben, die eine überlieferte Vorstellung unter die Notwendigkeit einer Modifizierung oder Berichtigung rücken.

Und gleichzeitig ist es ein anderer guter Grundsatz, nicht nur die von der Theorie benannten Fakten und Vorgänge mit wissenschaftlicher Sorgfalt zu erklären und zu beschreiben, sondern

auch die Gründe aufzudecken, warum diese Fakten und Vorgänge so und nicht anders erklärt werden müssen. ...

... das Problem gewinnt in der Tat ein ganz anderes Bild, wenn man es mit gewissen Grundeinsichten der erst in den letzten Jahrzehnten aufgekommenen neuen Wissenschaft der Kybernetik angeht. -

Ich selbst habe also vor vielen Jahren in meinen ersten Veröffentlichungen (z.B. in 'Problem unserer Zeit ...') zu den keineswegs nebensächlichen Theorien von Wert und Preis die in den temperamentvollen Darlegungen von Silvio Gesell ((1862-1930) zum Ausdruck gebrachten Ansichten übernommen, wonach der Wert als abstrakter Begriff ein 'Gespenst' und nur der Preis eine Realität sei. Gesell äußerte sich zu dieser Sache bekanntlich im Zusammenhang mit seiner Kritik des Marxismus; denn Karl Marx (1818-1883) hatte von der Basis der bereits von Adam Smith (1723-1790) vertretenen Wertlehre aus seine Mehrwerttheorie entwickelt. - Hier interessiert aber vorerst nur die Werttheorie, die nach verschiedenen Seiten hin Bedeutung haben dürfte, nicht zuletzt auch in der Berichtigung von Vorstellungen, die mit der Goldwährung zusammenhängen.

Auf den entscheidenden Kern zurückgeführt besagt die Theorie schon von Adam Smith her, daß die Arbeit der wahre Maßstab des Tauschwertes aller Waren sei. Demnach sind es insoweit nur folgerichtige Interpretationen, wenn Karl Marx von 'geronnener Arbeitszeit' spricht und im Gold die am 'dichtesten geronnene' Arbeitszeit sieht.

In allen Waren bleibt bei aller Verschiedenheit ein Gemeinsames, das - nach Marx - die Tauschrelationen bestimmen müßte: der Arbeitsaufwand." ...

"Der Begriff 'Wert' ist kein toter, kein überflüssiger Begriff; er bedeutet nur etwas anderes als der 'Preis'. Von der Grundsubstanz der klassischen Theorie ausgehend, auf denen auch die Vorstellungen von Karl Marx basieren, kann man das Verhältnis zwischen Wert und Preis wie das Verhältnis zwischen 'Soll' und 'Ist' definieren." ...

"Alle marktwirtschaftliche Preisbildung pendelt um den Wert. Die ganze Dynamik der Marktwirtschaft lebt von dem naturgesetzlich wirksamen Trend, 'Wert' und 'Preis' miteinander in Übereinstim-

mung zu bringen.

Das Spannungsverhältnis, aus welchem die Impulse zur Steuerung der Produktion hervorgehen, erfordert nämlich einen Gegenpol zum Preis, sonst würde das System seine Orientierung verlieren. Ein Preis, der über den Wert hinausgeht, forciert eine Mehrproduktion, wodurch der überhöhte Preis wieder gedrückt wird; und doch wird er nun wiederum nicht endlos gedrückt, denn sobald der rückläufige Preis bei der unsichtbaren 'gespenstigen' Markierung des 'Wertes' angelangt ist, hört der (Konkurrenz-)Druck auf; gegebenenfalls, d.h. wenn der Nachschub noch auf den Markt drückt, kann die rückläufige Tendenz unbeabsichtigterweise noch kurze Zeit anhalten; aber der Umschlag kommt bestimmt." ...

Es lohnt sich für Marxisten wie für Gesellianer, diesen Text von Karl Walker durchzuarbeiten. Eine kurze Übersicht zur Dogmengeschichte über Wert und Preis findet sich auch in: "1000 volkswirtschaftliche Fragen und ihre Beantwortungen" von Albert Scheibler, Verlag Joachim Schilling, Düsseldorf. Mir liegt die 5. Auflage von 1966 vor.

48) Das Bild von den Raffern und Schaffern in der Bevölkerung, das ja durchaus kein Phantasieprodukt war, sondern der Wirklichkeit abgeschaut war, muß in der Tat den Antisemitismus befördert haben. Dies deshalb, weil optisch gesehen die Banken und Geldverleiher die Raffer waren und das Geldwesen aus geschichtlichen Gründen von Juden dominant repräsentiert wurde. Gesells Leistung bestand nun gerade darin, die Menschen darüber aufzuklären, daß die ökonomisch verursachten Leiden, die im Finanzwesen optisch dingfest gemacht wurden, nichts mit Judentum zu tun haben, sondern währungssystembedingt waren und sind. Dieser Satz besagt aber nicht, daß der jüdische Bankier von der sittlich begründeten Aufklärungspflicht über die Systemzusammenhänge befreit ist, wenn er die entsprechenden Kenntnisse hat. Aber mit dem Wissen über die Wirkungen von Währungsverfassungen sieht es bei den Bankkaufleuten von heute auch noch düster aus. Aber wenn die Marxisten etwas weniger gläubig und etwas mehr wissenschaftlich gewesen wären, dann hätten sie sich in die Reihe der Aufklärer einreihen können. Die Juden wären von einem Vorurteil losgespro-

chen worden, die Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik hätte anders geschrieben werden können und in Folge hätte es keinen Nationalsozialismus und keine massenweise Opfer dieses Terrorsystem gegeben. Also: Mit Vorwürfen, die auf einen selbst zurückfallen, soll man vorsichtig operieren.

49) Auf den scheinbaren Widerspruch des Zinses als "Wachstumsbremse" und den Zins als Ursache des "Wachstumzwanges" will ich an dieser Stelle nur so weit eingehen, daß jeder sich die Zusammenhänge selbst erarbeiten kann.

Der Zins wirkt nicht für alle Wirtschaftenden in gleicher Weise oder gleicher Richtung.

Derjenige, der in Besitz von Liquidität ist, die er nicht unmittelbar für den Lebensunterhalt oder mittelfristig für größere Anschaffungen benötigt, orientiert sich in seiner Bereitschaft, seine von ihm derzeit nicht benötigte Liquidität im Kreditwege auf andere zu übertragen, an einem möglichst hohen Zinssatz. Wenn der Zinssatz zu niedrig ist, nimmt er lieber den Vorteil der Jokerfunktion des Geldes wahr. Das heißt, er behält seine liquiden Mittel (Geld) und wartet auf günstige Geschäfte (Schnäppchen im großen wie im kleinen). Dieses bedeutet dann für eine mehr oder weniger lange Zeit einen Nachfrageausfall mit deflationärer Wirkung. Das klassische Say'sche Theorem, daß sich die Produktion selber die Nachfrage schaffe, stimmt nicht mehr, weil ein Teil der Nachfrage brach liegt. Wir haben es dann mit einer Situation zu tun, in der sich die Unterbeschäftigung selbst steigert und zwar bis zu jenem Punkt, wo das Geld für den potentiellen Geldanleger wieder eine genügend hohe Rendite abwirft. Es wird dann auch von der Selbstreinigungskrise des Kapitalismus gesprochen, die die Arbeit zwingt, in ihren Ansprüchen wieder bescheidener zu sein. Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik kann den Konflikt nicht lösen, nur verschleiern und zeitlich strecken.

Bei dem Nachfrageausfall mangels Rentabilität und der dadurch hervorgerufenen Liquiditätsvorliebe setzt das von Keynes erdachte Defizit-spending an und hier liegt auch eine Hauptursache des Subventionsunwesens und der staatlichen Umlenkung des Nachfrageausfalls aus dem Bereich der kleinen und mittleren Produktions-

einheiten in Großprojekte wie den schnellen Brüter Kalkar, den Rhein-Main-Donau-Kanal u.a.. Diese staatlichen Maßnahmen bewirken eine künstliche Anhebung der Rendite. Die erste Art Maßnahme ist in der Regel mit einem Inflationsschub verbunden, die zweite mit einer Umverteilung von Arm auf Reich und die dritte mit zusätzlichen Umweltschädigungen.

Ein zu niedriger Zins verhindert unter den gegebenen Umständen von der Geldseite her gesehen, daß die Wachstumskurven der betroffenen Volkswirtschaften einen natürlichen Verlauf erhalten: Erst ein schnelles Wachstum, dann bei wachsender Sättigung die Abflachung der Wachstumskurve. Die gegebenen Umstände sind dabei insbesondere eine konstruktive Umlaufsicherung des Geldes (die destruktiven sind Zins und Inflation) und die bisherige von der Leistung (Arbeit) abgekoppelte Einkommens- und Vermögensverteilung (volle Kassen ohne Bedarf, leere Kassen mit Bedarf)

Von der Produktionsseite her gesehen ist der hohe Zins vor der Investitionsentscheidung eine Investitionsbremse, weil die Zinsen für das Unternehmen fixe Kosten sind und es besonders in einer Situation der Unterbeschäftigung unsicher ist, ob diese Kosten über die Preise für die geplanten Produkte wieder hereingeholt werden können. Wir haben es in diesem Fall ebenfalls mit einer Wachstumsbremse zu tun.

Für die bereits laufende Produktion sind besonders steigende Zinsen Kosten, die die Unternehmen in den Konkurs treiben können, wenn diese nicht über einen höheren Mengenausstoß (Wachstumsdruck) oder Rationalisierung (Abbau von Arbeitsplätzen) kompensiert werden können. Aber auch in den privaten Haushalten erzeugen wachsende Zinsen einen Wachstumsdruck. Über den Daumen gepeilt, zahlen die privaten Haushalte über die Preise für Produkte und Dienstleistungen ein Drittel ihres Jahreseinkommens für Zinsen. Die Anhebung des Zinses für langfristige Kredite um einen Prozentpunkt bedeutet für eine Wohnung mit einem Wert von 200000 DM bereits eine Kostensteigerung von 4000 DM pro Jahr. Es ist doch ganz klar, wenn die Menschen ihren Lebensstandard behalten wollen, dann müssen sie in Überstunden, Schwarzarbeit oder in Umverteilungen innerhalb des Familienverbandes ausweichen. Besonders auch darum, weil der Zinskostendruck sich mit den steigenden Lasten durch den Staat und das soziale Siche-

runungssystem addieren.

Auch darf nicht übersehen werden, daß Zinsen nicht Kosten pro Stück, sondern pro Zeiteinheit sind. Eine Maschine, die nur ihren Verschleiß über die Produktpreise wieder einfahren muß, kann man schonend nutzen und auch am Wochenende getrost stehen lassen. Aber für eine Maschine, die neben der Amortisation und den Kosten der Pflege auch den Zins "verdienen" muß, wird die Laufzeit im Schichtbetrieb und an Sonn- und Feiertagen ein dringendes Erfordernis.

Der Zins als Kostenfaktor ist auch eine Ursache dafür, daß sich Innovationen im musischen, humanen und ökologischen Bereich nicht oder nur mit privater oder staatlicher Subventionierung durchsetzen können. Dies liegt daran, daß die Wirtschaftlichkeit (Ertrag höher als Kosten ohne Zins) viel leichter zu erreichen ist als die Rentabilität der Investition.

50) "'Gesell selber', schreibt sein Schüler Gerhard Senft ..."

Irgendwie muß man die Leute, die die Frechheit haben, sich mit Gesell zu befassen, doch mit abschreckender Wirkung herabsetzen können. "Gesellianer" ist die eine Bezeichnung, die herabsetzend und abschreckend gemeint ist (obwohl sie eine Ehrenbezeichnung sein kann), Schüler Gesells ist eine weitere Möglichkeit. Bierl und Co. werden noch andere Bezeichnungen einfallen. Diese Politik, mit der die Freiwirtschaftsschule weiterhin isoliert werden soll, hat aber ihre Entsprechung im "konservativ-bürgerlichen" Lager. In den 60er Jahren habe ich mal einen Professor der Volkswirtschaftslehre gefragt, was er denn von Gesell und der Freiwirtschaftsschule wüßte. Er antwortete sinngemäß: Als Assistent hätte er Kontakt mit freiwirtschaftlicher Literatur gehabt. Man hätte ihm aber bedeutet, daß er die Hände von dieser Kryptoökonomie lassen solle, wenn ihm seine berufliche Karriere lieb wäre. Prof. Georg Hummel, den ich an der Akademie für Wirtschaft und Politik schätzen gelernt habe, hat mir erst als Ruheständler verschämt gestanden, daß er bei Gesell viel über Geld und Kredit gelernt hätte. In seinen Vorlesungen konnte er darüber nicht sprechen, zu groß war der Tabudruck. Und wenn mir jetzt ein Berliner Ökonom schreibt, Gesell und die Freiwirtschaftsschule seien unterschätzt worden, dann ist das für die

ewig Gestrigen ein Grund sich zu ärgern. Die Welt ist schon ganz verrückt.

51) Jürgen Kaun ist insofern zuzustimmen, als niedrige Zinsen (bei gleichzeitigen Umbau von fehlerhaften Strukturen) Wachstumsschübe bringen. Aber eben dort, wo die Menschen darben und hungern. In Volkswirtschaften auf hohem Niveau können sich niedrige oder Null-Zinsen umsetzen in Arbeitszeitverkürzung, umweltschonenden Produktionsverfahren und in Nachfrage nach den gesunden und schönen Dingen des Lebens, nach Kunst und Philosophie. Wenn Kaun durch einen niedrigen Zins einen zusätzlichen Anreiz für Investitionen in Großtechnologien vermutet, dann übersieht er, daß ein Zinsniveau um Null Prozent nur konstant zu haben ist mit einer freiwirtschaftlichen Umlaufsicherung des Geldes (also der Ablösung des destruktiven Zinses und der schleichenden Inflation), die eine Verstetigung der Konjunktur bringt und den Staat als Förderer von Großtechnik (Subventionsgräbern) überflüssig macht. Und vor allem übersieht er eben, daß ein Null-Zins eine ganz andere Einkommensverteilung und damit auch eine andere Nachfragestruktur bewirkt. Die Investitionen erfolgen eben in der Hauptsache aus den großen Vermögensansammlungen und nicht aus den Privathaushalten.

52) Wenn Jürgen Kaun und danach Peter Bierl nicht verstehen können, daß es bei der Umlaufsicherung nur auf das Tauschgeld und nicht auf die Geldvermögen ankommt, so müssen sie selber weiterdenken oder Nachhilfeunterricht nehmen.

53) Bei dem Experiment von Wörgl ging es nicht um die Einkommens- und Vermögensverteilung, sondern einfach um die Überwindung der Stockungen im Güter- und Leistungsaustausch und damit um den Abbau der Arbeitslosigkeit. Dieser Nachweis ist eben so gut gelungen, daß sich -zig Gemeinden dem Experiment anschließen wollten, aber daran gehindert wurden.

54) Der Installierung der Tüchtigsten durch einen chancengleichen Wettbewerb steht als Alternative gegenüber: Bonzenwirtschaft, Vetternwirtschaft, Herrschaft der Privilegierten.

55) Gesell war kein Sozialdarwinist im Sinne der Definitionsmerkmale im "Wörterbuch der Soziologie" von Bernsdorf. Gesell ist auch ein Liberaler. Und diesen Begriff muß man ja nun nicht in Ableitung von FDP-Inhalten füllen. (Siehe auch Anmerkung 36).)

56) Der freie Wettbewerb begünstigt sicher die Tüchtigen, aber mit gleichzeitigem Vorteil für die weniger tüchtigen. Mit der Begünstigung der Tüchtigen bei der Fortpflanzung ist Gesell bestimmt auf dem Holzweg, weil die Fortpflanzung sich nur bedingt an ökonomischen Kriterien orientiert. In unterentwickelten Volkswirtschaften haben die ärmsten oder am Rande der Gesellschaft lebenden Menschen häufig die meisten Kinder, damit sie im Alter nicht vorzeitig verrecken müssen, und mit wachsenden Wohlstand steigt die Neigung zur Ein- oder Zweikindfamilie, weil der erreichte Wohlstand sonst nicht für die Kinder gesichert werden kann. Ich selber habe sieben Kinder (hätte neun, wenn ...) und bin aus der Sicht des politischen linken Lagers und aus "gutbürgerlicher" Sicht sicher eine Niete. Womit schon darauf hingewiesen ist, daß Tüchtigkeit keine feste Größe ist. Aber vielleicht sollte ich hier Gesell selber ohne Vermittlung durch Bierl studieren. Es kann ja sein, daß ich den Zusammenhang nicht richtig verstanden habe.

57) Wir wissen aus der Entwicklungsgeschichte der Lebewesen, daß jene Arten überlebt haben, die sich ihren Umweltbedingungen anpassen konnten. Diese Anpassungen sind ja nicht als Mutationen vor sich gegangen, sondern erfolgten in einer langen Generationsfolge. Da diese Anpassungen höchstens nebenbei solche des Verhaltens waren, die durch "Erziehung" weitergereicht und entwickelt werden konnten, sondern in der Hauptsache solche, die das genetische Erbmateriale verändert haben, habe ich mich schon häufiger gefragt, wie Erfahrung sich in den Genen verankern kann.

Ansonsten denke ich, daß Gesell hier mit seinen Aussagen Opfer des Zeitgeistes ist.

58) "Mutterrente" und "Rückkehr der Frau zur Landwirtschaft" zwei Stichworte. Auch hier gibt es keinen Grund, Gesell anzumischen. Die Mutterrenten resultieren nicht in der Fixierung eines bestimmten Frauenbildes, sondern:

- ökonomisch, aus der Notwendigkeit, die Bodenrente zu neutralisieren,
- sozialpolitisch, die finanzielle Abhängigkeit der Mutter vom Mann (vom Vater ihrer Kinder) zu mildern oder aufzuheben, und
- wettbewerbspolitisch, um das Handicap auszugleichen, das die Frau durch das ökonomische Risiko der fortwährend möglichen Schwangerschaft hat. Auch für die meisten emanzipierten Frauen ist es kein angenehmer Gedanke, daß sie zusätzliche Kosten ohne Gegenleistung durch die Schwangerschaft ihrer Mitarbeiterinnen (in Haus, Büro oder Werkstatt) haben.

Gesell begründet diese Art der Neutralisierung der Bodenrente damit, daß die Höhe der Bodenrente insgesamt von der Anzahl der Menschen bestimmt wird, die Boden nachfragen, nachfragen müssen. Für die Entwicklung der Höhe der Bodenrente ist die Anzahl der in jeder Generation geborenen Kinder maßgebend. Die Kinder werden von den Müttern geboren und großgezogen. Das ist eine Leistung, die die Mütter ohne Gegenleistung vollbringen; daher muß der Ausgleich von der Gesellschaft kommen. Es findet sich dann auch wohl noch die Überlegung, daß die Finanzierung des Mutterlohnes (Kindergeldes) aus der abgeschöpften Bodenrente keine Bestrafung für die Frauen und Männer wäre, die sich bewußt gegen eigene Kinder entschieden haben, wie das der Fall ist, wenn das Kindergeld aus allgemeinen Steuermitteln erfolgt.

Es gibt auch Positionen, die die Behinderten in die Verteilung der Bodenrente einbeziehen wollen. Andere geben der Pro-Kopf-Verteilung der Bodenrente den Vorzug. Auch die Fragen der regionalen, nationalen, kontinentalen und weltweiten Erfassung, Abschöpfung und Verteilung sind in Nachfolge von Gesell Gegenstand der Erörterungen. Außerdem habe ich auch noch die humorig gemeinte Nachrede gehört: Gesell habe bei der Verteilung der Bodenrente an sich gedacht. Er soll zahlreiche eheliche und uneheliche Kinder gezeugt haben (Ich habe es nicht überprüft.), und die waren dann für ihn selbst ein großer Kostenfaktor. Da er aber für sich selber nichts mehr von seinen Überlegungen erhof-

fen konnte, hat er dann wohl an Männer gedacht, die später in einer ähnlichen Situation wie er sein würden.

Auch die Rückkehr der Frau in die Landwirtschaft ist bestimmt nicht frauenfeindlich gemeint, sondern eher aus praktischen Gründen, und als attraktive Alternative zur Fabrikarbeit gedacht. Erstens war der Wandel der meisten europäischen Gesellschaften von der vorwiegend landwirtschaftlichen Struktur zur vorwiegend industriellen Struktur noch am Anfang (Meine Großmütter waren auch noch landwirtschaftlich tätig.). Zweitens wußte Gesell aus eigener Erfahrung, daß Landwirtschaft nichts für Dumme ist (Der Spruch: Die dümmsten Bauern ernten die dicksten Kartoffeln zielt doch eher auf den Theoretiker mit zwei linken Händen.). Drittens hat er im konkreten Fall Frauen geholfen, ein Einzelhandelsgeschäft zu eröffnen. Viertens sind in diesen Vorschlag sicher Erfahrungen mit Zeiten des Mangels im Krieg und danach eingeflossen. Und fünftens und letztens dürfte er überlegt haben, daß der Beruf der Landwirtin a) vielseitig ist und b) nach den freiwirtschaftlichen Reformen einen leichten Zugang und ein geringes Risiko hat.

Außerdem darf nicht vergessen werden, daß es ideenmäßig und real eine starke Siedlungsbewegung zu Gesells Zeiten gegeben hat. Der Landbau hatte darin einen hohen Stellenwert. Die Siedlungsbewegung hat ihre Entsprechung in der Alternativbewegung der jüngsten Zeit. Hier taucht der Landbau in Form der ökologischen Landwirtschaft und das Siedeln in dem Wunsch von Vereinigung von Arbeiten und Leben wieder auf. Die Siedlungsbewegung war auch politisch motiviert. Vor einigen Jahren habe ich die Geschichte einer Siedlung gelesen, die sich mit einem kommunistischen Selbstverständnis gegründet hatte und die sich dann innerlich befreit fühlte, als sie sich die Natürliche Wirtschaftsordnung als ihre theoretische Basis erschloß.

Ich schlüpfe nun mal in Gesell hinein und formuliere für ihn heute:

1. Das Verhältnis der Geschlechter zueinander kann sich nur dann verbessern, wenn Mann und Frau emanzipiert werden:
 - a) von der Ausbeutung,

- b) von unterdrückenden Strukturen,
- c) von ökonomischer Unsicherheit,
- d) von der latenten und offenen Bedrohung durch den Krieg,
- e) von der ökologischen Bedrohung und
- c) von der Herrschsucht, die nicht auf den Mann beschränkt ist. Wenn der Mann ein Unterdrücker ist, dann ist er in der Regel ein unterdrückter Unterdrücker. Wer sich von der Frauenherrschaft etwas verspricht, ohne den strukturellen Umbau der Gesellschaft vorher zu bewerkstelligen, ist ein Tor. Wir brauchen nur die Erfahrungen mit Margret Thacher oder anderen Frauen mit Regierungs- oder Ministeramt und Unternehmerinnen anzusehen; nichts spricht dafür, daß die Verhältnisse dadurch besser werden. Wenn Jutta Ditzfurth Vorsitzende eines kommunistischen Staates würde, dann braucht es nicht viel Phantasie, um sie sich als rote Zarin vorzustellen in dem Sibirien als neues Umerziehungs- und Ausgrenzungslager zu neuem berühmten Ruhm kommen würde.

Ein Großteil der Männer wissen aber auch aus ganz privatem Bereich, was Frauenherrschaft bedeutet.

2. Frauenquoten in den Ämtern sind ein Behelfsmittel, wie die Mitbestimmung in den Betrieben, welches nicht das leisten kann, was angestrebt wird. Mitbestimmung und Frauenquote ändern nicht viel an der strukturellen Unterdrückung. Quotenregelungen für Ämter und Führungspositionen ermöglichen nicht den chancengleichen Wettbewerb zwischen Männern und Frauen, sondern verhindern ihn. Für die Benachteiligung der Frauen in der Vergangenheit kann mensch die Männer von heute nicht büßen lassen.

Eine unbedenkliche Quotenregelung 50:50 bietet sich aber für die Parlamente an. Die Abgeordneten und Abgeordneten werden über getrennte Frauen- und Männerlisten jeweils von allen Wahlberechtigten gewählt. Diese Listen sind überregional und offen. Die Parteien haben keinen Einfluß auf die Erstellung der Listen. Die Art der Gestaltung der Frauen- und Männer-Wahllisten darf nicht bestimmte KandidatInnen bevorzu-

gen. Der Wähler muß sich an Hand objektiver Kriterien ein Bild von den KandidatInnen machen können. Es darf nicht so sein wie z.B. bei der Europawahl, daß der Wähler erst im Wahllokal erfährt, welche Wahlmöglichkeiten er überhaupt hat. Die Wählerinnen und die Wähler haben für jede Liste drei bis fünf Stimmen. Die Besetzung der quotierten Parlamente erfolgt in der Reihenfolge der erreichten Stimmzahl der KandidatInnen. Auf diese Weise können auch Minderheiten wie z.B. Kommunisten ihre Vertretung in die Parlamente schicken. Die Bürgerin, der Bürger erhält nicht nur ein Wahlergebnis weniger verfälschendes Wahlrecht, sondern auch ein Auswahlrecht unter den KandidatInnen.

3. Die freiwirtschaftlichen Reformen ermöglichen eine völlige Ausdifferenzierung weiblicher beruflicher Fähigkeiten. Es geht dann nicht nur darum - wie heute -, daß auch Leitungsfunktionen in der Verwaltung, den Schulen und Betrieben besetzt werden oder sich als Betreiberin einer Butike ihr Auskommen haben, sondern Frauen werden in die Lage versetzt, sich als Unternehmerinnen (Miteigentümerinnen) autonomer Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Kulturhäuser, Versicherungen, Handelsunternehmen, Dienstleistungsunternehmen und im produzierenden Gewerbe zu entfalten. Sie haben die freie Wahl zwischen reinen Frauenunternehmen und geschlechtlich gemischten. Die ganze Palette der Rechtsformen steht ihnen zur Verfügung von der Einzelunternehmung bis zur Genossenschaft. Neue Unternehmensformen können ersonnen werden. Aber wenn die Frau zeitweise oder ganz als Mutter bei ihren Kindern zu Hause bleiben will, dann wird das nicht von finanziellen Problemen verhindert. Die Mutter in realisierter Freiwirtschaft beschäftigt vielleicht einen Kindergärtner zur Betreuung ihrer Kinder oder eine männliche Putzhilfe. Aber vielleicht mag sie auch lieber einen reinen Frauenhaushalt und schließt alle Männer einschließlich den Vater ihrer Kinder aus.

Sicher wird es Haushaltsunterstützungsunternehmen geben, bei denen man verschiedene Fachkräfte für den Haushalt tage- oder stundenweise anfordern kann. Die Einkommens- und Kostenstruk-

tur der Familien wird sich so günstig verändern, daß sie es sich leisten können, ein paar mal in der Woche außerhalb des Hauses zu essen - sei es, weil in einer Gaststätte oder einem Stadtteil- oder Dorfgemeinschaftshaus ein Koch (eine Köchin) ist, die so toll vegetarisch, biologisch, mecklenburgisch oder italienisch kochen kann, oder sei es, weil man den Kontakt zu Freunden oder anderen Familien pflegen will, oder sei es nur darum, weil man den verdammten Abwasch hin und wieder nicht machen möchte. (Es spricht der Hausmann.)

Kurzum und zusammenfassend: Das Freiwirtschaftsmodell ist ein offenes, das keine Fixierung der Geschlechterrollen vornimmt, aber auch nicht davon ausgeht, daß Frauen die besseren Menschen sind. Die Tatsache, daß die Frauen die Kinder austragen und gebären, kann dieses Modell auch nicht ändern.

59) "Halbwahrheiten wirken oft wie ganze Lügen." Und von Peter Bierl rabulistisch angewandt, sollen sie vom Leser dann als Wahrheiten aufgenommen werden.

Es ist möglich, daß ich schon selber Attacken von links auf Gesell mit dem Hinweis auf seine Tätigkeit in der Münchener Räterepublik begegnet bin. Aber nie in einer Weise, die ihn als Kommunisten oder Marxisten erscheinen läßt. Gesell hatte sein eigenes Programm. Und es ehrt ihn, daß er weder gekniffen hat, als er gefragt wurde, ob er seine Theorie umsetzen wolle, noch Rücksicht nahm auf möglichen persönlichen Schaden, den er von dem politischen Umfeld erleiden konnte.

(Nebenbei: Es gibt sicher auch Menschen, die in Gesell ihren Meister sehen, im Regelfall sind aber "GesellianerInnen" ihr eigener Meister, ihre eigenen Meisterin.)

Ich zitiere die Beurteilung von Gesells Engagement in München aus der Sicht der Nationalsozialisten:

"Wir wenden uns nun noch kurz Bewegungen und Vorschlägen zu, die ebenfalls eine Finanz- oder Geldreform anstreben.

Die bekannteste ist die Irrlehre Silvio Gesells mit seinem Freiland und Freigeld.

Silvio Gesell gehörte zu den höchst problematischen Existenzen, die in den schlimmsten Zeiten der Münchener Räterepublik an die

Oberfläche geschwemmt worden sind.

Silvio Gesell - für seine Person vielleicht ein gutgläubiger Idealist - befangen, in seinen Gedankengängen international eingestellt, hat mit den damaligen jüdischen Bluthunden gemeinsame Sache gemacht - und was das Bedenklichste ist - seine Lehren wurden von den damaligen Gewalthabern als geeignet erachtet, 'die Menschheit aus den Banden des Kapitalismus zu befreien'. Mit Frau Eisner, Landauer und sonstigen Größen der damaligen Zeit gründete Gesell seinen S.F.B. (sozialistischer Freiheits-Bund). ...

Es genügt sich daher, hier auf die Gesell'sche Theorie nochmals näher einzugehen. Ich verweise auf meine gründliche Abrechnung mit Gesell in den nationalsozialistischen Monatsheften 'Volk und Gemeinde', herausgegeben von der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiter-Partei, geleitet von Abg. Rudolf Jung in Toppau. Unter der Überschrift 'Linzer Beschlüsse zur Geldreform' habe ich in Nr. 3,5, und 8 des e. Jahrganges 1922 eingehend zu Gesell Stellung genommen und die restlose Ablehnung der Partei begründet. Desgleichen findet sich eine Ablehnung Gesells in der ausgezeichneten Zeitschrift unseres Altmeisters Theodor Fritsch in Nr. 444. Und ebendort eine Ablehnung Gesells aus der Feder von Paul Lehmann." (Aus: Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage von Gottfried Feder, München 1923.)

Gesell hat sich die Mitwirkung in der Räteregierung nicht erschlichen. "Daß diese Räteregierung mich als Finanzmann erwählte, war für mich ein Beweis, daß es sich nicht oder noch nicht um Bolschewismus oder Kommunismus handle." So Gesell in seiner Verteidigungsrede, die er während seiner Inhaftierung verfaßt haben soll, aber auf Anraten seiner Verteidigung nicht gehalten hat. (*Die Freiwirtschaft vor Gericht* S.49)

Auf Seite 67 schreibt er, daß die Kommunisten nur die Alternative Kapitalismus und Kommunismus kennen und führt aus:

"Allerdings, die Münchener Räteregierung hatte noch kein wirtschaftliches Ziel oder Programm. Ich hatte ihr gegenüber keinerlei Verpflichtungen übernommen. Aber ich war mir völlig bewußt, daß jede Räteregierung, die nur das oben genannte Entweder - oder kennt, zwangsläufig in den Kommunismus mündet."

Laut Protokoll sagt Ernst Niekisch vor dem Standgericht aus:

"In der Sitzung den Zentralrates vom 6. und 7. April wurde die Frage erwogen, wem die Finanzen übertragen werden sollten. Landauer war für Silvio Gesell, ebenso Mühsam und ich."

Die Einstellung Gesells zu seiner übernommenen Aufgabe kann seiner nicht gehaltenen Verteidigungsrede entnommen werden:

"Seit 30 Jahren bin ich ganz bestimmt nicht ein einziges Mal zu Bett gegangen, ohne mich zu fragen, was ich noch tun könnte, um meinen Schatz (seine Erkenntnis d.V.) loszuwerden, ihn zum Gemeingut zu machen. Wahrhaftig, keinem Christophorus ist je ein so schweres Kind auf die Schulter gebürdet worden!

Und nun, da mich das Proletariat aufforderte, sollte ich mich, mein ganzes Leben verleugnen, sollte ich das Proletariat verraten?" S.64

60) "Gesell erblickt im Kommunismus das Übel aller Übel. ..."

Nein, Gesell erblickt im Kommunismus den Irrweg, der nicht zur Befreiung vom Kapitalismus führt. Präziser: Der Kommunismus in Verbindung mit einer Zentralverwaltungswirtschaft als Staatsprinzip, in der die Mitglieder einer Gesellschaft eine Zwangsgemeinschaft bilden, der sie nicht ausweichen können, ist eine Steigerung des Übels, genannt *Staatskapitalismus*. Gegen kommunistisch strukturierte Kommunen auf privatrechtlicher Basis, in der die Mitglieder ein- und austreten können und die im Wettbewerb stehen mit anderen Lebensformen, hat er keine Einwände.

Gesell grenzt sich nicht politisch von den Kommunisten ab, sondern inhaltlich vom Kommunismus. Der Kapitalismus mit seiner Zinsknechtschaft verfälscht den Wettbewerb und der Kommunismus als Gemeinschaftsbetrieb hebt den Wettbewerb auf.

"Sie kennen die Vorschläge Rathenaus, Neuraths, Berthold Ottos. Ueberall Zwang, nichts als Zwang, Angestellte und der Staat, d.h. eine allgewaltige Bürokratie. Diese Bürokratie leitet nun die Menschheit ihren Weg. Von ihr hängt die Auslese ab. Sie fördert einen Menschenschlag, der ihr gefällt, sie hemmt an anderen

Stellen. Wohin führt sie uns? Wer sagt uns, daß die Leitung gerade die Edelsten, den Tüchtigsten zufallen wird, und nicht etwa den Gewaltmenschen, den Strebern, den Demagogen? ...

Darum erblicke ich in jeder Erweiterung des staatlichen Machtreiches eine schwere Gefahr, und im allumfassenden kommunistischen Staate Ottos, Rathenaus und Neuraths geradezu den Zusammenbruch, den Untergang der Menschheit. Und gegen diese drohende, ungeheure Gefahr kämpfe ich und opfere diesem Kampfe meine ganze Kraft. Niemals ist m.E. die Menschheit in größerer Gefahr gewesen. Der Kaiser Wilhelm gab jedem, der in Deutschland unzufrieden war, den Rat, auszuwandern. Wie aber soll im Staate Neuraths der Unzufriedene denn noch auswandern? Der Staat hat und behält ja alles: die Eisenbahn, die Schiffe und alles Gut. Man überlege doch nur einen Augenblick, wohin es führen muß, wenn der Staat die Druckgenehmigung für alle schriftstellerischen Arbeiten zu geben hat und dann auch obendrein selbst den Druck besorgt." (a.a.O.S.66)

Damit linke Leser bei dem Wort *Auslese* nicht gleich wieder auf die Palme gehen, sollen sie statt *Auslese* *Selektion der Kader* lesen. Ansonsten soll man Gesells Befürchtungen mit dem Verlauf des "Experimentes" *realexistierender Sozialismus* messen. Aber es wird beim Lesen des ganzen Textes auch deutlich, daß Gesell den Kommunismus als einen unerlaubten Eingriff in die Natur des Menschen und seiner Entwicklung aufgefaßt hat. Mir drängt sich ein Vergleich mit der Gentechnik-Gegnerschaft von heute auf.

Weiter unten heißt es dann:

"Ich verstehe Neurath, wie ich alle Kommunisten verstehe; sie wollen heraus aus der Hölle der Zinsknechtschaft, und da sie keinen anderen Ausweg kennen, so sagen sie sich: Dieser Zwangskommunismus ist wahrhaftig kein Paradies, aber für die ausgebeuteten Volksteile ist er das kleinere Uebel. (Eine freilich verkehrte Annahme.) " ... (a.a.O.S.66/67)

Und weiter vorne heißt es:

"Sang der Marxist: 'Alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm es will', so sage ich: 'Alle Räder müssen laufen, soll das

Kapital ersaufen.' ...

Der Werbeschatz, das Kapital, hat nur einen Feind. Dieser ist nicht Marx, nicht Lenin, nicht Spartakus, nicht das gesetzliche Zinsverbot, nicht die rohe Gewalt. Ueber all diese Mächte hat das Kapital bislang immer gesiegt, und meist kostete der Sieg den Untergang des Reiches, eines Volkes. Babylon ging unter, Salomons Reich ging unter, Athen und Rom gingen unter. Und wenn wir jetzt untergehen sollten, so verschwände damit doch nicht die Ursache der Zinsknechtschaft, des Kapitalismus. Die Keime der kapitalistischen Seuche würden auch diesen Zusammenbruch wieder überdauern. - Der einzige Feind der Zinswirtschaft, der erste, der ihm mit Siegeszuversicht entgentreten durfte, das ist das Freigeld.

Lycurg ächtete das Gold, und Pythagoras lobte ihn deshalb und nannte das aus Gold und Silber hergestellte Geld die Ursache aller Verbrechen. Ueber 2 1/2 Jahrtausende waren seitdem verflossen, und noch harrte Lycurgs Rätsel der Lösung. Alle Versuche nach wissenschaftlicher Erledigung der ärgerlichen Fragen scheiterten. Bekannt ist Prof. Boehm-Bawerks Buch über die Geschichte der Zinswirtschaft. Und wo stehen wir heute? Ehret Helfferich, ehret die Reichsbank-Aktiengesellschaft; treu hütet sie den Goldschatz, die Ursache der Zinswirtschaft und des Zusammenbruches!" (a.a.S. 54)

Unter dem Eindruck der Erfahrungen mit der Münchener Räterepublik und dem weiteren Verlauf der Politik in Deutschland hat Gesell in Bezug auf die Durchsetzungsstrategie einen Linksruck gemacht.

Für den April 1924 war ein außerordentlicher Bundestag des Freiwirtschaftsbundes einberufen worden. Bei Günter Bartsch ist zu lesen:

"Silvio Gesell schickte dem Magdeburger Tagungspräsidium Leitsätze zu, die verlesen werden sollten, jedoch ebenso verheimlicht wurden wie *Marx' Kritik des Gothaer Programms* der SPD von 1875 den Delegierten der Lassalleaner und Bebelianer.

In den Leitsätzen *Gesells* hieß es zum Erschrecken der konservativ Gesinnten:" u.a.

"'Da der Zutritt zu den Massen von rechts her durch die Sozial-

demokratie gesperrt ist ..., so bleibt nur der Zutritt von der äußersten Linken offen.

Die proletarische Front ist nur von links aufzurollen, d.h. in eine Einheitsfront zu verwandeln.

Das Werben in anderen Volksschichten in offizieller, diesen Schichten angepaßter Form steht den Notwendigkeiten der Werbung in den proletarischen Kreisen im Wege.

...

Das Völkische, soweit es in Politik ausgeartet ist, muß bis aufs Messer bekämpft werden. Der Klassenkampf muß bis zur Strecke ausgefochten werden."

(Günter Bartsch, *Die NWO-Bewegung Silvio Gesells, Lütjenburg 1964, S. 44 f.*)

61) "Gesells Distanzierungen aber belasteten andere Mitangeklagte." Ich konnte keine Distanzierungen von Personen seitens Gesells in dem Verfahren vor dem Standgericht feststellen. Distanzierungen erfolgen bei Gesell in Sache. Bierl muß seine Behauptung schon belegen oder seine Behauptung zurücknehmen. Denkbar ist es ja, daß Gesell schwach geworden ist, um seinen eigenen Kopf zu retten. Aber über eine solche Anschuldigung darf man nicht einfach spekulieren.

62) "Gesell schreibt: 'Die Rechte der Massen können niemals eng genug begrenzt werden ... Der Fortschritt geht also vom Massenrecht zum Recht des Einzelmenschen. Die Völker sind im Vergleich zu ihren Bestandteilen immer minderwertig.'"

Wenn ich die Anmerkung 74 richtig entziffert habe, ist die obige Aussage von Proudhon und wurde von Gesell als Zitat verwendet. Die Gegenposition dazu ist bekanntlich: "Dein Volk ist alles, Du bist nichts." Wird nun Gesell auch noch von Bierl vorgeworfen, daß er antivölkisch, antinationalistisch ist. Und wird die Masse, wenn nicht demokratische und föderative Strukturen in ihr durch Verinnerlichung fest verankert sind, nicht leicht zum Mob oder zur Stütze von Diktatoren? Die Nazi-Herrschaft und der Stalinismus sind Ausdruck der Politik der Masse. Das System von Befehl und Gehorsam auch in den Armeen, daß keine Entscheidungsabweichung aufgrund des Rechtes des Einzelnen dulden kann, ist ein

Massenrecht. Also, ich möchte nun schon von Bierl wissen, was er Gesell in diesem Punkt vorwirft.

63) Die letzte intellektuelle Schurkerei, mit der Peter Bierl seinen Artikel beschließt, verweist auf die Obstbaukolonie Eden bei Oranienburg, wo Gesell die letzten Lebensjahre verbrachte.

Bierl zitiert:

"'Außer vegetarischer Ernährung, heißt es in einem Programmheft von Eden 1917, war zum 'natürlichen' Leben in der alternativen Kommune deutsch-völkische Gesinnung Voraussetzung. Und dazu befähigt nur deutsches Ariertum.'" Dazu wird auf Seite 9 von *Öko-Linx* eine Anzeige mit folgendem Inhalt wiedergegeben:

"... Mein Weib gebar mir heute eine Tochter von deutschen Blute und lichthem Wesen ... Oranienburg-Eden am 10. im Lenzmond 1919."

Werner Onken schreibt zum Thema in *Eden Geschichte und Aktualität eines Bodenreformexperiments* (Sonderdruck aus der Zeitschrift "Der Dritte Weg" Nr. 5-8/1991) in dem Teil IV: *Das Schicksal Edens unter zwei Diktaturen*:

"Bis 1933 hatte es in Eden nur ein einziges Mitglied der NSDAP gegeben, doch dann hielt auch hier der Ungeist der Zeit seinen Einzug. Schon während des ersten Weltkriegs hatten sich die Ede-nen Genossen zeitweise von dem ihnen ursprünglich fremden nationalvölkischen und patriotischen Denken infizieren lassen. So hatte zum Beispiel Richard Bloeck den auch in anderen Kulturkreisen überlieferten Gedanken, daß die Erde Gott gehört und vom Menschen nicht zur Handelsware gemacht werden darf, als etwas spezifisch Deutschvölkisches interpretiert."...

"Während in Deutschland nach 1945 der Siedlungsgedanke unter die Räder des Wirtschaftswunders kam, lebte er zum Teil aus denselben oder verwandten geistigen Wurzeln - in der israelischen Kibbuzbewegung weiter. Von den Bodenreformern, deren Gedanken in Eden einfließen, wurzeln viel im jüdischen Glauben, u.a. Theodor Hertzka, Michael Flürscheim und Franz Oppenheimer. Von ihnen führte der Weg über Gustav Landauer und Martin Buber nach Israel, wo seit 1909 etwa 270 Kibbuz-Siedlungen entstanden sind. Sie weisen indessen weitaus mehr kollektivistische Merkmale auf als

die genossenschaftliche Siedlung in Eden." ...

Franz Oppenheimer, der in die Siedlung Eden involviert war - ich weiß nicht, ob nur als Theoretiker oder auch als Siedler - wurde ja von Peter Bierl am Anfang seines Artikels so dargestellt, als müsse man ihn mit Schutzhandschuhen anfassen, um sich nicht schmutzig zu machen. Bei Oppenheimer wird unterschlagen, daß er Jude war und von den Nazis verfolgt wurde. Oppenheimers Vergehen ist aus marxistischer Sicht: Er wollte eine Synthese von Sozialismus und Liberalismus, außerdem war Oppenheimer ein Lehrer von Ludwig Erhard. *Der Spiegel* zitiert im Zusammenhang mit einem Bericht über Ludwig Erhard in der Ausgabe vom 9. Sept. 1953 wie folgt:

"Liberaler Sozialismus, das ist der Glaube an eine Wirtschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Selbstinteresse seine Herrschaft bewahrt und sich in völlig freiem Wettbewerb durchsetzt. Und in der doch nur noch eine Art von Einkommen existiert, das Arbeitseinkommen, während Kapitalprofite und Grundrenten bis auf harmlose Splitter verschwunden sind. Eine Ordnung, in der also das wirtschaftlich-soziale Klassenverhältnis der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr besteht."

In diesem Spiegelartikel ist auch zu lesen:

"Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse."

Aber nochmals zurück zum Thema Eden. In der oben bereits zitierten Schrift von Werner Onken heißt es:

"Es war am 28. Mai 1893, also vor fast 100 Jahren, als sich im vegetarischen Restaurant Ceres in Berlin ein Kreis von 18 Lebensreformern traf, um die Ideen von Baltzer, Hertzka, Damaschke, Oppenheimer, Friedrich Naumann u.a. in die Tat umzusetzen und mit einem praktischen Modellversuch zu beginnen. Unter der Federführung des Kaufmanns Bruno Wilhelmi gründeten sie die 'Gemeinnützige vegetarische Obstbau-Kolonie Eden', die dann westlich von Oranienburg 200 Morgen Land erwarb - später wurde die

Fläche auf 500 Morgen erweitert - und besiedelt. Der Name "Eden" wurde in bewußter Anlehnung an den biblischen Garten Eden gewählt, um damit ein großstadtfernes natürliches Leben auf gemeinsamen Boden als Ziel der Genossenschaft zum Ausdruck zu bringen."

Onken gibt auch die Äußerungen des inzwischen verstorbenen Altbischofs D. Kurt Scharf über die Genossenschaftssiedlung Eden bei Oranienburg wieder, die dieser auf den Deutschen Evangelischen Kirchentag 1985 in Düsseldorf von sich gab und die ich selbst damals über Lautsprecher mithören konnte.

"Die Siedlung Eden war der Versuch, in einem Modell - zeichenhaft - wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit des Menschen von anonymen oder auch benennbaren Mächten und Personen entgegenzuwirken. Eden war in der Zeit der Not und des Umbruchs gegründet worden von Anhängern der Bodenreform Adolf Damaschkes und von Silvio Gesell, dem Finanztheoretiker des 'Freilandes' und 'Freigeldes' ..., aber auch von bibelgläubigen Juden und Christen, die die Anweisungen des mosaischen Gesetzes in unserer Gegenwart und in unserem Lande verwirklichen wollten.

Die Thesen der Bodenreform und des Freilandes richteten sich gegen die Bodenspekulation, gegen die unverdienten Gewinne von Besitzern günstig gelegener Grundstücke und die Verarmung breiter, vom Grundbesitz ausgeschlossener, arbeitender Bevölkerungsgruppen, die Thesen des Freigeldes von Silvio Gesell gegen den Kreditkapitalismus. In der Wirtschaftskrise nach dem ersten Weltkrieg wurden die Thesen beider in den Parteien und an den Universitäten leidenschaftlich diskutiert. Wir jungen Studenten, gerade auch wir Theologiestudenten, drängten auf ihre Verwirklichung.

Die vom biblischen Denken bestimmten Mitbegründer der Kolonie Eden wagten dies Experiment nicht nur, weil sie es für vernünftig und human hielten, sondern eben, weil sie die Grundregeln dafür als von Gott gegeben ansahen. Das Land in Eden war Gemeineigentum, gehörte der Gesamtheit der Bewohner. Der einzelne er-

warb sein Grundstück nur in Erbpacht. Über die Aufteilung des Bodens und bestimmte Einrichtungen allgemeiner Wohlfahrt entschied die Versammlung der Einwohner.

Gottes Angebote durchbrechen neu und immer wieder die Selbstsucht der Besitzenden und die Mutlosigkeit breiter Mehrheiten. Im letzten Jahrhundert rechne ich zu den Flutwellen, die von biblisch-prophetischer Lehre ausgelöst worden sind, die Bewegungen des religiösen und humanen Sozialismus und auch die Vorschläge zur Bodenreform Damaschkes und zu dem Freigeld und Freiland Gells

Die marxistisch orientierten Sozialisten haben schon immer versucht, nichtmarxistische Sozialismusmodelle als *kleinbürgerlich* abzuqualifizieren. Und sie haben schon immer versucht, ihre theoretische Schwachbrüstigkeit mit Wortverdrehungen, mit unangebrachten Über- und Unterbetonungen bei konkurrierenden Autoren zu vertuschen. Vor allem vertuschen Marxisten hinter einem großen Wortschwall und revolutionärer Pose, daß ihre Zwangsbeglückungsphantasien von Beginn an den Kern der Gewalt und Unterdrückung in sich tragen, sie erweisen sich in diesem Punkt als die wahren Brüder der Kameraden von der rechten politischen Front.

Und für Peter Bierl zum Schluß eine Lied-Umdichtung als Gruß

***Brüder: Zur Sonne, zur Freiheit!
Wenn ihr sie weiter einnebelt,
bleibt unser gemeinsames Ziel
ein Traum.***

Nachträge zu den Anmerkungen vom Oktober 1994

Nach dem Urlaub in Litauen und Erledigung anderer Arbeiten habe ich mir den Abschluß der *Sumpfb Blüten am linken Rand* vorgenommen. Zu diesem Zweck habe ich in alten Unterlagen gestöbert. *Rechte Grüne? Zwischenbericht der Kommission "Rechtsextreme Unterwanderung der GRÜNEN und nahestehender Vereinigungen" der GRÜNEN Baden-Württemberg* (vom Oktober 1982) war eine Schrift, die mir in die Hand fiel, eine andere lautet *Ultrarechte Tendenzen bei den GRÜNEN* (Materialien zum Seminar des Landesverbandes die GRÜNEN Niedersachsen, am 5. Mai 1984 in Verden).

1. Zur Person Werner-Georg Haverbeck in der 2.Vorbemerkung (S.14)

In *Rechte Grüne?* ist ein Portrait von Werner-Georg Haverbeck aus der TAZ vom 19. 7. 1982 wiedergegeben, das ich auf der nächsten Seite zur Kenntnisnahme meiner Textsammlung beifüge. Ich weiß nun gar nicht, wie Haverbeck zur Freiwirtschaft steht. Es geht mir also bei der Wiedergabe des TAZ-Portraits nicht um die Verteidigung eines Gesellsanhängers, sondern um die Offenlegung des verwirrten und verlogenen Denkens im Sumpf des politisch linken Randes. Hier operiert eine politische Clique, die immer so auftritt, als sei sie vom Schöpfer des Universum mit der Gabe und der alleinigen Vollmacht des richtigen Urteils ausgestattet. Viele Zeitgenossen vom linken Rand sind schon deshalb antidemokratisch und antipluralistisch, weil sie die Vielfalt der Meinungen über historische und gegenwärtige Ereignisse und Einstellungen ablehnen und Menschen, die nicht ihre Meinungen teilen, den Stempel, der den Begriff "Verbrecher" umschreibt, aufzudrucken versuchen.

Haverbeck wird ja auch immer wieder als der Böse hingestellt, weil er das Heidelberger Manifest aus dem 1981 zur Ausländerfrage unterschrieben hat. Zum politischen und menschlichen Anstand

gehört es doch auch, wenn ich irgendjemanden etwas vorwerfe, daß ich diese Vorwürfe begründe. Aber den Linken schert genausowenig wie den Rechten Korrektheit, da doch das Ziel alle Mittel heiligt.

Ich habe nun das Manifest in der zweiten Fassung zum ersten Mal gelesen. Ich hätte den Text weder formulieren noch unterschreiben können. In der Demokratie begegnet man aber einem ungeliebten oder problematischen Text nicht mit Diffamierung der Autoren und der Unterzeichner, sondern mit einem besseren oder anderen Gegentext. Ob das, was dann aus anderer politischer Denkungsart formuliert wird, letztlich in seinen Forderungen humaner wirkt oder wirken kann, muß dann Gegenstand einer sachlichen, logischen oder empirischen Prüfung sein. Wenn man das Heidelberger Manifest Bürgern der Reformstaaten, die sich aus der sowjetischen Umklammerung befreit haben, vorlegen würde, dann würde es vermutlich nicht als rassistisch und nationalistisch eingestuft werden.

In *Rechte Grüne?* wird auch ein Vortrag von Henning Eichberg (der mir unbekannt ist.) aus dem Jahr 1981 dokumentiert. Ich bringe nachfolgend die Einleitung mit dem Marx-Zitat. Mir kommen erneut Zweifel, ob mit Marx in der Vergangenheit oder der Zukunft ein humanes Gesellschaftsmodell entworfen werden kann. Im Vergleich mit Marx sind die Unterzeichner des Heidelberger Manifestes bescheiden und zurückhaltend. Dieses wird besonders deutlich wenn man das achte Kapitel Marx in *Sozialisten und Judenfrage* von Edmund Silberner liest.

Henning Eichberg

Balkanisierung für je Über Selbsterfahrung, Abko- lung und nationale Identität

„Mit demselben Recht, mit dem die Franzosen Flandern, Lothringen und Elsaß genommen haben und Belgien früher oder später nehmen werden, mit demselben Recht nimmt Deutschland Schleswig: mit dem Recht der Zivilisation gegen die Barbarei, des Fortschritts gegen die Stabilität . . . Dies Recht (ist) das Recht der geschichtlichen Entwicklung.“

Mit diesen Überlegungen forderte Karl Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ am 10. September 1848 nicht nur die Annexion des – im Norden überwiegend dänisch bevölkerten – Schleswig, sondern befürwortete auch für ganz Dänemark die „unbeschränkteste kommerzielle, industrielle, politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland“. Es genügt nicht, solche Vorstellungen als moralisch bedenklich oder als Dokument eines überholten Imperialismus zu kritisieren. Sondern in ihnen kommen industriegesellschaftliche Muster und Denkkategorien zum Ausdruck, die gerade heute ihre Aktualität und Modernität erweisen. Wenn in unseren Tagen in der westdeutschen (und europäischen) Linken die nationale Frage wieder neu diskutiert wird, so zeichnet sich ein neuer Horizont und eine neue Chance ab: sich aus dem Gefängnis der industriell-imperialen Kategorien zu lösen und den Völkern und ihrer Identität mit einer neuen Praxis zu begegnen.

Portrait: Werner-Georg Haverbeck

„Ich habe den politischen Gegner immer zu verstehen versucht“

An der Fachhochschule Bielefeld war er der Exot. Sein Fachbereich: „Angewandte Sozialwissenschaften im Ingenieurbereich“. Für linke Studenten eine Oase in der ingenieurwissenschaftlichen Wüste. Bei ihm fanden wir Zeit, uns von Digitalisierungen und Differentialgleichungen zu erholen. Ingenieure den schonenden Umgang mit der Natur nahebringen, Denkanstöße über nichtkapitalistische Produktionsmodelle vermitteln, so könnte man seine Bemühungen als Professor an der FH Bielefeld beschreiben. Wir haben ihn als toleranten, diskussionsfreundlichen Lehrer geschätzt.

Entsprechend groß meine Überraschung, als sein Name unter dem „Heidelberger Manifest“ Anfang des Jahres erschien. Dieser Mann als Kämpfer gegen „Umwanderung“ und „Überfremdung“ des deutschen Volkes? Vokabeln, die in der ersten Fassung des „Manifestes“ auftauchten. Bei einem ersten Gespräch erfuhr ich mit der 73jährige Professor unsicher und miträusch. Gerade auch von der taz fühlt er sich diffamiert, weil wir die Unterzeichner als „Rassisten“ bezeichnet haben. „Im übrigen habe ich die in der taz dokumentierte erste Fassung so nicht unterzeichnet“.

Zudem könne man nicht über einen Artikel „Rassisten versammeln sich“ schreiben, da die Unterzeichner des Manifestes sich explizit gegen „jeden Rassismus und ideologischen Nationalismus“ ausgesprochen hätten. „Das ist unfair, das ist eine Lüge“. In der Tat fehlt in der von W. Haverbeck unterzeichneten zweiten Fassung die völkische Ausdrucksweise. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Ausländerpolitik weichen in der Substanz auch von der entsprechenden Vorstellung der bürgerlichen Parteien ab. Die „Frankfurter Rundschau“ bezeichnet die 2. Fassung des „Manifestes“ gar als „akzeptable Diskussionsgrundlage“.

Mir reichte die braungefärbte erste Fassung. Zuan Kotzen! Mein erstes Urteil: Ein Pamphlet von rechtsradikalen Arschlöchern. Nur der Name Haverbeck irritierte. Ihn hatte ich als überzeugten Humanisten, als konsequenten Verfechter von Menschenrechten kennengelernt. Warum hat-

te gerade er dieses „Manifest“ - wenn auch die betrieblige Fassung - unterschrieben? Haverbeck sieht darin einen Ansatz im Interesse von Ausländern und Deutschen. „Jede Nation hat das Recht auf eigene Entfaltung. Nationalismus im verwerflichen Sinne ist die Verabsolutierung der eigenen Nation, aber in dem Augenblick, wo man die andere Nation und den Menschen neben sich als gleichberechtigt begreift, ist die Gefahr ja gebannt“. Niemand verlässe freiwillig seinen angestammten Kulturraum. Allein die wirtschaftliche Not zwingt die Menschen dazu. Jede Volksgruppe habe ein Recht auf „kulturelle Autonomie“. Eine Integration sei weder von den Betroffenen erwünscht, noch sei sie durchführbar. Deshalb müsse man die wirtschaftliche Situation in den jeweiligen Heimatländern verbessern. Eine rechtsradikale Argumentation?

Als einer der frühesten Atomenergie-Gegner gilt Werner Haverbeck bei linken Ökologen als politisch schwer einschätzbar. Eine Affinität zur deutschen Rechts wird ihm nachgesagt, ein Mann mit „dubioser Vergangenheit“.

In den zwanziger Jahren engagierte sich Haverbeck in der evangelischen Jugendbewegung. Während seiner Studienzeit schließt er sich dem nationalsozialistischen Studentenverband an. Mit der NSDAP hofft er „Volkskulturarbeit und Arbeiterbildung im Sinne der Jugendbewegung“ leisten zu können. Schnell steigt er in die „Reichjugendführung“ der NSDAP auf und leitet später den „Reichsbund Volkstum und Heimatl“. Im Oktober 1934 wird der 25jährige Haverbeck gefeuert, der Reichsbund ein paar Monate später aufgelöst. Hintergrund: Die Parteiführung sieht in dem Reichsbund Reste des inzwischen zerschlagenen „Strasser-Flügels“ (die sozialistische Komponente im Nationalsozialismus) beläutet. Für den Leiter der „Deutschen Arbeiterfront“ und Organisationsleiter der Partei, Dr. Ley, sind das „verkappte Kommunisten“. Haverbeck ist mit seinem Versuch, die blinden Jugend vor einer Übernahme in die Staatsjugend zu bewahren, gescheitert. Fortan arbeitet er in keiner Parteiorganisation mehr.



Prof. Haverbeck

Sein Verhältnis zur nationalsozialistischen Ideologie? „Es gab keine einheitliche Ideologie, sondern vielfältige Strömungen, die sich untereinander bekämpften. Uns schwebte ein eigenständiger Sozialismus vor. Wir wehrten uns gegen das inlinische Beispiel und haben uns damals (1931/32) sogar als antifaschistisch bezeichnet“. In den Utiierungen des „Reichsbundes“ seien „Katholiken, Sozialisten, ja selbst Kommunisten“ als funktionäre tätig gewesen. Sein Verhältnis zu Juden? „Durch das jüdische Problem habe ich mich persönlich nie tangiert gefühlt. Ich hatte während der Zeit des „Dritten Reiches“ Freundschaft mit einem bekannten jüdischen Schriftsteller, Rudolf Karl Goldschmidt, und habe mich bewußt und gern, selbstverständlich auch in aller Öffentlichkeit, mit ihm sehen lassen. Wir trafen uns nach dem Kriege wieder“.

Haverbeck vermeidet im Gespräch ge-

Theologiestudium, um 1950 Pfarrer bei einer von Rukolf Steiner inspirierten Freikirche zu werden. Zusammen mit M. Niemöller und H. Gollwitzer arbeitet er in den sechziger Jahren in Zentrallauschuß der Ostermarschbewegung. Dessen Engagement wird ihm 1965 - inzwischen als Studienleiter in einer freien Bildungseinrichtung tätig - zum Verhängnis. Er verliert den Job, weil er sich weigert, den Zentrallauschuß zu verlassen. Es folgt die Gründung des „Collegium Humanum-Akademie für Lebens- und Umweltschutz“ in Vlotho. Haverbeck schließt sich dem „Weltbund zum Schutze des Lebens“ an, der in der Ökologiebewegung als konservativ bis rechts gilt. Acht Jahre lang steht er diesem Bund als Präsident vor. Haverbeck und viele Mitglieder des Bundes fehlen auf keiner der großen Anti-AKW Demonstrationen.

Er selbst eckt immer wieder und überall an. Als 1968 Berliner SDS-Studenten auf dem Dach des „Collegium Humanum“ eine rote Fahne hängen, gilt die Einrichtung in provinzialen Vlotho als „rote Brutstätte“. Nach der Unterzeichnung des „Heidelberger Manifestes“ fordert ein Leserbriefschreiber in der örtlichen Zeitung die Streichung aller öffentlichen Gelder für die Bildungstätte. Der 73jährige „Nonkonformist“ (so sieht er sich selbst) sitzt - besser bewegt sich - zwischen allen Stühlen. Von Konservativen bezieht er Prügel wegen seiner Solidarität mit vom Berufsverband betroffenen Linken. Wegen seiner Unterzeichnung des „Krefelder Appells“ muß er sich den Vorwurf des „verkappten Kommunisten“ gefallen lassen.

Ihn fröhrt das offensichtlich nicht an. Menschen, die nicht zu ihren Überzeugungen stehen, sind ihm ein Greuel. Er will konsequent „die geistige Freiheit“. „Man muß mit seinen Gegnern heute so sprechen, daß sie die Bundesgenossen von morgen werden können“. Wo hört seine Toleranz auf? „Bei den „Ascheubrennern“. Damit nicht er jene Politiker, „die den Krieg noch heute für möglich halten, und die darüber nachdenken, wie ein Atomkrieg kalkulierbar wird. Ob das Deutsche, Amerikaner oder Sowjetbürger sind, ist mir dabei gleich“.

Jakob Sommerstein

stelle Aussagen und Schulbuchweisungen. Er ist überzeugt, persönlich nichts Verwerfliches getan zu haben und es scheint ihm schwer zu fallen einzugestehen, daß er in einer Bewegung mitgemacht hat, die zur größten Barbarei der Geschichte geführt hat. Mir reichen seine glaubhaften Schilderungen der persönlichen Redlichkeit nicht aus. Immerhin war er an führender Stelle tätig, und 1933 schrieb er in den „Nationalsozialistischen Monatsheften“ über Hitler und die deutsche Jugend: „Mit offenem freien Blick tritt diese Jugend vor ihren Führer, bereit, ihm bedingungslos zu folgen“. Meinen Hunger nach eindeutigen, umfassenden Distanzierungen stillt W. Haverbeck nicht.

Aber hat er das nötig? Zeigt seine Lebenspraxis nach 1945 nicht viel einpräglicher, wo er heute steht? Ans dem Krieg kehrt er als überzeugter Pazifist zurück und wird 1955 Mitglied der „Internationalen der Kriegsdienstgegner“. Er beendet sein

2. Zu den Anmerkungen 29 und 30

Bilden GesellianerInnen eine Koalition

mit den Jungen Nationaldemokraten? (S.32 u.33)

2.1 Der Selbstmord von Peter Keuer

Peter Bierl versucht ja seinen Lesern zu suggerieren, daß Dr. Max O. Bruker in Rheinland-Pfalz den Vorsitz einer rechtsradikalen Grünen Liste inne hatte.

Die Dokumentation zum Tode von Peter Keuer in *Rechte Grüne?* und ein Informationsblatt des OV Sarstedt der GRÜNEN vom März 82 können das Dunkel der Vorwürfe aufhellen.

In der Ausgabe vom 24. Juli 1982 heißt es in der Zeitung *DIE GRÜNEN* unter dem Titel *Eine Legende und eine Tod* u.a.:

"Der Fall Peter Keuer

Wir wollen hier an dem tragischen Tode des Grünen Peter Keuer in Rheinland-Pfalz dokumentieren, was wir meinen:

Im Frühjahr 1978, als die ersten 'grünen' Organisationen entstanden, nahm eine Gruppe ehemaliger 'Junger Nationaldemokraten' in Koblenz den Namen grüne Zelle an und lud zu einer Forumsdiskussion 'Brauchen wir eine grüne Partei' ein. Da niemand deutlich wußte, worum es sich handelte, gingen echte Grüne, linke Grüne, auch grüne Bürger dorthin, um sich mit der 'Grünen Zelle' auseinanderzusetzen. Es kam zu einem heftigen Streitgespräch der Grünen mit der Koblenzer Gruppe, die als rechtsextremistische Tarnorganisation entlarvt wurde. Nie trat die 'Grüne Zelle Koblenz' bei den Grünen ein. Aber alle, die sich damals mit ihr stritten, werden seitdem von einem linken Puristen des 'Rechts-extremismus' bezichtigt und dieses Etikett wird sogar gelegentlich dem ganzen Landesverband der Grünen Rheinland-Pfalz angehängt.

Peter Keuer, der vorher zehn Jahre lang Mitglied der SPD war, der sich bei dem denkwürdigen Koblenzer Gespräch scharf von der NPD distanziert hatte, wurde seit jenem Frühlingsgespräch 1978 von gewissen Leuten als 'Brauner' diffamiert. ..."

Der Kreisverband Ludwigshafen und Landesverband Rheinland-Pfalz der GRÜNEN gaben damals folgende Anzeige zum Selbstmord von Peter Keuer auf:

"'Das eine kann ohne das andere nicht sein'
Ohnmächtig und sprachlos trauern wir um unseren Freund
Peter Keuer

Er starb auch an der Unmenschlichkeit dieser Gesellschaft. Sein Tod ist unsere Verantwortung im Kampf gegen die ökologische Katastrophe und den atomaren Rüstungswahnsinn."

In einem Text *Der Tod von Peter Keuer - eine Mahnung für Die Grünen* von Dieter Burgmann heißt es:

"...Betroffenheit vor allem auch darüber, daß Diffamierung durch grüne Mitstreiter und die unrecherchierte Berichterstattung in der TAZ, diese Reaktion zumindest mit ausgelöst hat. ...

Der Tod von Peter Keuer soll uns Mahnung sein und Verpflichtung, menschlich miteinander umzugehen, damit wir uns nicht kaputtmachen, sondern einander stützen.

Wir brauchen unsere Kraft für den Kampf um unserer Zukunft!
Im Auftrage des Bundesvorstandes"

In einer Stellungnahme von Georg Büchner heißt es:

"Keiner derer, die dem Grünen Peter Keuer ein falsches Etikett anhefteten, kann ihn wieder zum Leben erwecken. Klaus Wolschner schildert die ganze Meute, die einen Grünen, der von der SPD kam, zu Tode hetzte: Ein einzelner begann, Hetzer auf eigene Faust, 'redete (die taz-redaktion) mit linken basisdemokratischen Argumenten weich, andere Medien stiegen ein ...' der 'Abend' vor der Berlinwahl, der 'Vorwärts', und so weiter. Die Legende wucherte, ein Schuldloser schlug um sich, die Hetzhunde ließen nicht ab, die Schreibtischtäter brachten einen redlichen Grünen zur Strecke. Ein unsäglicher Bericht über eine Grüne Landesversammlung, nur noch Hetze - so triumphierten sie schließlich. ..."

In einem Leserbrief (taz vom 21.7. 82) schreibt Jens Scheer, Bremen:

"Keuer-Faschistenjagd

Das Aufspüren von Faschisten ist verdienstvoll, aber wohin unge-

naues Recherchieren führen kann, zeigt folgende Anekdote: Nach einigen Brandanschlägen auf das Bremer KPD-Büro, hinter denen wir Faschisten vermuteten, stellte uns der KB Bremen freundlicherweise seine 'Faschistenkartei' zur Verfügung. Und darin fanden wir, unsere Augen reibend, meinen Namen und den des Ortsleitungsvorsitzenden der KPD. Wieso? Na klar: die KPD 'entdeckte' die nationale Frage, ergo Vaterlandsverteidiger, ergo Faschisten. So schnell kann das gehen.

In der Umweltschutzbewegung muß man in der Tat streng unterscheiden zwischen echten Neo- oder Alt-Nazis und konservativen Menschen der verschiedenen Richtungen. So haben wir Bremer Anti-Atom-Physiker seit langem die Beziehungen zu dem echten Faschisten Menkens in Stade abgebrochen, nicht aber zu dem skurril-deuschtümelnden Soyka in Bremen. Mit schönen Grüßen"

2.2 Das Unvermögen der Linken

- ihre Ähnlichkeit mit den Rechten

Soweit Jens Scheer. Ich habe nur meine Zweifel daran, ob ein Linker, der sich als Kommunist oder Marxist versteht, aufgrund seiner seelisch-politischen Verfassung überhaupt in der Lage ist, zwischen konservativ und rechtsradikal oder nationalsozialistisch zu unterscheiden. Der Begriff "faschistisch" beschreibt doch heute nicht mehr exakt eine Herrschafts- oder Unterdrückungsideologie, sondern er steht schlechthin für das politisch Böse. Da die Kommunisten und auch die Marxisten sich als gute Menschen verstehen oder wenigstens als solche, die das Gute wollen, sind alle andere Menschen, die etwas anderes denken oder wollen, böse, ergo Faschisten.

Wie zu beobachten ist, sind Religionsgemeinschaften mit ähnlichen Inhalten eher in Abgrenzungstreitigkeiten verwickelt als solche mit deutlich unterschiedlichen Glaubensinhalten. Die mit Faschismusvorwürfen operierenden westdeutschen Linken scheinen mir ebenfalls vergeblich zu versuchen, sich von ihren Kameraden von der anderen Seite des politischen Spektrums abzusetzen.

In den Hintergrundinformationen berichtet die TAZ am 11. 4. 83 über den Strasser-Flügel der NSDAP u.a.:

"1925 erlitten die Brüder Strasser ihre erste große politische

Niederlage gegen Hitler, als sie versuchten, das schwammige 25-Punkte-Programm insbesondere in seinen Aussagen gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu präzisieren. Ein Jahr zuvor hatte Gregor in einer programmatischen Parlamentsrede im bayerischen Landtag eine kaum von marxistischen Ansätzen zu unterscheidende Staatsanalyse präsentiert:

'Die ganze Geschichte der letzten 100 Jahre zeigt, daß die sogenannte Demokratie nichts war als die verschleierte Maske der großkapitalistischen Herrschaft, die heute ihren Höhepunkt erreicht hat. In fortlaufender Entwicklung sehen wir, daß die Staatsmacht immer umstrickt und beeinflußt wird von rein privatkapitalistischen Syndikaten, daß keine große Staatsaktion unternommen werden kann ohne Genehmigung der Großbanken und Börsenherrn." (Hier zitiert aus *Ultrarechte Tendenzen bei den GRÜNEN?*)

Wenn Linke und Rechte sich auch in der Kleidung, dem Haarschnitt und ihrer formalen Sprache unterscheiden, sie sind in ihrer Unduldsamkeit und ihrer Bereitschaft zum Zwecke der Zielerreichung alle humanistischen Werte zu opfern ähnlich.

Linke und Rechte lassen sich in ihrem Denken und Handeln leiten von Zwangsbeglückungsphantasien. Beide Gruppierungen streben eine politische Monokultur an, wenn auch unterschiedlicher Prägung. Beide politischen Positionen haben eine Abneigung gegen abweichende und unterschiedliche individuelle Neigungen und Prägungen. Der Unterschied besteht nur in einem Wort. Hier heißt es: "Das Kollektiv ist alles! Du bist nichts!" Und dort heißt es: "Das Volk ist alles! Du bist nichts!"

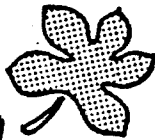
Dies ist nun keine Pläydoyer für die Abschaffung politischer Extreme, die nur eine politische Verstümmelung sein kann, und es ist schon lange kein indirektes Loblied auf die politische Mitte, deren einzige Orientierung zu sein scheint, nicht so wie die linke und rechte Seite des politischen Spektrums erscheinen zu wollen. Das destruktive politische Potential scheint mir heute in der ordensgeschmückten, wohltemperierten Mitte größer zu sein als bei den politischen Außenpositionen. Wenn die Linken und Rechten ihre politische Korrektur-, Antreiber- und Bremserfunktion besser ausüben wollen als bisher, dann müssen sie ihren Umgang miteinander und mit ihren jeweiligen Gegnern kultivieren

und humanisieren. (Auch der Feind ist immer noch ein Mensch.) Bisher haben Linke und Rechte es dem politischen Mittelfeld zu leicht gemacht, sich in den Augen der Wähler positiv von den politischen Extrempositionen abzuheben.

2.3 Die "Grünen" wehren sich gegen "Stern"-Verteufelung

In dem nachfolgend wiedergegeben Leserbrief im Sarstedter Kurier - der als Info der Grünen im Umlauf gebracht wurde - wehrt sich Georg Otto gegen den Versuch des *Stern*, ihn in die "rote" oder "braune" politische Ecke zu drängen. Georg Otto erwähnt zu recht, die Abwehrhaltung der grünen Freiwirte gegen rechtsextreme Gruppen. Erwähnt werden muß in diesem Zusammenhang aber auch, daß gegenüber linken Gruppen eher eine offene Haltung eingenommen wurde. Ich selber habe mich z.B. am Rande der Großdemonstration gegen die Atomenergie 1978 in Bonn für die Öffnung der Grünen Liste für linke Gruppen ausgesprochen, auch auf die Gefahr hin, daß dadurch das ganze politische grüne Projekt scheitern würde. Damit aber überhaupt politisch etwas bewegt werden konnte, galt es damals erst einmal das 5%-Konkurrenz-Abwehr-Bollwerk zu sprengen. Und für diesen Zweck war fast jeder Bündnispartner willkommen. Das Für und Wider einer Öffnung wurde natürlich heftig diskutiert. Jedenfalls hat die grüne Bewegung die westdeutschen linken Gruppen vor dem Absacken in eine totale Bedeutungslosigkeit bewahrt. Die Linken mit ihren ausgeprägten Spürsinn für Machtentfaltungsmöglichkeiten haben die Chance genutzt und zwar oft gegen das Interesse der Gesamtbewegung. Sie haben dabei aber auch die Ökologie als "ihr" Thema entdeckt.

Im übrigen war ich auch 1968 in Bonn auf der Großdemonstration gegen die Notstandsgesetze dabei. Ich hatte bereits damals Anlaß mich über die Borniertheit linker Leute zu ärgern.



Die „Grünen“ wehren sich gegen „Stern“-Verteufelung

Der „Grüne“ Landtagskandidat Georg Otto will in keine „rote“ oder „braune“ Ecke gedrängt werden

Sarstedt. In der ihm eigenen Art rechnet der „Stern“ (10/82) mit den „Grünen“ allgemein ab. Sie, die „Grünen“, seien „Die roten Nazis“. Die rechte Gewalt habe heute ein linkes Programm. „Stern“ will die nationale Revolution im Sozialismus anprangern und geht dabei alles andere als zimperlich vor. Auf Seite 106 schreibt Ulrich Völklein vom „Stern“ auch gegen den Eberholzer Georg Otto, Abgeordneter der „Grünen“ im Hildesheimer Kreistag:

„Das Treffen in Lahnstein“

Auf grünem Kurs liegt die NPD seit ihrem 12. Parteitag 1978. Ihr Programm bis heute: „rang der Ökologie vor der Ökonomie“, für „nationale Einheit“ und „umweltbeachtendes Wirtschaften im lebensrichtigen Ordnungssystem der Solidargemeinschaft Volk“. Mit diesem krausen Programm, das nationalsozialistische Anleihen weder verbergen kann noch will, steht die NPD nicht allein.

Zu einer „Koordinationskonferenz Umwelttreffen“ in Lahnstein kamen 1978 Vertreter der Grünen Aktion Zukunft des Ex-CDUlers Herbert Gruhl mit dem ehemaligen Bundessekretär der Grünen, Georg Otto, zusammen – aber eingeladen waren auch die Jungen Nationaldemokraten der NPD, die vom Altnazi Erwin Schönborn gegründete „Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte“ und Dr. med. M.O. Bruker, der zum „wissenschaftlichen Beirat“ der rassistischen „Gesellschaft für Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ gehört.

Bei dieser grünbraunen Schwippschwägerschaft ist es nicht weiter erstaunlich, wenn der schleswig-holsteinische Öko-Bauer Baldur Springmann, eine der Kultfiguren der Ur-Grünen, den Altnazi Thies Christophersen (Verfasser der zum Schutz der Jugend indizierten „Schwitz-Lüge“) als „aufrechten Menschen“ schätzt.

Damit schließt sich der Kreis von neuer, alter und grüner Rechten bis zur rechtsextremistischen Terrorszene um Busses „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands“ und den jetzt in Stammheim vor Gericht stehenden Bombenwerfern um Manfred Roeder.“

5 Punkte gegen den Stern

Georg Otto nimmt den vier Jahre zurückliegenden Vorgang nicht achselzuckend hin. Er wehrt sich gegen den „Stern“ und die „doppelte Lüge“ grün gleich rot oder grünrot oder grün gleich braun. Rote Nazis in den „Grünen“ weist Otto wie folgt zurück:

„1. Ich war nie Bundessekretär der „Grünen“. 1978 war ich vielmehr Landesvorsitzender der GLU – Grüne Liste Umweltschutz in Niedersachsen. Ende August '78 wurde der Landesvorstand von den inzwischen gegründeten Landesverbänden als provisorischer Bundesvorstand mit der Wahrnehmung der Interessen der GLU auf Bundesebene beauftragt. Die „Grünen“ wurden als Politische Vereinigung zur Europawahl erst im Frühjahr 1979 gegründet. Vom 1.9.1979 bis 31.8. 1980 war ich Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle der „Grünen“.

2. Der Landesvorstand Niedersachsen der GLU untersagte noch im Juli/August 1978 rechten Gruppierungen, in Bayern eine GLU zu gründen. Zur Klärung der dortigen Verhältnisse entsandte der Vorstand Helmut Neddermeyer als Beauftragten (Späteres Vorstandsmitglied der Europa-Grünen).

3. Im September 1978 erfuhren wir, daß rechtsextremistische Kreise um Erwin Schönborn in Baden-Württemberg eine GLU gründen wollten. Ich erhob Einspruch und untersagte diese Gründung (da die GLU beim Bundeswahlleiter eingetragen war, stand ihr das Namensrecht zu).

4. Mit dem Landesverband Hamburg der GLU, in den wenige Anhänger der Solidaristen eingedrungen waren, führte der Landesvorstand Niedersachsen eine intensive Auseinandersetzung, in der wir feststellten, daß die rassistischen Gedanken der Solidaristen mit den humanitären Grundsätzen der GLU unvereinbar sind. Unser Vorstandsmitglied Helmut Lippelt und ich wurden für unsere Haltung im Organ der Solidaristen „SOL“ entsprechend angegriffen.

5. Als Sprecher der GLU wurde ich im Spätherbst 1978 zu dem Treffen nach Lahnstein eingeladen, das Ziel der Recherche des „Stern“ für den Artikel „Die roten Nazis“ war. Wer sonst eingeladen war, bzw. wer sich eingeladen fühlte – denn solche Treffen sprachen sich in der grünen Gründungszeit überall schnell herum und manch ein Zeitgenosse und manche Gruppierung meinte, auf den grünen Zug aufspringen zu können – entzog sich meiner Kenntnis. Das Ziel des Treffens, eine Grüne Liste Rheinland-Pfalz zu gründen, wurde indes nicht erreicht. Da die Versammelten davon unterrichtet wurden, daß gleichzeitig in der Südpfalz ebenfalls ein Treffen von Umweltschützern mit gleicher Zielsetzung stattfand, wurde auf meinen Vorschlag beschlossen, daß die Nord- und Südpfälzer erst miteinander in Verbindung treten und dann gemeinsam eine Liste für die Landtagswahl aufstellen sollten.“

Otto gegen „Süppchenkocherei“

Der „Stern“ versucht die „Grünen“ und besonders den ehemaligen GLU-Sprecher – die GLU „Grüne Liste Umweltschutz“ gehörte zu den entscheidenden Gründerorganisationen der Bundespartei „Die Grünen“ – in eine „grün-braune Schwippschwägerschaft“ zu stellen und den Eindruck zu erwecken, die „Grünen“ verbinden sich mit rechtsextremistischen Kreisen, schreibt uns Georg Otto.

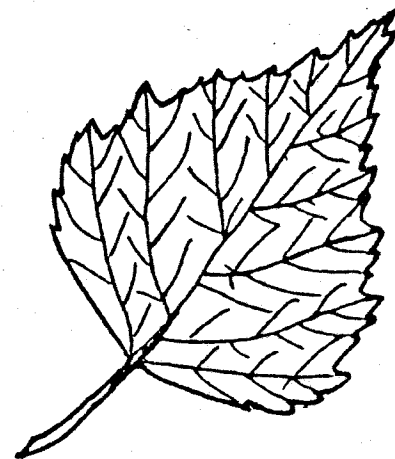
In einer ausführlichen Stellungnahme weist der ehemalige GLU-Sprecher, der jetzige Kreistagssprecher der „Grünen“ im Kreistag Hildesheim und Landtagskandidat Georg Otto nach, daß gerade unter seiner GLU-Vorstandsschaft die GLU das Aufspringen rechtsradikaler Kreise auf den grünen Zug erfolgreich verhindert hat. So untersagten die GLU solchen Kräften die Gründung von GLU-Landesverbänden in Bayern und Baden-Württemberg und erreichte durch Teilnahme ihres Sprechers an einem Vorbereitungstreffen für eine „Grüne Liste Rheinland-Pfalz“, auf das sich der „Stern“ insbesondere bezieht, daß im weiteren Verlauf der dortigen Gründung keine rechtsextremistischen Gruppen Einfluß nehmen konnten.

Als nach organisatorisch bedingtem Scheitern dieser Liste keine grüne Beteiligung an der Landtagswahl 1979 dort zustandekam, rief Otto die dortigen Umweltschützer auf, nicht die NPD zu wählen, die sich dort einen grünen Anstrich gebe. Er erklärte am 4. März 1979: „Ideologie und politische Ziele der NPD und der grünen Bewegung sind unvereinbar.“

Otto wendet sich gegen den Versuch, den politischen Durchbruch der „Grünen“ gerade in ihrem Stammland Niedersachsen nunmehr dadurch zu verhindern, daß sie jetzt mit rechtsradikalen Kräften in Verbindung gebracht werden, nachdem immer weniger Bürger der Verteufelung der „Grünen“ als „rot“ aufsitzen.

Otto verlangt noch vor der Niedersächsischen Landtagswahl vom „Stern“ die ungekürzte Veröffentlichung seiner Stellungnahme aus Gründen der journalistischen Fairness- und des politischen Anstandes.

Georg Otto
3226 Eberholzen



Politische Papiere aus dem Jahr 1968 I Abschrift Juni 1994**Tristan Abromeit****2. November 1968**

2850 Bremerhaven 1

Schiffdorfer Chaussee 70

- Mitglied der Liberal-Sozialen Partei -

Sehr geehrte Teilnehmer des Gründungskongresses in Dortmund,

der heutige Tag wird so ausgefüllt sein mit Reden und Debatten, dass sich gruppenunabhängige Personen schwerlich Gehör verschaffen werden. Ich erlaube mir daher, auf diese Weise einige Gedanken zum Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969 vorzutragen.

- 1.1 Ich hoffe, diesem Gründungskongress ist mehr Erfolg beschieden als vorherigen Versuchen zur Einigung ausserparlamentarischer Parteien und anderer politischer Gruppen.
- 1.2 Eine Politik des Aktionsbündnisses kann nur dann ein Novum sein, wenn sie Aussagen und Forderungen für die gesamte bundesrepublikanische Gesellschaft und den zwischenstaatlichen Beziehungen formuliert und nicht nur für einzelne Gruppen.
- 1.3 Die Sprache des Aufrufes ist unscharf und anbiedernd, sie unterscheidet sich hierin nicht wesentlich von der Sprache der NPD. - Dieses ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung. -
- 1.4 Wenn Zustände in der Gesellschaft geändert werden sollen, dann muss man die Mittel rational auf ihre Wirkung und Wechselwirkung hin durchleuchten, sonst haben politische Aktionen leicht eine gegenteilige Wirkung. Sachthemen der Arbeitskreise können in der kurzen Zeit gar nicht mit der notwendigen Sorgfalt abgehandelt werden. Der ganze Kongress kann daher nicht mehr sein als eine politische Demonstration wider die "staatstragenden" Parteien.
- 1.5 In einer von vier vorbereitenden Veranstaltungen für diesen Kongress in Bremen wurde behauptet, es sei beschlossene Sache, dass die Deutsche kommunistische Partei Bündnispartner sei. Nach demokratischen Spielregeln - die doch das Bündnis verteidigen will - entscheidet der Gründungskongress darüber, wer Bündnispartner werden soll und wer nicht.

Die Gründung der Wahlpartei einen Tag nach der Gründung des Aktionsbündnisses erweckt den Eindruck, als solle etwas durchgepeitscht werden. Eine besonnene Willensbildung kann sich in so kurzer Zeit nicht vollziehen.

2.1 In Diskussionen in Bremen über die Wirksamkeit des Aktionsbündnisses wurde wiederholt bedauernd festgestellt, dass die Arbeiterschaft kein Klassenbewußtsein habe. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Begriffe "Arbeiterschaft" und "Klassenbewußtsein" einen Aussagewert haben; mir schien aber, dass die Initiatoren der Veranstaltung in Bremen wenig demokratisches Bewußtsein haben. Es wurde davon gesprochen, dass das Grundgesetz verteidigt und die Demokratie vertieft werden sollte. Gleichzeitig wurden aber Normen des Grundgesetzes wie: Gewissensfreiheit und Unabhängigkeit der Abgeordneten in Frage gestellt. Die DKP, die die Demokratisierung in der CSSR verurteilt, wird als Bündnispartner akzeptiert. Aber auch im Aufruf akzeptiert man Antidemokraten als Bündnispartner, wenn der Text mit der logischen Sprache übereinstimmt. Es wird dort zum Aktionsbündnis von Demokraten und Sozialisten aufgerufen; also auch Sozialisten, die keine Demokraten sind.

Es wurde in Bremen aber noch Schlimmeres gesagt: Das Aktionsbündnis hätte nichts mit Moral zu tun, der Erfolg wäre das Wesentliche! - Wenn Prof. Hofmann in einem Flugblatt des Giessener Kreises schreibt, dass das Bündnis zwischen CDU und SPD ein politisches sittenwidriges, öffentliches Ärgernis erregendes Konkubinat sei, dann ist eine Koalition der progressiven Gruppen ohne moralische Fundierung Hurerei, um in gleicher Metapher zu sprechen.

3.1 Bei aller Toleranz muss das Aktionsbündnis nicht nur nach übereinstimmenden Zielen fragen, sondern auch nach einem Minimum an gemeinsamen Prinzipien.

3.2 Vorschlag für eine Erklärung im Antragsformular auf Mitgliedschaft im Aktionsbündnis und der Wahlpartei:

- I. Verstöße gegen die allgemeinen Menschenrechte sind auch dann Unrecht, wenn sie durch die Sowjetunion oder die USA vorgenommen werden.
- II. Jeder Staat hat das Recht, innerhalb seiner Grenzen Reformen durchzuführen, wenn diese nicht gegen gültige internationale Verträge und gegen die Grund- und Menschenrechte verstossen.
- III. Keiner Macht steht das Recht zu, ein Gesellschaftssystem mit Waffengewalt einzuführen oder aufrechtzuerhalten.

Politische Papiere aus dem Jahr 1968 II Abschrift Juni 1994

Liberal-Soziale Partei (LSP) Bonn
 Pressestelle: 45 Osnabrück, ...

3.11. 1968

...

Mitteilung an die Presse (13)

Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969 - Gründungskongreß
 2. November 1968 in Dortmund, Kleine Westfalenhalle

Das Vorstandsmitglied der Liberal-Sozialen Partei, Tristan Abromeit, Bremerhaven, nahm an dem Gründungskongreß des Aktionsbündnisses für die Bundestagswahl 1969 teil.

Seine grundsätzlichen Bedenken gegen das Verfahren der Gründung und die DKP als Aktionspartner trug er in einem Umdruck vor. Darin hieß es u.a., daß es nicht nur auf gemeinsame Zielsetzungen, sondern auch auf ein Minimum an gemeinsamen Prinzipien ankomme.

Der Umdruck wurde im Kongreßsaal verteilt. Als doktrinäre Kongreßteilnehmer den Inhalt gelesen hatten, wurde die weitere Verteilung im Namen der Kongreßleitung untersagt. Einem Verteiler wurden die Flugblätter gewaltsam entrissen.

Prof. Dr. Werner Hofmann, Referent und Initiator des Kongresses bedauerte gegenüber dem Verfasser des Flugblattes den Vorfall.

Zum Inhalt des Kongresses muß gesagt werden, daß viele Bundesbürger ihren guten Willen kund taten. Als Friedensbündnis und Wahrer der Demokratie gebärden sich die marxistischen Sozialisten aber zu unduldsam und aggressiv. Die Diskussion unter der Linken ist besonders schwer, weil mit Begriffen operiert wird, die Emotionen aber keine Informationen vermitteln.

Die Vorstellungen der Bündnispartner können, wenn sie angewandt werden, wohl den Privatkapitalismus in einen Staatskapitalismus transformieren; aber nicht den Kapitalismus auflösen.

Der Vorstand der Liberal-Sozialen Partei (LSP) kann unter den gegebenen Umständen nicht mit dem "Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969" kooperieren, er ist aber zu Diskussionen bereit.

Anlage: Flugblatt, verteilt am 2.11. 68 in Dortmund